

Transformationen – Kapitalismus und Arbeit im Wandel

Ausgabe Nr. 55, 14. April 2020



Sie waren einst die Symbole für Prosperität und Fortschritt: Zechen, mit ihren rußigen Schornsteinen und den kilometerlangen Schächten und Stollen. Und mit ihnen die Kumpel, die Flaggschiffe des Industrieproletariats. Damals, in der glorreichen Zeit zwischen den 1950er und den 1980er Jahren. Ohne Fleiß kein Preis! Das war über Jahrzehnte hinweg die allgemeine Plattitüde in den westlichen Industrienationen. Getragen wurde die industrielle Ökonomie durch den Massenkonsum der Arbeiter*innen. Und durch die unermüdlichen Hände der eigens dafür angeworbenen „Gastarbeiter*innen“, welchen wiederum die Vorteile des Wirtschaftsaufschwungs nur sehr eingeschränkt zuteil wurden. Die glorreichen Jahre waren eben doch nicht für alle mit Wohlstand verbunden.

Und nun? Der Boom ist längst vorbei. Im Zuge der Deindustrialisierung seit den 1970er Jahren setzte ein Strukturwandel ein, dessen gesellschaftliche Ausmaße erst heute vollends zu Tage treten. Die alten Zentren der Wirtschaft verfallen, die Fabriken stehen leer und die Bergwerke verschwinden. Der Preis für den Fleiß: Am Ende nur ein feuchter Händedruck.

Die einschneidenden Transformationsprozesse geschehen weltweit: Angefangen in den 1980er Jahren mit Margaret Thatchers neoliberalen „There is no alternative!“ im Vereinigten Königreich, Hardliner Ronald Reagans arbeiter*innenfeindlichen „Reaganomics“ in den USA bis zur Treuhand in der ehemaligen DDR und im globalen Management der Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008. Neoliberale Wirtschaftspolitik verdrängt und verlagert die ursprünglichen Sphären des Industrieproletariats in die Peripherie; prekäre Dienstleistungsjobs und befristete Arbeitsverhältnisse ersetzen die gewerkschaftlich mitabgesicherten „Normalarbeitsverhältnisse“. Auch mit Fleiß gibt es für die Arbeiter*innen von heute oft nicht genug zum sicheren Leben.

Und jetzt gerade, inmitten der Corona-Krise, deren ökonomische Folgen insbesondere für arme Menschen massive lebens- und existenzbedrohende Konsequenzen haben wird, zeichnet sich erneut ein Wandel ab, der auf Jahrzehnte wirken wird. Es zeigt sich immer wieder, dass der Kapitalismus doch der beste Krisenproduzent ist. Die ohnehin mangelnde Absicherung prekarisierter Menschen bricht nun noch weiter ab, wenn sie nicht schon von Beginn an fehlte. Die Lösung für die zu erwartende Weltwirtschaftskrise, das ist leider absehbar, wird nicht mehr soziale Absicherung sein, sondern ein verstärkt autoritärer, markthofierender Kapitalismus.

Gleichzeitig kehrten in der Corona-Krise die Arbeiter*innen in den Blick der Öffentlichkeit zurück. Nun ist die Frage in der Welt, wer eigentlich systemrelevant ist – Krankenschwestern,

Kassiererinnen, Postbotinnen und all die anderen. Und es ist nicht ausgemacht, dass sie sich mit einer einmaligen Corona-Bonuszahlung werden abspesen lassen. Darin liegt auch eine Perspektive für neue gesellschaftliche Kämpfe.

In dieser Ausgabe begeben wir uns auf Spurensuche: Danach, was mit einer Gesellschaft passiert, deren Wohlstand auf einer obsolet gewordenen Industrie fußt. Wie wandeln sich diese Arbeitsweisen heutzutage, etwa wenn wir über die neoliberalen und digitalen Ausprägungen des Kapitalismus diskutieren? Die Fabrik war schließlich nicht nur eine Arbeitsstätte, sondern auch ein Ort, an dem soziale Zugehörigkeit, Gemeinschaft und ganz allgemein politische und gewerkschaftliche Organisation entstehen konnte. Was geschieht mit den sozialen Gefügen, die sich darin entwickelt haben? Welche Abstiegserfahrungen machen Menschen, denen dieser Halt abhanden kommt? Und wie könnte ein linkes Projekt aussehen, dass diesen Transformationsprozessen ohne falsche Nostalgie eine Hoffnung auf eine bessere Gesellschaft gegenüberstellt? Mit dem Blick auf bisherige Transformationsprozesse erhoffen wir uns Erkenntnisse für bevorstehende.

In der Ausgabe #56 von kritisch-lesen.de, die im Juli 2020 erscheint, wenden wir uns dann den feministischen Arbeits- und Überlebenskämpfen weltweit zu, die in den letzten Jahren zu beobachten waren. Wir fragen uns: Lassen uns die Kampfansagen vieler Frauen* weltweit gegen autoritäre Politiken, institutionalisierten Antifeminismus und faschistische Mobilisierung auf eine neue Ära einer weltweiten antikapitalistischen Bewegung hoffen? Wir haben hierfür spezifisch Rezensentinnen* angefragt, mit uns diese Ausgabe zu gestalten.

Und nun viel Spaß beim kritischen Lesen!

„Das ist Klassenkampf, kein Ost-West-Kampf“



© Grit Hiersemann

Interview mit Katja Barthold

Die Politik der Treuhand fragmentierte Anfang der 90er Jahre zahllose Betriebe im Osten der Bundesrepublik. Bei vielen Beschäftigten wirkt diese Erfahrung heute noch nach. Kann gewerkschaftliche Organisierung sie für die künftigen Transformationsprozesse wappnen?

Kritisch-lesen.de: Vor 30 Jahren erfuhr Ostdeutschland einen großen industriellen Transformationsprozess. Wie hat sich die Treuhandpolitik seit Beginn der 90er Jahre in den thüringischen Betrieben ausgewirkt?

Katja Barthold: Ich kann das weitergeben, was mir die Leute aus den Betrieben und meine Gewerkschaftskolleg*innen erzählen. Mit der Wende wurden die zu DDR-Zeiten volkseigenen Betriebe privatisiert, durch die Treuhand verwaltet und Investoren angeboten. Das klingt erstmal sehr sachlich, war aber eine sehr emotionale Prozedur für die Arbeiter*innen, weil die Belegschaften nicht eingebunden wurden. Sie mussten zuschauen, wie auch Investoren die Betriebe sehr billig kaufen konnten ohne das klar war, was ihre Absichten waren. Oft wurden die Produktionsmittel geholt und die Belegschaften gekündigt und die Fabriken geschlossen oder die Betriebe blieben, aber mit einem kleinen Teil der Belegschaften. Die Folge waren Massenarbeitslosigkeit und eine stark zersplitterte industrielle Landschaft mit kleinen Betrieben. Im Rahmen der Treuhand wurden die Beschäftigtenzahlen mindestens halbiert. Das sind Größenordnungen, die man sich kaum vorstellen kann: Ich weiß von einer Kollegin aus einem Betrieb, die nun in Rente ist, dass Anfang der 90er bei Zeiss Optik in Jena 16 000 Leute gehen mussten. Die Nachwirkungen davon sind auch heute noch spürbar. Oft fanden sie danach keine Arbeit mehr und zehren jetzt von einer sehr geringen Rente. Damit sind sie ökonomisch, aber vor allem auch gesellschaftlich tief gefallen. Das haben viele nicht überwunden. Davon können die Arbeiter*innen ein Lied singen, die jetzt bei uns im Erwerbslosen-Rentner*innenkreis sind, weil sie danach keine Stelle mehr fanden. Wir haben jetzt außer bei Zeiss und Stahlwerk hier in Ost-Thüringen keine Unternehmen, die größer sind als 300 bis 400 Leute. Und das heißt konkret: Die Arbeiter*innen sind mit sich und maximal ihrem eigenen Betrieb beschäftigt, und was die anderen im Betrieb B machen, das bekommen sie teilweise gar nicht mit. Eine Ausnahme ist, wenn sie sich gewerkschaftlich engagieren. Die Gewerkschaftsstrukturen sind daher so wichtig, weil sich da die einstigen Arbeitskollegen noch vernetzen können. Und das geschieht vielerorts auch.

Die Leute bauen damit auf ihre Erfahrungen aus der Zeit vor der Treuhand auf: Die Vernetzung fand ja nicht nur auf einer reinen Ablaufebene statt, sondern auch zwischen den Leuten. Durch die Kombinate hatten sie auch untereinander größeren Austausch. Sie waren oft in Betriebsgruppen und Brigaden engagiert, die die Aufgabe hatten, das soziale Leben der Beschäftigten zu gestalten. Dazu gab es natürlich viele Gewerkschaftsgruppen oder Ähnliches, wo man sogar gemeinsam in den Urlaub fuhr. Oder man hat gemeinsame Veranstaltungen gemacht. Also die Strukturen unserer heutigen ehrenamtlichen Gruppen zeigt mir das deutlich, dass das für viele auch ein Anker war und auch heute noch ist. Da kommen immer noch jeden Montag um 18 Uhr in Saalfeld die Rentner*innen zusammen, mit teilweise 80 oder 90 Jahren. Weil es halt einfach schon immer so war. In diesen Treffen schwingt die Erfahrung der Gemeinschaft noch immer stark mit. Es gab aber auch Leute, die sich in der DDR nur gezwungenermaßen engagiert haben und heute sofort

abgeschreckt sind, irgendwo einzutreten oder mitzumachen. Manche weigern sich auch heute noch aus diesem Grund, in die Gewerkschaft einzutreten, obwohl die Situation eine ganz andere ist.

Regte sich gegen diese einschneidenden Transformationen Widerstand und wenn ja, in welcher Form fand dieser statt?

Es gab Widerstand der Belegschaften auf der gewerkschaftlichen Ebene, aber auch betriebsübergreifend, in der Gesellschaft. Er wurde vor allem durch die starke Vernetzung der Arbeiterschaft untereinander getragen. Sie waren ja zum gleichen Zeitpunkt von den gleichen Problemen betroffen. Wenn man das aus Sicht des heutigen Organizing-Einmaleins betrachtet, bot sich eine sehr gute Ausgangslage für einen gemeinsamen Kampf: Das Thema betrifft alle, es ist emotional und die Leute können gut eine gemeinsame Vision davon entwickeln, wo man eigentlich hin will – oder zumindest, was man verhindern will. Die Perspektive der Leute war nicht einfach „Blöder Westen, geh weg!“ – sie wollten, dass ihre Betriebe erhalten bleiben, dass sie bei der Umgestaltung mitreden können. Sie kannten ihre Maschinen und ihre Betriebe, oft im Gegensatz zu denen, die sie dann gekauft haben. In manchen Betrieben hat der Widerstand halbwegs funktioniert und sie konnten das Bestehen ihrer Betriebe durchstreiten, wenn auch in reduzierter Belegschaft. In vielen anderen wurden die Produktionsmittel abgezogen und der Betrieb zerschlagen. Und in diesen Firmen haben die Menschen einfach den Job verloren und nichts Vergleichbares mehr gefunden. Diese große Verlusterfahrung, den Kahlschlag mitzuerleben, der da passiert ist – die konnte man nicht aufhalten. Es ist also nicht so, dass die Arbeiter*innen sich kollektiv nicht gewehrt haben. Die Frage ist vielmehr, ob man Erfolg damit hatte. Haben sie gemeinsam ihre Ziele erreicht, verbindet sie diese Erfahrung bis heute und sie können darauf zurückgreifen, wenn es wieder an ihre Arbeitsplätze geht. Haben sie verloren, ist leider oft Resignation die Folge – oder den Kopf unten halten, wenn man geblieben ist. Die Deutung im Nachhinein prägt oft, wie man die Welt sieht. Die Deutung von damals lautet: Wir haben diesen Kampf verloren. Unser Betrieb wurde zerschlagen, viele unserer Freund*innen und Bekannten mussten in den Westen gehen, um zu arbeiten, oder sind arbeitslos geblieben. Die in den Betrieben übrig blieben, mussten sich anpassen – nicht nur an einen veränderten Betrieb und neue Chefs, sondern natürlich an ein komplett anderes Wirtschaftssystem.

Wie hat die damalige Erfahrung die Arbeit der Gewerkschaften beeinflusst?

Ich kenne Geschichten von meinen älteren IG Metall Kolleg*innen, wie sie oder Kolleg*innen aus Westdeutschland kamen, um Strukturen aufzubauen und zu Beginn im Wohnmobil von Ort zu Ort gefahren sind und in um aus diesen Wägen heraus für die Beschäftigten, die ihre Arbeit verloren haben, Abfindungen zu verhandeln oder sie in Transfergesellschaften unterzubringen, damit sie nicht sofort in die Arbeitslosigkeit rutschen. Meine Kollegin aus der Verwaltung erzählte mir, dass sie Hotelzimmer für IG Metall-Beschäftigte angemietet haben, in denen dann den ganzen Tag mit der Schreibmaschine Widersprüche gegen die Kündigungen geschrieben wurden. Es gab ja sonst gar keine Struktur, um die Leute aufzufangen, denen gekündigt wurde. Man musste eine Struktur aufbauen in einer Situation, in der alles schon ein massiver Abwehrkampf war. Ich glaube, das war ziemlich heftig und bevor ich mit den Leuten in den Betrieben gearbeitet habe, war mir nicht klar, welche Auswirkungen das bis heute für das Selbstverständnis einiger hat. Es war auch ein Kampf, der sehr emotional lief. In aktuellen Arbeitskämpfen – wie etwa den Forderungen nach einer 35-Stunden-Woche auch im Osten – kommen diese Erinnerungen wieder hoch. Und so erfahre ich auch die ganzen Geschichten des Widerstands. Ganz ohne Anlass erzählen es nämlich viele Kolleg*innen nicht, dass da jemand kam und ihnen gesagt hat, ihr könnt gar nicht arbeiten, wir bringen euch das jetzt bei. Und dass sie dem dann die Stirn geboten haben – oder eben auch nicht.

Also werden damit gleichzeitig zwei Kämpfe geführt, einmal gegen die Erinnerung und dann nochmal für eine aktuelle Verbesserung der Lage?

Ja. Manchmal muss man bei den älteren Kollegen und Kolleginnen zuerst eine Frusterfahrung

wieder auflösen. Woran es auch immer konkret lag, dass ein Streik oder Arbeitskampf verloren wurde, muss von den Leuten, die dabei waren, selbst aufgearbeitet werden. Das ist für mich im Nachhinein oft schwierig zu deuten. Oft spielte aber mit, dass die westdeutschen Firmen ihre ostdeutsche Konkurrenz gekauft und abgebaut haben. Was willst du da machen? Die hatten dann gar nicht die Absicht, die Produktion weiterzuführen. Da ist auch ein Streik nur begrenzt wirkungsvoll. Die sagen dann einfach nur „Ja, danke, dass ihr streikt, dann können wir das hier besser ausräumen“. Oft war daher Besetzen die einzige Option, die sie hatten. Kolleg*innen aus dem Betriebsrat in einer Werkzeugfirma in Südthüringen haben berichtet, dass sie das Tor zugeschweißt und die Maschinen festgekettet haben. Sie haben sogar die Reifen von dem Typen der Treuhand zerstochen, der die Maschinen abholen sollte. Das haben sie mir erst diese Woche erzählt. Mit einer Selbstverständlichkeit, als wäre das Routine. Und da war die IG Metall dabei, das war also kein wilder Streik der Beschäftigten. Der Kampf, den man da gemeinsam erlebt hat, der hebt das alles auf eine andere Ebene.

Wie würdest du die Auswirkungen der Treuhandpolitik auf die Arbeiter*innen beschreiben?

Es ist ein Trauma, das auch in den Betrieben und den Familien an die Jüngeren weitergegeben wurde. Daher kommt es, dass die Verlusterfahrung auch die kollektive ostdeutsche Identität ein Stück weit prägt. Das kanalisiert sich auch in starker Abgrenzung zum Westen, und allgemein einem eher negativen Umgang mit Veränderung. Ich sage ihnen immer: Ihr hasst nicht Wessis, ihr hasst Investor*innen – zumindest, wenn sie nicht investieren, sondern abbauen. Wen haben sie denn aus dem Westen kennengelernt? Das waren nicht ihre westdeutschen Kolleg*innen aus der Arbeiterschaft. Das waren Leute, die sich einen schicken Anzug angezogen und ein Auto gemietet haben, mit dem sie vorgefahren sind und sich teilweise für eine Mark die Fabriken gekauft haben, weil die Treuhand diese einfach loswerden wollte. Sie haben auch keine Investorenprüfung gemacht oder nachgefragt, was die Leute mit der Fabrik vorhaben. Es wurde einfach alles verschleudert. So wird es mir sehr oft erzählt. Die Leute haben versucht, dagegen anzukämpfen und mitzubestimmen, und je nach individueller Betriebsgeschichte ist das dann eben gelungen oder nicht. Aber es gibt glaube ich keinen Betrieb, der genauso erhalten wurde, wie er vorher war. Die Folge davon ist, dass nicht nur 80 Prozent aller Fabriken und Betriebe in nicht-ostdeutscher Hand sind. Das macht sehr viel mit einer Identität als „Ostdeutscher“ in den Betrieben, das merke ich daran, dass die Leute sich genau anschauen, wenn ein neue Werksleiter kommt, woher der kommt, Osten oder Westen. Das gleiche natürlich bei einem Eigentümer*innenwechsel. Einem ostdeutschen Werksleiter wird mehr verziehen. Ich sag den Leuten immer, dass wir nicht gegen Westdeutsche kämpfen, sondern für gute Arbeitsbedingungen und Arbeitsplatzert halt. Es ist wichtig, dass wir lernen für etwas zu kämpfen und nicht gegen jemanden. Und ob ein*e ostdeutsche*r Investor*in anders gehandelt hätte – das steht in den Sternen. Das ist Klassenkampf, den wir hier führen, kein Ost-West-Kampf. Aber dadurch, dass die Geschichte so ist, wie sie ist, ist das Bewusstsein oftmals nicht „Wir Arbeiter“, sondern „Wir Ostdeutschen“.

Gleichzeitig haben viele diese Kampferfahrung, die sie eint, und diese Erinnerung ist oft auch sehr positiv. Wenn die Leute, die jetzt noch da sind, davon erzählen, dann muss man auch mitdenken, dass das in deren Jugend passiert ist und Nostalgie eine große Rolle spielt. Man kann aber nicht per se sagen, dass nun alle verdrossen sind und nicht mehr für ihre Interessen kämpfen. Sie wissen im Gegenteil ziemlich genau um diese Interessen. Oft ist das sehr lehrreich, auch für die Kolleg*innen. Der Konzern einer Firma, die ich betreue, plant gerade deutschlandweit Stellen abzubauen. Als sich alle Standorte zu einem gemeinsamen Protest vor der Firmenzentrale trafen, ist in einer Rede auch das Wort „Besetzung“ gefallen. Alle waren total geschockt. Aber eine ältere Kollegin, äußerlich sehr mütterlich, meinte nur so: „Joa, ham' wa och schon mal gemacht!“ Da hat sie das zum ersten Mal erzählt! Die ganzen Kolleg*innen von ihr, die im gleichen Betrieb sind wie sie, die haben das noch nie gehört. Wir saßen dann also im Bus auf dem Weg zurück, und sie hat ihren Leuten davon erzählt, wie es damals war – über das zugeschweißte Fabriktor und alles andere. Das ist die selbe Fabrik gewesen, in der sie jetzt immer noch arbeitet. Und trotzdem kannte

die Geschichte niemand.

Vielerorts dienen die Erkenntnisse über Transformationsgesellschaften auch als Erklärungsmuster für das Erstarken eines neu-rechten Projekts. Was hältst du davon?

Wenn Entlassungen stattfinden, die Leute wieder die Erfahrung machen, ihren Job zu verlieren, obwohl sie gute Arbeit gemacht haben und sich fragen „Warum passiert mir das jetzt!“, dann greift das Narrativ: Wir Armen im Osten sind einmal mehr als Erstes dran. Das ist erst einmal noch gar nicht per se rechts. Aber es gibt dafür Potenzial. Die Frage ist dann, wer näher an den Leuten dran ist und diese Themen als Erstes aufgreift. So banal ist es manchmal. Das heißt jetzt nicht, dass das nicht auch Potenzial von links hätte. Aber das Narrativ greift die Frusterfahrungen der Leute auf, die sich wieder von allen verlassen fühlen, auch von der Gewerkschaft, weil wir manchmal Dinge auch nicht erkämpfen oder verhindern können. Wir sind nicht ihre bloßen Stellvertreter*innen, sondern können Dinge nur gemeinsam erkämpfen. Wenn uns das nicht gelingt, können wir auch nicht das verhandeln, was sie erwarten.

Das Narrativ kann sehr gut von rechts gefüttert werden. Die AfD kommt dann und hat ihre Strukturen schon aufgebaut in den Dörfern und Gemeinden, und dann sagt sie: „Seht ihr! Und jetzt reden wir mal miteinander“. Und dann werden die Frusterfahrungen als Erstes umgedeutet: Gegen die Anderen, die „Ausländer“. Hier ist es zentral, ob im Betrieb und Gesellschaft Leute sich trauen dagegen zu sprechen. Wir haben Orte, wo sich engagierte Betriebsräte gesellschaftlich stark einbringen und zum Beispiel auch Proteste gegen AfD-Empfänge mitorganisieren. Da stehen sich Belegschaften auf der Pro und Contra Seite gegenüber – und das in Orten, wo sich jeder kennt. Das bringt natürlich auch Spannungen in die Betriebe. Kurz gesagt also: Der Mythos des rechten ostdeutschen Arbeiters allein ist ein generalisierter Mythos und ein vereinfachtes Erklärungsmuster.

Die Gewerkschaft als eine Plattform von vielen, die aber durchaus Durchschlagkraft besitzen kann. Welche Herausforderungen siehst du da mit Blick in die Zukunft?

Da gibt es einige umkämpfte Felder. Wir laden beispielsweise vor Wahlen auch Parlamentarier*innen zu unseren Delegiertenversammlungen ein – dort treffen sich die Gewerkschafter*innen aus den Betrieben. Dann stellen die Gewerkschafter*innen den Politiker*innen Fragen, wie sie Probleme in der Arbeitswelt lösen würden. Da merkt man schon: In einigen Parteien gibt es ein krasses Unwissen über die Realitäten im Betrieb. Es steht oft gar nicht unbedingt im Mittelpunkt, wer konkret Lösungen hat. Sondern eher: Wer sieht überhaupt die Leute in den Betrieben und deren Kämpfe. Wer die Frustration auffangen und politisch für sich nutzen kann, ist eine andere Frage. Und hier punktet oftmals die AfD. Natürlich ist sie keine Vertreterin der Arbeiter*innen und bietet auch keine Lösungen an, im Gegenteil. Dennoch haben in manchen Betrieben die Rechten Deutungshoheit – nicht die Mehrheit, aber sie sind am lautesten. Es gibt natürlich auch engagierte Kolleg*innen, die gegen diese rechte Hetze angehen. Wir schulen sie auch durch Seminare zu Rechtspopulismus oder Argumentationsworkshops. Je mehr die gesellschaftliche Stimmung jedoch kippt, desto schwerer haben sie es – und wir als Gewerkschaft natürlich auch. Es ist ersichtlich, dass die Rechten politische Entwicklungen oder gesellschaftliche Problemlagen immer wieder umdeuten, und auch, dass nichts mehr tabuisiert wird.

Wenn es jetzt wieder eine erneute Frustrationserfahrung gibt, in welcher Form auch immer das passiert – im Kontext der aktuellen Corona-Krise blicke ich da sorgenvoll dem Herbst und Winter entgegen, wenn die ökonomischen Schäden erst richtig reinhauen – dann ist meine Angst, dass es die Rechten sind, die ihre Strukturen nutzen werden. Dass es die AfD und Co. sind, die in den thüringischen Kleinstädten und auf den Dörfern da sind. Das ist aber noch nicht in Stein gemeißelt, aktuell offenbart sich in der Krisenbearbeitung ja (noch) eine deutliche Schwachstelle der rechten Formierungen.

Ein wichtiger Punkt, der immer wieder unter dem Begriff der Transformation

angesprochen wird, ist die Automatisierung der Industrie. Wie kann sich hier die Gewerkschaft sinnvoll einbringen?

Für die Gewerkschaft ist an diesem Punkt zentral, dass wir in der anstehenden Transformation – die für uns als IG Metall ökologisch, sozial und demokratisch zu sein hat – insbesondere Beschäftigungssicherung erkämpfen. Und, dass wir die Unternehmen dazu zwingen, Qualifizierungen und systematische Personalplanungen durchzuführen und die Leute auch künftig einzubeziehen und zu schulen. Wir haben hier in den letzten Jahren versucht, strukturell vorzuarbeiten und auch Einfluss auf Investitionen der Betriebe zu nehmen – noch bevor die ganz große Transformation da ist, in der man nur noch herumschreit und nicht weiß was tun. Wir versuchen hier, unseren Einfluss auszuweiten, weil das immer der Bereich ist, wo Arbeitgeber*innen sagen: Das ist unternehmerische Freiheit, das geht euch gar nichts an. Das Ganze passiert über das sogenannte „Zukunftspaket“ der Gewerkschaft oder spezifische Zukunftstarifvertragsmodelle. Mir erzählte ein Kollege, dass es einen ersten Pilotbetrieb gibt, bei dem – aufgrund des hohen Organisationsgrads in der Belegschaft und der dadurch erstrittenen Bereitschaft des Managements – ein gemeinsamer Investitionstopf vereinbart wurde. Da „zahlt“ die Belegschaft quasi ein, indem sie auf eine Sonderzahlung verzichtet, die dann dort hinein geht, und der Arbeitgeber zahlt auch soviel ein. Beide Seiten können – auf der Basis einer Zukunftsvereinbarung – nun paritätisch bestimmen, was mit dem Geld gemacht wird, wohin es investiert wird, wie der Betrieb umstrukturiert wird. Und das Ganze, ohne dass dabei Beschäftigtenstellen abgebaut werden müssen. Ich halte das – mit Blick auf die aktuellen Kräfteverhältnisse – für einen wichtigen Schritt, um den Einfluss der Belegschaft mit und durch uns als Gewerkschaft auf die unternehmerischen Entscheidungen auszuweiten. Im Moment ist es so, dass die Beschäftigten oft an ihren Maschinen stehen und fünf Ideen haben, wie man das Ding besser machen kann, sie kennen die Maschine schließlich – und niemanden interessiert's. Oder sie wissen, dass es manchmal gar keine neuen Maschinen sein müssen, sondern nur Umstrukturierungen im Betriebsablauf und so weiter. Sie wissen oft genauer, was es braucht, um die Aufträge zu bearbeiten und ihre Arbeitsplätze zu sichern.

Das klingt ja ziemlich pragmatisch: Einsparungen und Beschäftigungssicherung statt Übernahme der Produktionsmittel, wenn man mal ganz zugespitzt formuliert. Kannst du die Kräfteverhältnisse noch etwas genauer ausführen, von denen du sprichst?

Eine große Gefahr bei den aktuellen Transformationsprozessen ist, dass nur die Standorte gute Chancen haben, die auch selbst forschen und entwickeln, also neue Produkte und (digitale) Geschäftsmodelle entwickeln können. Es gibt ja den Endhersteller, zum Beispiel ein Autowerk, da braucht die Belegschaft nicht so viel Angst haben, dass sie komplett zugemacht werden. Dann gibt es Zulieferer ersten Ranges, die selber noch Kapital und Entwicklung haben, also auch nicht einfach austauschbar sind; und Zulieferer zweiten Ranges. Das sind eben die kleinen, mittelständischen Unternehmen, die Deutschland prägen, die aber – vor allem im Osten – oft nur noch einem oder wenigen Endherstellern zuliefern und damit enorm abhängig von deren Preispolitik sind. Das sind die, deren Existenz bedroht ist, wenn man davon spricht, dass bald viele Arbeitsplätze abgebaut werden könnten. Oder auch die, die in Zeiten der Corona-Krise plötzlich wegfallen können, wenn ein Endhersteller plötzlich seine ganze Produktion umstellt und die Lieferungen nicht mehr benötigt.

Das ist ein Problem auf der politischen Ebene: Was passiert denn hier im Osten, wenn die auch noch dran glauben müssen, dieses bisschen Industrie, das noch übriggeblieben ist, und die paar Autoendhersteller, die übrig sind? Was ist mit den Leuten? Das ist eine sehr politische Frage. Da wird es enorm wichtig sein, dass wir als IG Metall oder insgesamt als Gewerkschaften es schaffen, Beschäftigungssicherung und umfassende Qualifizierungen durchzukriegen. Dazu müssen die Leute verstehen, dass die Gewerkschaften sowas nur durchbekommen können, wenn sie sich in diesen auch organisieren. Nur dann wird aus Organisationsmacht plus Kämpfen auch institutionelle Macht, die auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene einen politischen Gestaltungsanspruch formulieren kann und will. Wir müssen gut aufgestellt sein für diese Fragen. Wenn sie jetzt wirklich

in den nächsten fünf Jahren nochmal massenhaft Leute entlassen oder es nicht gelingt, im Zuge des nötigen sozial-ökologischen Umbaus der Industrie und Wirtschaft neue zukunftsweisende Produktionsstandorte und Betriebe anzusiedeln, dann steigt das Potenzial für rechte Einstellungen noch weiter an.

Transformation beziehungsweise Industriepolitik ist deshalb immer ein politisches Thema. Das sehen wir aktuell auch in der Corona-Krise. Lebenswichtige Produkte, wie Atemschutzmasken oder Beatmungsgeräte werden entweder gar nicht mehr oder nur noch zu geringen Stückzahlen in Deutschland oder Europa produziert. Dadurch wird uns die Abhängigkeit von globalen – oft auf einer Niedrigpreispolitik basierenden – Wertschöpfungsketten nochmal vor Augen geführt.

Zu diesen gehören prekäre Arbeitsplätze als elementarer Teil der neoliberalen Transformationsprozesse weltweit. Wie schätzt du die Gefahr weiterer Ausdehnung dieser Arbeitsverhältnisse ein, wie kann man dagegenwirken?

Globale Arbeitgeber*innen setzen gerne Leiharbeit ein. Sie brauchen und wollen eine austauschbare, „atmende“ Belegschaft, weil sie austauschbare Standorte wollen. Aber auch in Unternehmen, die nicht global und digitalisiert sind, ist Leiharbeit ein Problem, denn die ursprüngliche Idee der Leiharbeit, damit nämlich lediglich Auftragsspitzen abzufedern, wird nicht so gelebt. In einigen Betrieben übernehmen Leiharbeiter*innen Verantwortung für ganze Abteilungen und werden als Facharbeiter*innen eingesetzt. Das ist überall ein Problem, wird jedoch besonders in den riesigen Holdings deutlich, in denen die Standorte auch untereinander in Konkurrenz gesetzt werden. Oft werden auch Leiharbeiter*innen und feste Belegschaft gegeneinander ausgespielt. Wenn es dann zu konjunkturellen Schwankungen kommt, sind die Leiharbeiter*innen als erstes dran. Die werden dann einfach „abgemeldet“, weil sie als Sachmittel laufen und man nicht auf Kündigungsschutzrechte achten muss. Für die Betriebsräte ist es sehr schwer, diese zu vertreten. Aus Angst, abgemeldet zu werden, trauen sich Leiharbeiter*innen auch oft nicht, bei gewerkschaftlichen Aktionen mitzumachen.

Als Gewerkschaft sind wir immer wieder an dem Punkt, erst einmal in Deutschland über die Betriebe hinweg Solidarität aufzubauen und zu halten. Es gibt zwar Ressorts der IG Metall oder des DGB, die internationale Arbeit machen, und in der betrieblichen Realität ist es durchaus so, dass der Betriebsrat in Thüringen mit den Betriebsräten an den anderen Standorten in Deutschland über den Gesamtbetriebsrat vernetzt ist – allerdings ist es eher selten, dass der Betriebsrat in Königsee mal eben mit dem Betriebsrat in Malaysia redet, zumindest nicht hier in der Region. Aber der*die Manager*in aus Deutschland redet durchaus mit dem*der Manager*in aus Asien. Die sind uns damit natürlich voraus und haben weniger Hürden.

Oft wissen die Beschäftigten gar nicht mehr, gegen wen sie streiken sollen, oder wer der richtige Adressat für ihren Protest ist, weil die Struktur der globalen Unternehmen so komplex ist. Teil der Transformationen ist auch, dass vieles nur noch digital passiert. In globalen Konzernen wird der lokale Betriebsrat mal eben über Skype informiert und damit werden Mitbestimmungsrechte oft nicht beachtet. Das müssen wir uns dann mühsam vor Ort einklagen. Natürlich hat das jetzt in Corona-Zeiten nochmal eine verschärfte Dynamik, aber das war auch schon vorher so. Dann kriegst du über den Werksleiter irgendwann die Info: Das und das wurde jetzt entschieden. In Chicago. Oder sonst wo. Wenn wir lokal Öffentlichkeitsarbeit machen und Dinge skandalisieren, interessiert das die Unternehmensleitung oft einfach gar nicht. Der klassische Unternehmer, der etwas für die Region tun will – eine „Stütze der Gesellschaft“, wenn man das Bild von Henrik Ibsen bemühen will –, der ist nur noch selten vorhanden. Und das finde ich für meine Arbeit sehr schwer. Ich kann mich als Gewerkschaftssekretärin mit dem Werksleiter eine halbe Stunde streiten; dann sagt er: „Alles klar, ich nehme das mit!“ Und dann kommt nie wieder etwas. Wenn ich dann irgendwann nachfrage, bekomme ich zu hören: „Ja, das hängt noch beim oberen Management, bei Herrn Soundso, der hat mir noch kein Go gegeben“. Oft dann noch mit einem bedauernden: „Ich verstehe Ihr Anliegen, aber ich kann Ihnen da nicht weiterhelfen“. Und an den oberen Herrn

Soundso komme ich überhaupt nur ran, wenn der Druck in der Belegschaft hoch ist und die Leute stark in der Gewerkschaft organisiert sind. Deshalb ist auch die internationale, überbetriebliche Solidarität wirklich wichtig.

Katja Barthold ist IG Metall Gewerkschaftssekretärin in Ost-Thüringen und Autorin. Das Interview führte Johanna Bröse.

Zitathinweis: kritisch-lesen.de Redaktion: „Das ist Klassenkampf, kein Ost-West-Kampf“.
Erschienen in: Transformationen – Kapitalismus und Arbeit im Wandel. 55/ 2020. URL:
<https://kritisch-lesen.de/c/1612>. Abgerufen am: 14. 04. 2020 12:07.

Schillernd und bedrohlich



Essay von Nelli Tügel

Die letzte große Transformation bedeutete für viele Menschen nichts Gutes. Eine Beschäftigung mit dem Ende des Fordismus könnte helfen, die eigene Lage auch heute besser zu begreifen.

Essay von [Nelli Tügel](#)

Transformation ist ein beliebtes Wort bei Linken, seit viele von ihnen nicht mehr über Revolution reden mögen. Während in ihren Gesprächsblasen dem Begriff der Transformation ein Wohlklang innewohnt, nämlich jener der sanften, aber tiefgreifenden, progressiven Veränderung der Gesellschaft zum – natürlich – Besseren, klingt dasselbe Wort in den Ohren vieler anderer Menschen bedrohlich. Robert Misik formuliert es in seinem kürzlich erschienen Essay „Die falschen Freunde der einfachen Leute“ so:

„Je verletzlicher die Position, umso weniger will man von Wandel hören. Der Verwundbare schätzt nicht den Wandel, sondern Stabilität. Für die oberen Schichten bedeutet Wandel, dass du dich weiterentwickelst oder ein Start-up gründest. Für die Arbeiterklasse heißt Wandel meist, dass du gefeuert wirst.“ (S. 84)

Linke sind hier in einem Dilemma: Die Welt kann nicht bleiben wie sie ist, das wissen sie. Aber viele konkrete Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte sind solche von Abstieg, Scheitern und seit einigen Jahren vermehrt auch vom autoritär-repressiven Umbau ganzer Gesellschaften. Denn in der Tat vollzogen sich wesentliche ökonomische, soziale, politische und kulturelle Transformationen der vergangenen Jahrzehnte nicht etwa als linkes, progressives, soziales Projekt, sondern im Gegenteil als aggressive, heute oftmals neoliberal genannte Erneuerung des Kapitalismus. Spätestens seit der Krise von 2007 und den Folgejahren befinden wir uns bereits in der nächsten Übergangsphase der kapitalistischen Produktionsweise. Zum einen, weil die systemischen Ursachen der damaligen globalen Wirtschafts- und Finanzkrise nie aufgelöst wurden, was zu Verwerfungen auch auf Seiten der Herrschenden und des Kapitals geführt hat. Zum anderen wegen der Herausforderungen, die mit dem Klimawandel einhergehen.

Die Corona-Pandemie könnte sich nun für Protektionismus und De-Globalisierung als das erweisen, was „1990“ – das Ende des Systemgegensatzes – für die neoliberale Globalisierung war: Ein Radikalisierungsschub von zuvor schon deutlich sichtbaren Tendenzen, die sich dann verstärken und etablieren. Noch nicht ausgemacht ist, wer die Verlierer*innen und wer die Profiteure einer möglichen Neuausrichtung sein werden. Die entscheidenden Fragen sind wie immer: Wer zahlt? Auf wessen Rücken finden Veränderungen statt und zu wessen Bedingungen? Diese Auseinandersetzungen werden in den kommenden Monaten geführt und man wird dabei auch auf Aufstände und Massenbewegungen rekurren müssen, die das Jahr 2019 geprägt haben, vom Libanon bis Algerien, von Chile bis Frankreich.

Den Blick zurück schärfen

Helfen könnte diesen bevorstehenden Auseinandersetzungen, dass zuletzt das Interesse an der Zeit der 1970er, 1980er und 1990er Jahre spürbar zugenommen hat. Es sei leichter, „langfristige Ursachen, Rahmenbedingungen und Strukturen“ in weiter zurückliegenden Epochen zu erkennen, „die auf Schlüsselmomente der Zeitgeschichte wirken“, wenn der zeitliche Abstand einen distanzierten Blick ermögliche, schreibt der Historiker Philipp Ther in seiner Essaysammlung „Das

andere Ende der Geschichte – Über die große Transformation“. Ein Titel, der nicht zufällig einerseits an Francis Fukuyama erinnert und andererseits an Karl Polanyis historische Studie „The Great Transformation“. Fukuyama wurde zu Beginn der 1990er Jahre bekannt mit seiner in der Rezeption zwar verkürzten, aber nichts desto weniger wirkmächtigen Behauptung, das Ende der Geschichte sei mit dem Ende des Systemgegensatzes und dem „Sieg“ der freien Marktwirtschaft erreicht. Eine These, die damals dem Zeitgeist entsprach, heute indes längst als entzaubert gilt. Polanyi wiederum interessierte sich in den 1940er Jahren für eine damals ebenfalls zurückliegende Transformation, jener des frühen Kapitalismus und des 19. Jahrhunderts, die in Weltkrieg, Großer Depression und Faschismus mündete. Hier sieht Ther eine geeignete Folie zum Aufstieg des Neoliberalismus und dem vermeintlichen Triumphzug der liberalen Demokratien, der nun bei Donald Trump und Brexit angelangt ist. Seine Feststellung, dass etwas zeitliche Distanz nützlich sei, die Dinge und ihre Bedeutung für die Gegenwart klarer zu sehen, ist sicherlich auch ein Grund für das wachsende wissenschaftliche und literarische Interesse an der letzten großen Transformation, in der sich – in der westlichen Welt des globalen Nordens – der Übergang vom Fordismus zum Neoliberalismus vollzog. Was aber lässt sich genau lernen aus der Beschäftigung mit dieser Zeit?

Ohne Plan und stets umkämpft

Niemals wurde eine Entscheidung pro Neoliberalismus am Runden Tisch gefällt. Seine Etablierung war vielmehr eine Summe von, für Zeitgenoss*innen nicht immer als solche erkennbaren, Reaktionen darauf, dass Anfang der 1970er Jahre der Nachkriegsboom endete, das Wachstum einbrach und dies durch die Ölkrisen Mitte und Ende des Jahrzehnts noch verstärkt wurde. Aber nicht nur. Der Neoliberalismus war vielmehr Produkt von ökonomischen Ursachen und den vielschichtigen Konflikten, die die Krise und das herrschende Krisenmanagement begleiteten. So gingen etwa der Wahl Margaret Thatchers in Großbritannien verschärfte Klassenkämpfe voraus – darunter eine Reihe radikaler und langandauernder Streiks im sogenannten Winter of Discontent 1978/79. Sie gehörten noch zu einem Zyklus von Arbeitskämpfen um Löhne oder Arbeitsbedingungen, also um offensive Forderungen, die getragen waren von dem Selbstbewusstsein der Arbeiterschaften, die in Zeiten der Vollbeschäftigung gelernt hatten, ihre Marktmacht einzusetzen.

Die Kämpfe der Betroffenen der großen Transformation – etwa der Zechen- und Werksschließungen der 1980er Jahre – zeugen ebenfalls davon, dass diese nicht einfach widerspruchslos hingenommen wurde. Doch hatten sich hier bereits die Voraussetzungen für die Auseinandersetzung grundlegend gewandelt: Wo zuvor Streiks für Verbesserungen geführt wurden, dominierten nun erbitterte Verteidigungskämpfe. Zwei von ihnen – der britische Bergarbeiterstreik 1984/85 gegen Zechenschließungen und der Kampf um das Krupp-Stahlwerk in Duisburg-Rheinhausen 1987/88 – wurden gar zu epochalen Ereignissen. Auch sie erfreuen sich wachsenden publizistischen Interesses: So hat der Historiker Arne Hordt 2018 mit dem Buch „Kohle, Kumpel und Krawall“ in der Reihe „Nach dem Boom“ erstmals eine vergleichende Studie der beiden Protestbewegungen vorgelegt, auch Lutz Raphael widmet sich in seinem [Buch](#) „Jenseits von Kohle und Stahl – Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom“ diesen Kämpfen.

Eine wichtige Schlussfolgerung bei beiden: Aus Krisen folgt nicht zwangsläufig auch Protest. Protestiert wurde in den 1980er Jahren vor allem dort, wo bis dahin geltende Regeln schamlos gebrochen wurden, etwa wenn sogenannte Arbeitgeber sozialpartnerschaftliche Routinen offen unterliefen. Dies geschah beispielsweise im Vorfeld des britischen Bergarbeiterstreiks oder auch in Rheinhausen, dessen Stahlwerk keineswegs als erste Hütte im Revier geschlossen werden sollte. Als dann jedoch die entsprechenden Schließungspläne für Rheinhausen, anderslautenden Vereinbarungen zum Trotz, bekannt wurden, rebellierten die Betroffenen spontan – und mit ihnen die gesamte Region.

Auch der Fordismus war umstritten

Ein Blick etwas weiter zurück zeigt aber auch, dass selbst zu Hochzeiten des Fordismus dieser nicht unumstritten war. Mit „1968“ waren die gesellschaftlichen Begleiterscheinungen dieses Modells, die Ralf Hoffrogge 2012 im „Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung“ als „Massenkonsum, Freizeitindustrie und die Etablierung der Kleinfamilie als Norm und Raum des Privatlebens in der Arbeiterschaft, (die) eine Verbürgerlichung und Individualisierung mit sich brachten“ (S. 255) beschrieb, bereits einer radikalen Infragestellung ausgesetzt. So schreibt er weiter:

„Die insbesondere in Deutschland als ‚Studentenbewegung‘ betitelte Entwicklung war letztlich eine breitere Absatzbewegung, in der sich Teile der jüngeren Generation vom individualisierten Konformismus der Wirtschaftswunderzeit distanzieren. Ihre Rebellion stand gegen den fordistischen Konsumkonsens, den die traditionelle Arbeiterbewegung in Westeuropa eine Generation lang mitgetragen hatte.“ (Ebd.)

Eine zweite Infragestellung wurde überdies in den 1960ern und zu Beginn der 1970er Jahre von Seiten derer formuliert, die nie Teil des fordistischen Arrangements gewesen, sondern von diesem stets ausgeschlossen waren, mit ihrer unter- oder unbezahlten Arbeit aber zu seinem Gelingen beitragen: Frauen und Gastarbeiter*innen. Der wochenlange, wilde Streik der Munitionsarbeiterinnen im Belgischen Herstal für gleichen Lohn 1963, die vielfältigen Formen dissidenten Verhaltens im Betrieb, die Peter Birke in „Wilde Streiks im Wirtschaftswunder“ dokumentiert hat und bekanntere wilde Streiks wie jene 1973 bei Ford in Köln-Niehl oder bei [Pierburg-Neuss](#) sind Beispiele dafür. Wer sich heute in den fordistischen Kapitalismus zurückräumt, ignoriert folglich nicht nur dessen (heute nicht mehr gegebenen) Existenzbedingungen wie Ostblock und hohe Profitraten nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern lässt auch die Geschichte dieser emanzipatorischen Infragestellungen des Fordismus unter den Tisch fallen.

Strukturwandel für die Betroffenen

In dem bereits erwähnten Buch „Jenseits von Kohle und Stahl“ rekonstruiert Lutz Raphael überaus gründlich und faktenreich die nun bereits mehrfach erwähnte Übergangsphase zwischen den fordistischen Wohlfahrtsregimen der Nachkriegsjahrzehnte und der Etablierung des neoliberalen Akkumulationsmodells. Er erzählt diese Geschichte ausgehend von denen, die am meisten von ihr betroffen waren, aber am schnellsten aus dem Blickfeld gerieten: den Arbeiter*innen. Und er tut dies mithilfe einer vergleichenden Studie Frankreichs, Westdeutschlands und Großbritanniens, den drei größten Volkswirtschaften Europas, in denen sich „nach dem Boom“ ein sogenannter Strukturwandel vollzog – etwas zeitversetzt (Großbritannien früher, die Bundesrepublik später) und in unterschiedlicher Intensität (in Großbritannien am krassesten, in Frankreich und der BRD schwächer). Raphael präsentiert beeindruckende Zahlen, etwa dass zwischen 1972 und 1982 in Großbritannien 24 Prozent der Industriearbeitsplätze verloren gingen, im darauffolgenden Jahrzehnt weitere 24 Prozent, insgesamt also mehr als drei Millionen Jobs; in Deutschland waren es zwischen 1972 und 1982 13,5 Prozent, 1,23 Millionen Arbeitsplätze.

Überdies konterkariert Raphael ein paar Mythen, die auch unter Linken kursieren und die einer Generalüberholung bedürfen. Erstens ist das die Behauptung, dass die Industriearbeiterschaft in der Gegenwart keine zentrale gesellschaftliche Rolle mehr spielte, da sich Lohnarbeit in den Reproduktions- und Dienstleistungsbereich verlagert habe. Raphael leugnet diese Verlagerung natürlich nicht. Allerdings weist er auch darauf hin, dass Dienstleistungsberufe, die heute ein größeres Gewicht im Verhältnis zu Arbeitsplätzen in der Industrie haben als noch zu Beginn der 1970er Jahre, weiterhin an „industrielle Kerne gekoppelt“ seien, Deindustrialisierung also keineswegs als „Einbahnstraße“ zu verstehen sei, die geradewegs in die „postindustrielle“ Gesellschaft führe. Und auch den unter Linken beliebten Topos vom „Ende des Industriezeitalters“

entlarvt Raphael als einen, dessen Verwendung eine doch recht nationalbornierte Sicht auf das Weltgeschehen offenbart. Global kann davon nämlich keine Rede sein; mit der Deindustrialisierung in Westeuropa ging das zum Teil rasante Wachstum der Industriearbeiterschaft in anderen Teilen der Welt einher, wie die Öffnung Chinas.

Zweitens wirft Raphael einen Blick auf die Entfremdung der linken Massenparteien von der Arbeiterklasse und die weitverbreitete These, dass diese als progressive gesellschaftliche Kraft vornehmlich aus sozioökonomischen Gründen an Bedeutung verloren habe – als Folge der Heterogenisierung. Dieser Vorstellung begegnet Raphael mit dem Verweis darauf, dass schon in der Industrialisierungsphase die Arbeiterschaft ihre kollektive Existenz vor allem der „Repräsentationsarbeit sozialdemokratischer beziehungsweise sozialistischer Parteien“ verdankte, da sie auch damals ein „Ensemble ganz unterschiedlicher regional oder lokal geprägter Gruppen“ gewesen sei. Anders als am Ende des 19. Jahrhunderts jedoch habe man es in den von ihm untersuchten Jahrzehnten mit einem „Rückbildungsprozess zu tun, bei dem der Wandel der politischen Repräsentationsformen und Sprachen eine ganz wesentliche Rolle spielte“ (S. 142).

Drittens erinnert Raphael daran, dass anders als bei den Kolleg*innen, die in den 1980er Jahren um ihre Betriebe und Arbeitsplätze kämpften, sich auf politischer Ebene wie auch unter linken Intellektuellen ein rascher Paradigmenwechsel vollzog; dass gerade in den Sozial- und Geschichtswissenschaften sich einige schon in den 1980er Jahren Thatchers Diktum, so etwas wie eine Gesellschaft gebe es nicht, annäherten und schließlich verkündeten, die Klassengesellschaft habe sich quasi selbst überholt. Das war nicht Folge des „Verschwindens des Malochers“ aus der Öffentlichkeit, sondern verstärkte während der sich noch im Prozess befindlichen Deindustrialisierung eine Diskursstrategie, die es dem Neoliberalismus erst recht erleichterte, hegemonial zu werden.

Verstummt die Arbeiterklasse?

Durch diese Art der medialen und wissenschaftlichen Begleitung des sogenannten Strukturwandels wurden „die Sprachen immer leiser“, die der industriellen Arbeiterschaft zuvor „eine kollektive Existenz als repräsentierte Klasse oder sozioprofessionelles Kollektiv verschafft hatten.“ Und mehr noch: Damit verschlechterten sich generell für Arbeiter*innen die Chancen, „sich als Gruppe im politischen Prozess sowie über Gerechtigkeits- und Ungleichheitserfahrungen medial Gehör zu verschaffen.“ Dieses Verstummen der Arbeiterklasse ist hierzulande in den vergangenen Jahren im Zuge der Debatte um Didier Eribons „Rückkehr nach Reims“ bereits etwas breiter thematisiert worden. Es ist sicherlich auch dem dadurch bewirkten Abbröckeln neoliberaler Krusten in der Akademie und in manchen linksliberalen Kreisen zu verdanken, dass – wie eingangs erwähnt – Literatur (eines auffällig männerdominierten Genres nebenbei bemerkt), die die letzte große Transformation in den Blick nimmt, völlig zu Recht auf breiteres öffentliches Interesse stößt.

Diese Transformations-Geschichte ist eine Geschichte der Kollisionen und (oftmals verlorenen) Kämpfe, aus deren Niederlagen sich Lehren ziehen lassen. Linke stellt die Tatsache, dass jener Übergang für viele Menschen mit Verschlechterungen und Unsicherheitserfahrungen einherging, zudem vor die große Herausforderung, damit umzugehen, dass „Transformation“ bei einigen derer, die es zu adressieren gelte, nicht selbstverständlich positiv konnotiert oder mit Hoffnungen verbunden ist. Wo der Fordismus also durch seine Integrationskraft revolutionäres Begehren der Arbeiterklasse einst bremste, ist es heute vielmehr die Desintegrationskraft des neoliberalen Kapitalismus, die etablierte Sozialmilieus, Bewegungen und Parteien schlicht zersprengt hat – und die Linke verstehen und berücksichtigen müssen, auch bei all jenen Überlegungen, die nun im Angesicht der Corona-Krise und der mit ihr erwarteten Veränderungen getätigt werden.

Verwendete Literatur

Peter Birke 2007: Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale

Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark. Campus Verlag, Frankfurt am Main.

Ralf Hoffrogge 2012: Fordismus, Eurokommunismus und Neue Linke. Thesen zu Kontinuitäten und Diskontinuitäten zwischen Arbeiterbewegung und linker Szene in der BRD. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2012, Seite 249-264. Aufbau Verlag, Berlin.

Arne Hordt 2018: Kumpel, Kohle und Krawall. Miners' Strike und Rheinhausen als Aufruhr in der Montanregion. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen.

Robert Misik 2019: Die falschen Freunde der einfachen Leute. Suhrkamp Verlag, Berlin.

Lutz Raphael 2019: Jenseits von Kohle und Stahl – Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom. Suhrkamp Verlag, Berlin.

Philipp Ther 2019: Das andere Ende der Geschichte – Über die Große Transformation. Suhrkamp Verlag, Berlin.

Zitathinweis: Nelli Tügel: Schillernd und bedrohlich. Erschienen in: Transformationen – Kapitalismus und Arbeit im Wandel. 55/ 2020. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1613>. Abgerufen am: 14. 04. 2020 12:07.

Die Transformation von Ungleichheit



Steffen Mau

Lütten Klein

Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft

Auf der Suche nach den Ursachen für die Kluft zwischen Ost und West am Beispiel einer Rostocker Plattenbausiedlung.



Rezensiert von [Theresa Hanske](#)

Lütten Klein ist eine Neubausiedlung, die in den 1960er Jahren am Rande von Rostock hochgezogen wurde. In dem gleichnamigen Buch des Berliner Soziologieprofessors Steffen Mau steht sie stellvertretend für viele andere in der DDR gebaute Großsiedlungen. Gleichzeitig ist sie für den Autor doch etwas Einzigartiges, denn hier ist er aufgewachsen und hierhin kehrt er zurück, um den gesellschaftlichen Wandel der ostdeutschen Transformationsgesellschaft zu untersuchen. Dabei geht es ihm einerseits darum, die Veränderungen der Sozialstruktur und den damit verbundenen Mentalitätswandel der Ostdeutschen nachzuzeichnen. Es geht aber eben auch darum, den Zusammenhang zwischen Deklassierung und Ressentiments zu belegen: Denn das eine wie das andere – die Deklassierung der Ostdeutschen und ihr Groll gegen die Institutionen ebenso wie gegen Geflüchtete – sind für ihn Realität. Es ist dabei durchaus positiv festzuhalten, dass er zwar mitunter auch von „Gefühlen“ spricht, etwa dem Gefühl des Zukurzkommens, die tatsächlich vorhandene ökonomische Ungleichheit und kulturelle Abwertung, diese aber nicht als bloße Befindlichkeiten abtut, wie es die Rede von Deklassierungsgefühlen und Abstiegsängsten sonst so oft suggeriert.

Für Mau sind die Probleme Ostdeutschlands nicht einfach das Erbe der DDR, die sich mit der Zeit auswachsen werden. Anhaltende Strukturschwäche und niedrige Produktivität, Misstrauen gegenüber der Politik und nicht zuletzt eine Anfälligkeit für rechte Polemik, sind nicht allein auf Staatssozialismus und DDR-Sozialisierung zurückzuführen. Zweifellos sind sie auch nicht aus dem Nichts aufgetaucht. Vor allem aber, so Mau, wurden sie in der Nachwendezeit reproduziert und sogar verstärkt.

Einer von uns

Damit ist auch schon die Anlage des Buches umrissen. Der erste Teil befasst sich mit dem Leben in der DDR als dem Ausgangspunkt für den Wandel der ostdeutschen Gesellschaft. Der zweite Teil widmet sich dem Umbruch in der Transformationsphase bis heute – und dazwischen, wie ein Relais, steht ein kurzes Kapitel über die Wende.

Das Bemerkenswerte an dem Buch ist nicht so sehr die These, und nur bedingt die Durchführung, sondern die Darstellungsweise. Mau verwebt die makrosoziologische Argumentation und statistische Evidenz gekonnt mit eigener Anschauung und Selbsterlebtem. Über weite Strecken stützt die eigene Erfahrung die wissenschaftliche Argumentation und die von ihm durchgeführten Interviews steuern illustrative O-Töne bei. Auf diese Weise gelingt es ihm, ein sehr anschauliches Bild der ostdeutschen Teilgesellschaft zu zeichnen. Vermutlich bedarf es des Blickes eines Soziologen, um das eigene Leben so in Einklang mit den Daten zu bringen – und wo es das nicht

ist, dies als unwahrscheinlichen Ausnahmefall anzuerkennen, etwa als Ostdeutscher eine Professur innezuhaben. Nur an ganz wenigen Stellen passt sich das Erlebte oder Beobachtete nicht ohne Weiteres ein, um die generellen Aussagen und Befunde zu konkretisieren. Wo dies aber doch einmal passiert, vermag sich Generalisierung an Erfahrung zu reiben. Die Stellen setzen kleine Kontrapunkte, die zwar nicht zu Irritation von quantitativer Analyse und Typenbildung führen, aber doch daran erinnern, uns vor vorschnellen Pauschalisierungen zu hüten und zumindest genau hinzusehen.

Früher war alles gleich

In gewisser Weise ist Steffen Mau damit ein Wagnis eingegangen. Er kommt selbst aus Lütten Klein und doch ist er einer, der weggegangen ist. Es gibt da eine Ambivalenz, die eben nicht vollständig aufzulösen ist:

„Zu vielen und zu vielem habe ich sowohl Distanz als auch Nähe empfunden. Distanz, weil mein eigenes Leben heute mit dem Lütten Kleiner Alltag so wenig gemein hat; Nähe, weil mir die Art, auf die Welt zu schauen, und das mentale Gepäck vieler Bewohner dann doch vertraut waren.“
(S. 20)

Zudem gilt es dabei, den professionellen Abstand zum Gegenstand zu wahren. Mau findet hier meist den richtigen Ton zwischen Sympathie und Reserviertheit, ohne in zynischen Soziologenjargon zu verfallen. Gegen Vereinnahmungsversuche ebenso wie gegen zweifelhafte Etikettierungen etwa als „Ossiversteher“ wappnet er sich, indem er mitunter überdeutlich Stellung bezieht.

Seine Charakterisierung der DDR-Gesellschaft fällt dann auch recht harsch aus: Die offiziell proklamierte und auch heute noch von vielen erinnerte (größere) Gleichheit erweist sich bei ihm in erster Linie als Gleichförmigkeit. Sozialstrukturell war die DDR „eine gedeckelte und nach unten gedrückte Gesellschaft“ (S. 245), die auch keine Diversifizierung von Lebensstilen kannte oder zuließ; sie war geprägt durch eine „arbeiterliche Kultur“ (S. 14), ohne eine besondere Verfeinerung des Geschmacks hervorzubringen. Außerdem war es eine ethnisch homogene Gesellschaft, die kaum Anlass gab, sich mit anderen Kulturen zu befassen. Anders als in ihrer Frühphase zeichnete sie sich zum Ende hin durch eine „starre Sozialstruktur“ (S. 15) aus, bei der die soziale Mobilität durch verstopfte Aufstiegskanäle blockiert war.

Dies festzustellen hindert ihn aber keinesfalls daran, das Problem der strukturellen Ungleichheit heute ebenso klar zu benennen. So einiges davon setzt sich, so Maus Analyse, nach dem Systemwechsel fort, wenngleich aus ganz anderen Gründen. Diesmal finden sich die Ostdeutschen unter den Vorzeichen der Marktwirtschaft erneut „auf [den] untere[n] Rängen“ (ebd.) der Gesellschaft zusammengedrückt, ohne Aussicht auf sozialen Aufstieg. Denn die gehobenen Positionen sind nun – durch einen umfassenden Elitentransfer von West nach Ost – besetzt und deckeln gewissermaßen die soziale Mobilität in Ostdeutschland.

Ungleichheit für alle

Ohne Frage ist „Lütten Klein“ ein lesenswertes Buch. Aber ist es auch ein nützliches? Da ist zum einen die Ankündigung, der Autor wolle nur eine „nüchterne Bestandsaufnahme“ (S. 16) liefern. Tatsächlich bleibt er dabei stehen und gibt „keine konkreten Reparaturempfehlungen“ (S. 248). Dies ist nicht bloße Rhetorik, denn das Buch bietet kaum Ansatzpunkte, von denen eine veränderungswillige Praxis ausgehen könnte.

Zum anderen wäre da noch die Bedeutung der sozialen Mobilität. In diesem Begriff findet das Buch ganz offensichtlich seinen theoretischen Angelpunkt zur Beschreibung und Bewertung von Ungleichheit. Sie sei der zentrale Mechanismus für die soziale Integration der unterschiedlichen

Schichten in die Gesellschaft. Aus dieser Perspektive ist nicht Ungleichheit selbst das Skandalon, sondern ein nicht eingelöstes Aufstiegsversprechen. Es scheint fast, das Problem bestünde nicht darin, dass weite Teile der Gesellschaft systematisch einen geringeren Lebensstandard haben. Zum Problem wird es nur, wenn die Leute realisieren, dass es auch so bleiben wird. Eine Ungleichheitsforschung, die ihren Untersuchungsfokus so verschiebt, büßt ihr kritisches Potential weitgehend ein. Aber vielleicht dokumentiert sich in diesem Buch auch nur der generelle Trend, der Gleichheit längst zur „Chancengleichheit“ umdefiniert hat. Da wäre es dann allerdings kein Wunder, wenn sich die Benachteiligten von solch einer affirmativen Wissenschaft abwenden.

**

Das Buch erschien zuerst 2019 im Suhrkamp Verlag, Berlin.

Steffen Mau 2020:

Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. 2. Auflage.

Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

ISBN: 978-3-7425-0490-6.

286 Seiten. 4,50 Euro.

Zitathinweis: Theresa Hanske: Die Transformation von Ungleichheit. Erschienen in: Transformationen – Kapitalismus und Arbeit im Wandel. 55/ 2020. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1602>. Abgerufen am: 14. 04. 2020 12:07.

Rüsten für die arbeitspolitische Abwehrschlacht



Hans-Jürgen Urban

Gute Arbeit in der Transformation

Über eingreifende Politik im digitalisierten Kapitalismus

Gibt es eine sozial-ökologische Interventionsstrategie gegen den Griff nach dem ganzen Menschen?

Rezensiert von [Tilman von Berlepsch](#)

Die Beschäftigten in der Automobilindustrie stehen vor einem Dilemma. Sie wissen, dass das Konzept „Auto“ vor großen Veränderungen steht: Die Städte und Straßen verstopfen, China gibt die Elektromobilität als Marschrichtung vor und die Klimadiskussion offenbart, dass eine andere Art der Mobilität notwendig wird. Schätzungen der Nationalen Plattform Zukunft der Mobilität sehen 400.000 Arbeitsplätze in Gefahr. Gleichzeitig hängen die Lohnabhängigen – zu Recht – an ihren Arbeitsplätzen und den guten tariflichen Standards, die noch in der Branche herrschen. Die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften ringen um eine Strategie, wie diesen Veränderungen zu begegnen ist.

Arbeitgeber:innen und Industrie nutzen die Verheißungen der Digitalisierung und die Ökologiedebatten für einen Angriff auf die Arbeitsbedingungen und Zeitsouveränität der Beschäftigten. Der Gewerkschafter und Industriosozologe Hans-Jürgen Urban versorgt uns mit dem nötigen Rüstzeug, um die Mystifizierungen der „Industrie 4.0“ und der „Digitalisierung“ zu entlarven und die passende Interventionsstrategie zu entwickeln.

Digitalisierung – Mehr Risiko als Chance

Die Digitalisierung ist, so Urbans Kernaussage, derzeit hauptsächlich Treiber und Katalysator eines neuen Rationalisierungsschubes. Dabei wäre eine bequemere und demokratischere Arbeitswelt durch Roboter und vernetzte IT-Systeme durchaus möglich: Die Digitalisierung, so seine These, beinhaltet das Potential für eine Humanisierung der Arbeitswelt. Doch derzeit stehen die Chancen dafür denkbar schlecht. Wahrscheinlicher sei ein engerer Griff des Marktes „nach dem ganzen Menschen“ (S. 108). Die Richtung, in welche sich der Megatrend laut Urban entwickelt, ist jene hin zu einem sich verschärfenden Konflikt zwischen Kapital und Arbeit.

Empirisch unterfüttert mit Statistiken und Betriebsbefragungen, zeichnet Urban die Entwicklungen in der Arbeitswelt nach. Er zeigt auf, wie alles miteinander zusammenhängt: Die Privatisierung der sozialen Sicherung führt zur Überforderung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik, da diese zunehmend für steigende Altersarmut und sinkende Rentenniveaus mitverantwortlich gemacht wird. Leistungsverdichtung und Beschleunigung werden zur „Geißel der modernen Arbeit“ (S. 64). Physische und psychische Belastungen nehmen immer weiter zu. Zugleich drohen Roboter und Automatisierung den eigenen Arbeitsplatz zu ersetzen. Viele Fronten, an denen die Gewerkschaften gleichzeitig kämpfen müssen.

Gute Arbeit als strategische Intervention

Urban setzt den Rationalisierungsstrategien von Unternehmen und Verbänden das normative Widerstandskonzept der „Guten Arbeit“ entgegen. Er meint damit nicht das gute alte Normalarbeitsverhältnis des Fordismus, sondern eine noch auszuhandelnde „Neukombination aus belastbaren kollektiven Rechten und individuell verfügbaren Autonomiespielräumen“ (S. 18). Da das fordistische Modell auch auf einer „fossilistischen Wachstumsökonomie“ (ebd.) basiert habe, müsse in einer sozial-ökologischen Arbeitspolitik der gesellschaftliche Gebrauchswert der Arbeit diskutiert werden. Es gelte sich gesellschaftlich darauf zu verständigen, welche wirtschaftlichen Bereiche wachsen sollen und welche schrumpfen müssen. Diese Perspektive der Guten Arbeit als Zukunftskonzept, das auch die „soziale Phantasie“ (S. 30) anregen könne, mache den gesellschaftlichen Gestaltungsanspruch der Gewerkschaften wieder anschlussfähig für Ökologie- und Demokratiebewegungen. Urban bleibt bei der konkreten Umsetzung schwammig. Vorstellbar sind jedoch Workshops in Automobilzuliefererbetrieben, wo Facharbeiter:innen, Ingenieur:innen und Vertreter:innen des regionalen Umwelt- und Politikbetriebes gemeinsam Konzepte entwickeln, was mit dem vorhandenen Know-How und den Maschinen noch produziert werden könnte. Einzelne von Betriebsräten angestoßene Projekte führten beispielsweise schon zur Umstellung der Produktion von Auto-Kupplungen zu Fahrradnaben. Da es hierbei schnell um harte Investitionsentscheidungen geht, führen solche Diskussionen immer auch zu Macht- und damit Demokratiefragen.

Anfang der 1990er Jahre war die IG Metall schon einmal weiter und hatte eine große Debatte über sozial-ökologische Konversionsprojekte. Diese Konzepte sind leider aufgrund der analytischen und strategischen Engführung der IG Metall in der Mottenkiste verschwunden, wie Urban selbst kritisch feststellt. Der Durchmarsch des „Shareholder-Value“-Denkens – auch in die Gewerkschaften – und die Abwehrkämpfe im Zuge der deutschen Einheit verdrängten die progressiven Ansätze. Diese offensiven Strategieansätze gelte es zu revitalisieren. Daher plädiert Urban gegen einen erneuten Rückzieher der IG Metall angesichts der täglichen Horrormeldungen über Stellenstreichungen aus dem Autosektor. Ökologie und Soziales müssen wieder konsequent zusammen gedacht werden, so das Credo. Wirtschaftsdemokratie soll dabei als „Transformationshebel“ (S. 215) dienen.

Grenzen der Sozialpartnerschaft

Auch sei es die „demokratiepolitische Bringschuld“ (S. 205) der Gewerkschaften, den Kampf mit der AfD aufzunehmen. Diese versucht sich vermehrt als Auto-Partei zu inszenieren und bereitet mit konstanter Hetze, wahlweise gegen die Klimapolitik der Bundesregierung oder die, in ihren Augen, „autohassende“ und „links-grün versiffte“ Jugend, eine Dolchstoßlegende für die Autoindustrie vor. Die nächste Wirtschaftskrise bahnt sich bereits an und wird derzeit durch die Corona-Pandemie verstärkt. Sie wird besonders in der bisher verschont gebliebenen Autoindustrie ihre Spuren hinterlassen. Die Auto-Konzerne und ihre Lobby haben in der AfD einen vortrefflichen Sündenbock gefunden: Man wolle ja was ändern, doch aus Angst vor einem weiteren Aufstieg der AfD müsse alles bleiben, wie es ist. Doch genau umgekehrt wird ein Schuh daraus. Nur mit einer ambitionierten sozial-ökologischen Transformation sind überhaupt gute Arbeitsplätze und Wertschöpfung zu halten. Mit einem „muddling through“ (Konzept aus der Betriebswirtschaftslehre, auf deutsch: „Sich-Durchwurschteln“) von Unternehmen und Politik ohne Veränderung an der industriellen Basis wird die gesamte deutsche Autobranche vor die Wand fahren. Doch gleicht die sozial-ökologische Transformationsstrategie „einer Operation am offenen Herzen“ (S. 201), wie Urban mit Verweis auf die wettbewerblichen und technologischen Restriktionen deutlich macht. Sie könne nur gelingen mit einer gemeinsamen offensiven Intervention von Gewerkschaften und Umweltbewegung, die auch vor einer „Demokratisierung ökonomischer Entscheidungen und eine[r] Ausweitung der Arbeitsmacht“ (S. 230) nicht Halt macht.

Daraus zieht Urban am Ende des pointierten Werkes die Erkenntnis, dass eine echte sozial-

ökologische Transformation eine Fortsetzung des Korporatismus unmöglich macht: „Die Grenzen der Sozialpartnerschaft sind evident.“ (ebd.) Zu gegensätzlich sind die Interessen, die sich im Transformationsprozess gegenüberstehen. Vor diesem Hintergrund mutet das von der IG Metall kürzlich vorgeschlagene „Moratorium für einen fairen Wandel“, ein Stillhalteabkommen gegenüber den Arbeitgeber:innen, wie kollektives Betteln an und nicht, wie die Mobilisierung der eigenen Machtressourcen für den wohl historisch schwierigsten Konflikt, dem die Industriegewerkschaft entgegengeht. Hoffnung machen jedoch die Demonstrationen in Stuttgart und Berlin für einen fairen Wandel und das mit 98,3 Prozent beste Wahlergebnis eines Vorstandsmitglieds der IG Metall für Hans-Jürgen Urban auf dem Gewerkschaftstag 2019. So werden die IG Metall-Fahnen auf den Fridays-for-Future-Demos hoffentlich häufiger zu sehen sein. Dann unterstützen die klimabewegten Schüler:innen auch die Arbeiter:innen bei ihren Kämpfen für Gute Arbeit in der Transformation.

Hans-Jürgen Urban 2019:

Gute Arbeit in der Transformation. Über eingreifende Politik im digitalisierten Kapitalismus.

VSA Verlag, Hamburg.

ISBN: 978-3-96488-012-3.

264 Seiten. 19,80 Euro.

Zitathinweis: Tilman von Berlepsch: Rüsten für die arbeitspolitische Abwehrschlacht. Erschienen in: Transformationen – Kapitalismus und Arbeit im Wandel. 55/ 2020. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1607>. Abgerufen am: 14. 04. 2020 12:07.

Drei Mal Strukturwandel



Lutz Raphael

Jenseits von Kohle und Stahl

Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom

Die Geschichte der Deindustrialisierung geschrieben als Geschichte der Arbeit. Kapital und Staat als treibende Kräfte bleiben dabei jedoch unterbelichtet.

Rezensiert von [Thomas Land](#)

Die akademische Zeitgeschichtsschreibung unterliegt wie jede Forschung aktuellen Trends und Moden. Vor etwa zehn Jahren begann sich in der deutschen Geschichtswissenschaft ein Zugang zu etablieren, der in den Entwicklungen der 1970er Jahre den Schlüssel zum Verständnis unserer Gegenwart sieht. Der sogenannte Strukturbruch um die Mitte der 1970er Jahre war der Auslöser für einen sozialen Wandel von revolutionärer Qualität in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Die Auswirkungen sind bis heute zu spüren. Die Krisen der 1970er Jahre beendeten das „Goldene Zeitalter des Kapitalismus“ (1945-1975), worauf die westlichen Industrienationen mit je unterschiedlichen, tendenziell aber ähnlichen Strategien neoliberaler Krisenlösung reagierten. Die Hauptrolle in diesem Stück spielte der Begriff der Krise: Die zunächst nur ökonomisch begründete Krise übertrug sich auf Staat und Gesellschaft, wurde schließlich zum Dauerzustand und ermöglichte so den Umbau ganzer Gesellschaften. Seit den 1980er Jahren bestand unter den politischen und wirtschaftlichen Eliten Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands – die drei von Raphael untersuchten Länder – ein Konsens über die neoliberale Neuausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die „Gemeinsamkeiten seitens der regierungspolitischen Agenda in den drei Ländern zwischen 1983 und 2008“ (S. 17) führten allerdings nicht zur Angleichung der Länder des Westens. Vielmehr erfolgte eine Vertiefung nationalspezifischer Unterschiede.

Von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft

Lutz Raphael hat nun mit „Jenseits von Kohle und Stahl“ sein Opus magnum zur von ihm mitentwickelten *Strukturbruchthese* vorgelegt. Hierin beschreibt er – ausgehend vom Basisprozess der Deindustrialisierung – den „tiefgreifenden und krisenbeschleunigten Strukturwandel“ (S. 9) der westlichen Gesellschaften im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts. Um den Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft zu erfassen, dem alle westlichen Volkswirtschaften zwischen 1970 und 2000 unterworfen waren, bedient sich Raphaels Analyse gleich fünf „wissenschaftliche[r] Beobachtungsformate“ (S. 22): Der Zugriff auf Geschichte erfolgt bei ihm aus der Perspektive von politischer Ökonomie und Volkswirtschaft, rechtlichen Regulierungen, Wissensgeschichte und Bildungspolitik, wichtiger (Einzel-)Ereignisse und schließlich der sozialräumlichen Dimension von Transformationen.

Der Strukturwandel der westlichen Industriegesellschaften, so die zentrale These, verlief dabei weder linear, noch nach einem einheitlichen Muster. Deindustrialisierung war keine Einbahnstraße. Die drei miteinander verglichenen Länder Deutschland, Frankreich und Großbritannien gestalteten den Prozess der Deindustrialisierung sehr unterschiedlich. Geschwindigkeit und Intensität der Deindustrialisierung, sowie die damit verbundenen sozialen Umbrüche variierten aufgrund von staatlichen Interventionen, gewerkschaftlichen Strategien und

betriebswirtschaftlichen Kalkulationen. Staatliche Förder- und Sozialpolitik, neue Methoden zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität (hier insbesondere Mikroelektronik und EDV) und die Formen der kollektiven Interessenvertretung der Industriearbeiter*innen treten als die wichtigsten Einflussfaktoren hervor. Zudem hatten die genannten Faktoren je nach Region und Branche sehr unterschiedlichen Einfluss.

Aus diesem Grund, so Raphael, könne man keineswegs von der Entstehung einer postindustriellen Welt sprechen. Hinzu kommt, dass im Rahmen einer weltweiten Arbeitsteilung eine globale Neuverteilung industrieller Standorte erfolgte. Während sich Nordamerika, Westeuropa und Japan auf technologieintensive Qualitätsproduktion sowie Forschung, Entwicklung und Planung konzentrierten, verlagerte sich die übrige Industrieproduktion vor allem in die asiatischen Länder. Auch schrumpfte der Industriesektor im Westen zwar sowohl absolut als auch relativ, verschwand jedoch keineswegs vollständig. Vielmehr kam es zu einer „Verschiebung volkswirtschaftlicher Wertschöpfung und Beschäftigung“ (S. 37) vom industriellen zum Dienstleistungssektor. Deindustrialisierung bezeichnet damit eine Übergangsphase im Zeitraum von etwa 1970 bis 2000, „in deren Verlauf aus einer primär industriell geprägten Gesellschaftsordnung eine deutlich pluraler strukturierter Sozialordnung mit drei gleich starken Wirtschaftssektoren – öffentlicher Dienst, private Dienstleistungen und industrielle Produktion – geworden ist“ (S. 477).

Der blinde Fleck der Kapitalseite

Vorgefundene Ordnungsmuster und vorgegebene Handlungsspielräume werden bei Raphael als Bedingungen institutioneller, kollektiver und individueller Aktivitäten beschrieben. Diese, so Raphael, wirken ihrerseits wiederum auf übergreifende Strukturen zurück. Anstatt konkrete Phänomene als Ausprägungen oder Folge einer anonymen Strukturlogik zu begreifen, wechselt Raphael beständig zwischen der Makroebene der Strukturen, der Mesoebene der Institutionen und Organisationen und der Mikroebene der Individuen. Damit grenzt er sich ausdrücklich gegen strukturalistische Ansätze mit ihren monokausalen Erklärungen ab, die keine handelnden Subjekte zu kennen scheinen. Aus der Verschränkung der verschiedenen Ebenen entsteht bei Raphael so eine Art *dichter Beschreibung* – auch wenn letztlich die Frage nach dem „jeweiligem Gewicht“ und der „wechselseitigen Verzahnung“ (ebd.) der Ebenen offen bleibt.

Raphaels Anspruch einer Synthese der fünf Beobachtungsformate mit ihren jeweils drei Ebenen tritt bisweilen hinter der Faszination für den Formenreichtum der Deindustrialisierung zurück. Auch die von Raphael vorgenommene Typenbildung hilft da nicht wirklich weiter. Zwar ermöglichen es die Typen, die detailliert beschriebenen Phänomene und Einzelfälle zu kategorisieren. Mehr als die Ausbreitung unterschiedlicher Reaktionsmuster auf eine bei Raphael weitgehend anonyme Globalisierung – in Bezug auf Staaten – oder einen zugleich universellen wie abstrakten Rationalisierungsdruck – in Bezug auf Betriebe – ist dies allerdings nicht. Da sich Raphael nicht mit der Kapitalseite im Prozess der Deindustrialisierung beschäftigt, fehlt ein wesentliches Erklärungselement gesellschaftlicher Transformation: Seine Perspektive ist die der Arbeit. Raphael verfolgt so die Auswirkungen bis in die einzelnen Wohnviertel und Arbeiterfamilien hinein, ohne aber die Ursache zu benennen, denn Arbeit ist eine abhängige Variable des Kapitals. So bekommt man den Eindruck, alle Akteur*innen in Raphaels Studie reagieren nur. Staaten, Betriebe und Arbeiter erscheinen als Getriebene von Verhältnissen, die ihnen zwar diverse Spielräume eröffnen, ihnen ansonsten aber als etwas Externes und Fremdes gegenüberstehen. Raphael verweist zwar häufig auf Konkurrenz als eine Motivation für das Handeln, erwähnt aber kaum das Motiv der Profitsteigerung. Das ist bedauerlich, denn so bleibt Raphael am Ende nur übrig, eine Überfülle von parallelen Entwicklungen festzuhalten, die einen Variantenreichtum der Deindustrialisierung präsentieren, der sich kaum mehr auf einen Begriff bringen und schon gar nicht erklären lässt.

Zwar geht Raphael durchaus auf die politischen Programme zur Liberalisierung und Flexibilisierung von Arbeit, die Projekte der Privatisierung, die Einrichtung von nationalen,

europäischen oder globalen Märkten, den Abbau von Handelsbeschränkungen, die nationalstaatlichen Strukturpolitiken und dergleichen mehr ein. Unterbelichtet bleibt aber, warum eine erfolgreiche Standortpolitik Grundlage internationaler Wettbewerbsfähigkeit ist. Da Raphael keinen Begriff vom Nationalstaat in seiner Rolle als *ideeller Gesamtkapitalist* hat, wird nicht klar, wie die staatliche Förderung der jeweiligen Volkswirtschaften und die konkrete Ausgestaltung der Spielregeln des Kapitalismus mit dem nationalen ökonomischen Interesse verknüpft sind. Raphael schreibt die Deindustrialisierung als Geschichte der Arbeit – das ist äußerst informativ und lesenswert. Jedoch müssten nun Band 2 zum Kapital und Band 3 zum Staat folgen.

Lutz Raphael 2019:

Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom.

Suhrkamp Verlag, Berlin.

ISBN: 978-3-518-58735-5.

525 Seiten. 32,00 Euro.

Zitathinweis: Thomas Land: Drei Mal Strukturwandel. Erschienen in: Transformationen – Kapitalismus und Arbeit im Wandel. 55/ 2020. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1608>. Abgerufen am: 14. 04. 2020 12:07.

Zur Klasse zurückfinden



Franz Jung
Gequältes Volk
Ein Oberschlesischer Industrieroman

Ein expressionistischer Roman, der eindringlich an unsere Gegenwart erinnert und klar macht: Es gibt keinen Kompromiss in der Klassenfrage.

Rezensiert von [Andreea Zelinka](#)

„Die Klasse schafft noch keine Gemeinschaft, obwohl sie die Gemeinschaftsentwicklung fördert“, schrieb Franz Jung in „Das Erbe“ (Jung 1929, S. 178f.). Gemeinschaftsbildung zwischen sozialer und nationaler Zugehörigkeit wird in „Gequältes Volk“ von 1927 skizziert. Franz Jung beschreibt die historischen und politischen Entwicklungen der Bergbauindustrie, die zu Gewerkschaftsbildung und Streik führten. Dabei ist sein Industrie- und Arbeiter*innen-Roman in Oberschlesien verortet, einer Region, die stark nationalistisch geprägt war und später durch ihre antipolnische Literatur auffiel. Mit sachlich-distanziertem Blick und sperriger Sprache beschreibt Jung die Produktionsbedingungen in seiner Heimatregion und die politische Organisation der Arbeiter*innen ohne jegliche Romantik.

Zerstörung und Beschleunigung

Der expressionistische Roman beginnt mit einer historischen, geographischen und soziologischen Darlegung der Entwicklung der Förderindustrie und rückt die Zerstörungskraft der Industrialisierung in den Fokus. Die klaren Bäche im Waldgebiet Oberschlesiens wandeln sich zu „schmutzigem gelb-grünen Wasser“ und „lange Schwaden eines giftigen Qualmes“ steigen auf, „der sich in die Lungen der Menschen einfrisst“ (S. 29). Das hat Krankheit, Unterernährung und den frühzeitigen Tod der dortigen Bewohner*innen zur Folge. „Der Wald ist verurteilt, er stirbt. [...] Er ist dem technischen Zeitalter verfallen“ (S. 30). Und mit ihm auch der Mensch. 2020 befinden wir uns inmitten der multiplen Krisen des Kapitalismus: Klima, Armut, Vertreibung – mit Hilfe moderner Technologien wurde ein Wirtschaftssystem errichtet, das auf Ausbeutung von Natur und Mensch fußt und dessen Fragilität seit der Verbreitung des Coronavirus nicht mehr ignoriert werden kann.

Jung beschreibt den Beginn des 20. Jahrhunderts als eine beschleunigte Zeit. „Wir leben schneller. Während wir ständig nach einem neuen, bunteren und beschwingteren Ausdruck des Lebens suchen, ordnet sich die menschliche Gemeinschaft nach dem Vorbild der mechanischen Verfeinerung“ (S. 9). Im 21. Jahrhundert hat sich das Tempo um ein vielfaches erhöht und das Internet schier grenzenlose Möglichkeiten für die Kapitalisierung des Alltags und aller Lebensbereiche eröffnet. Gleichzeitig ist der Zugang zu Information und Nachrichten in Realzeit aus aller Welt so einfach wie nie. Mit einem Blick zur türkisch-griechischen Grenze sehen wir jedoch, dass er nicht dazu genutzt wird, Menschenrechte umzusetzen und Menschenleben zu schützen.

Alle gegen Alle

„Gequältes Volk“ wirkt eher wie eine sozio-politische Gesellschaftsanalyse als eine literarische Erzählung. Im Geiste der Neuen Sachlichkeit lesen sich die meisten Kapitel als Reportagen. Sie schaffen einen Einblick in die Lebenswelt der Menschen in der Region. Es gibt keine Hauptfigur, sondern soziale Gruppen, die sich zueinander verhalten. Namentlich werden nur die Entscheidungsträger*innen erwähnt, die Arbeiter*innenschaft bleibt anonym. Das irritiert mitunter, ist aber vielleicht auch dem Umstand geschuldet, dass das Manuskript nicht mehr weiterentwickelt wurde, nachdem Jung eine Veröffentlichung zu Lebzeiten nicht gelang.

Die Geschichte beginnt, mit den stockenden Tarifverhandlungen in der Bergbauindustrie Fahrt aufzunehmen. Zwischen Fakten und Fiktion entspinnen sich die Machtkämpfe der verschiedenen Interessengruppen. Die Teilung Oberschlesiens nach der Volksabstimmung 1921 erwähnt Jung dabei nur im Vorübergehen. Doch die nationalistischen und rassistischen Furchen der Region treten sichtbar zutage und stellen eine besondere Herausforderung für die Gewerkschaften dar. Die unterschiedlichen Produktionsbedingungen auf polnischer und deutscher Seite machen es einfach, die Arbeiter*innen gegeneinander auszuspielen.

„Der Arbeiter sieht sich einem übermächtigen Apparat gegenüber, einer solchen Fülle von besonderen Schichtungen, althergebrachter Eifersüchteleien, und vor allem so tief eingewurzelt dem Mißtrauen der Arbeiterschichten untereinander, daß es für jeden Gegner ein Leichtes ist, Knüppel in den Weg zu rollen und Verwirrung zu stiften.“ (S. 72)

Es sind schließlich die Frauen, die, als die ersten Massen-Entlassungen auf deutscher Seite den Streik entfachen, beginnen „über die Grenzen zu wandern und die künstlich aufgebauten Scheidungsstriche zu zerstören, die Menschen gleichen Schlages und gleichen Volkes und noch mehr gleichen Schicksals voneinander trennen sollten“ (S. 75). Schließlich wird auch auf polnischer Seite die Arbeit in Erwartung desselben Schicksals niedergelegt.

Raus aus der Zwangssituation

Die Verhandlungen kommen ins Rollen, laufen seit Wochen und nichts ist entschieden. Mitten im Roman wird klar, der Streik wird nichts Wesentliches ändern. Noch bevor die Betriebe saniert werden, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern, wird bekannt, dass sie Subventionen und Investitionen erhalten werden, teils aus dem Ausland. Neueinstellungen werden verkündet.

„Es ist ein Irrtum anzunehmen, dass die Arbeiter sich in den großen politischen und wirtschaftlichen Machtkämpfen der Konzerne der Möglichkeit freier Entschlüsse gegenübersehen, um unter richtiger taktischer Einschätzung der Lage für ihre gegenwärtige und zukünftige Stellung Nutzen zu ziehen. Der Arbeiter befindet sich immer in der Zwangslage. Er muß kämpfen um seine nackte Existenz, für sich und seine Familie, er kämpft immer nur um das eine, um Arbeit.“ (S. 68)

Der Kampf um die Existenz endet in der Auswanderung. Den Arbeiter*innen in Oberschlesien wird Arbeit im Ausland angeboten. Plötzlich ist es egal, ob sie auf deutscher oder polnischer Seite leben, ihnen wird vermittelt, dass „ihnen nichts anderes übrig bleiben würde, elend zu verhungern oder zu Bedingungen zu arbeiten, die dem dortigen Unternehmer gerade paßten“ (S. 144f.). „Gequältes Volk“ ist eine Erzählung von Abhängigkeiten, Zwängen und Unfreiheiten und ein Ruf nach Grenzen überschreitender Emanzipation.

Zum Ende hin, in einem Dialog zwischen einem Gewerkschafter und einem Kaplan, der einzigen direkten Rede im Roman, tritt die politische Überzeugung des Anarchisten Jung am deutlichsten hervor. Der Gewerkschafter prangert an, dass sich trotz des Streiks nichts geändert habe und fragt sich, ob es nicht doch einer Revolution bedarf. Woraufhin der Kaplan mit naivem Fatalismus antwortet, denn „warum sollen sie denn den Arbeiter betrügen wollen“ (S. 140f.). Dem

Gewerkschafter bleibt wütend die Luft weg. Die Szene macht klar: In der Klassenfrage gibt es keinen Kompromiss. Mit Ausdauer und Entschlossenheit müssen strukturelle Ungleichheiten benannt werden. Der Corona-Virus hat mit einem Schlag die sozialen Ungleichheiten international sichtbar gemacht. Vielleicht kann die gemeinsame Betroffenheit jetzt zu einem neuen Klassenbewusstsein führen, das die sozialen Kämpfe stärkt.

Franz Jung 1987:

Gequältes Volk. Ein Oberschlesischer Industrieroman.

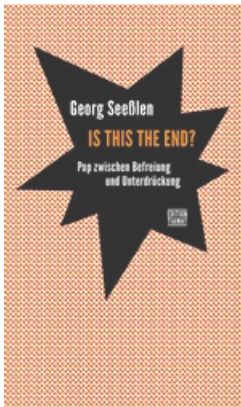
Edition Nautilus, Hamburg.

ISBN: 978-3-921523-87-2.

196 Seiten. 14,00 Euro.

Zitathinweis: Andreea Zelinka: Zur Klasse zurückfinden. Erschienen in: Transformationen – Kapitalismus und Arbeit im Wandel. 55/ 2020. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1606>. Abgerufen am: 14. 04. 2020 12:07.

Pop is not dead, it just smells funny



Georg Seeßlen

Is this the end?

Pop zwischen Befreiung und Unterdrückung

Die gesellschaftlichen Umbrüche der Gegenwart zeigen sich auch in der Kultur. Geht mit dem sozialdemokratischen Zeitalter auch die Ära des Pop zu Ende?

Rezensiert von [Simon Mayer](#)

Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Herausbildung der wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsmodeerne und der damit verbundenen Demokratisierung der Klassengesellschaft, der sozialen und politischen Integration der ArbeiterInnenklasse, dem Aufkommen von Massenkonsum auch der unteren Klassen und der Entstehung einer Popkultur, wie wir sie seit Mitte der 1950er Jahre kennen und vielleicht auch lieben gelernt haben? Und wenn dieses Gesellschaftsmodell im Zuge der neoliberalen Wende, der Globalisierung, der Deindustrialisierung und Digitalisierung in die Krise gerät, welche Auswirkungen hat das dann auf die Popkultur?

Wenn man Georg Seeßlen Glauben schenkt, der sich in seinem Buch „Is this the End? Pop zwischen Befreiung und Unterdrückung“ mit dem gegenwärtigen Zustand der Popkultur befasst, befindet sich dieses Gesellschaftsmodell derzeit in einer Art finalen Krise. Pop war dabei für Seeßlen immer ambivalent: Momente der Befreiung und der Unterdrückung, des Klugen und Dummen, des Gelungenen und des Schunds fanden sich immer nebeneinander. Pop war Ausdruck der fordistischen Gesellschaft, aber im Unterschied zu dem, was Seeßlen als glattgebügelte „Kulturindustrie“ verabscheut, war Pop oft auch Protest gegen diese Gesellschaft und stand für die Verweigerung ihrer offiziellen, repressiven Sexualitäts- und Gendernormen, ihrer Arbeitsdisziplin und ihres Leistungszwangs und auch ihrer nationalistischen Ideologie. Pop war in seinen besten Momenten der Soundtrack für den Ausbruch aus diesem Elend und Vorschein einer besseren Welt.

Die Kinder von Marx und Coca-Cola

Der tendenzielle Abbau sozialer Ungleichheit in den westlichen Nachkriegsgesellschaften spiegelte sich für Seeßlen auch in der Popkultur wider:

„Man hörte Jimi Hendrix in Autowerkstätten und Universitäten; Donald Duck wurde in Kinderzimmern und Republikanischen Clubs gelesen, kurzum: Im Pop sollte Kultur ihren Klassen-, Rassen-, und Gender- Charakter überwinden und in den Dienst allgemeiner Erneuerung und Befreiung gestellt sein. Vor allem, um gemeinsam Spaß zu haben.“ (S. 18)

Doch gerade diese Konstellation ist im Moment dabei, zu zerbrechen. Während die Mittelschicht erodiert und sich Klassengegensätze verstärken, differenziert sich auch die Popkultur wieder zunehmend sozial aus. Platt gesagt lassen sich die Massen heute mit dem Schlagerpop Helene Fischers und dem Deutschrapp Kollegahs abspesen, während die distinguierte PopkonsumentIn, sagen wir, Holly Herndon hört. Herndon steht dabei exemplarisch für jene Entwicklung, in der Teile der avancierteren Popkultur nicht mehr auf den Massenmarkt zielen, sondern eher beflissen

nach dem Kunstbetrieb schielen und nach der Welt der staatlichen Stipendien und ihrer Musealisierung gieren. Dabei sei, wie Seeßlen ausführte, die Verbindung von Massenappeal und hochkulturellen und avantgardistischen Einflüssen eine Zeit lang gerade das spannendste und modernste an der besten Popmusik gewesen.

Arm, aber sexy

Breiten Raum nimmt im Buch das prekäre Alltagsleben der PopkünstlerInnen und KreativarbeiterInnen ein. Pop fungiert hier auch als eine Form von ideologischem Kitt. Man röhrt unter miesen und unsicheren Bedingungen herum, aber im eigenen Selbstbild ist man irgendwie doch cooler *artist*, der oder die was Kreatives macht und sich immerhin noch von anderen armen Schweinen, wie der Bäckereiverkäuferin, die einem für einen Mindestlohn die Brötchen verkauft, unterscheidet. Dabei haben die Arbeitsbedingungen im Kulturbereich längst eine Leitbildfunktion für andere Segmente der Arbeitswelt. Aber seltsam: In dem Augenblick, in dem sich weite Bereiche der Wirtschaft quasi in eine Popökonomie verwandeln – die Subjekte müssen in die flexibilisierten Arbeitsverhältnisse zunehmend ihre ganze Persönlichkeit mit ihren Affekten und ihrem „coolen Wissen“ einbringen – in dem Moment also verliert die Popmusik ihre Innovationskraft. Für diesen Befund bezieht sich Seeßlen auf die bekannten Thesen Simon Reynolds über die *Retromania* des aktuellen Pop, das Erstarren in ewigen Wiederholungsschleifen vergangener Popepochen, ohne wirklich Neues und Unerhörtes zuwege zu bringen.

Pop wie in Populismus

Verabschieden muss man sich Seeßlen zufolge auch von der Illusion, dass Pop immer irgendwie links und progressiv sei. Die Beispiele für das Maß an sexistischem, homophobem, antisemitischem und heimat- und traditionsseligem Stumpsinn, der sich längst im Pop breitgemacht hat, sind Legion. Seeßlen nennt die üblichen Verdächtigen: Andreas Gabalier, Frei.wild, Xavier Naidoo, Kollegah, Bushido und so weiter. Der politische Rechtspopulismus hat längst ein popkulturelles Pendant zur Seite gestellt bekommen, das mit denselben Strategien des inszenierten Tabubruchs arbeitet. Verschärfend kommt hinzu, dass der Mainstream-Pop vor diesen Entwicklungen, wie überhaupt vor der politischen und gesellschaftlichen Realität, weitgehend die Augen verschließt. Für die Ignoranz und den Normalisierungsdruck des Mainstreams steht für Seeßlen vor allem der Erfolg Helene Fischers, die ja in der Tat das Kunststück vollbringt, irgendwie freizügig und gleichzeitig bieder zu sein. In sexueller Hinsicht steht sie für eine sterile Erotik, der jedes überschäumende Glücks- und Freiheitsversprechen ausgetrieben ist:

„Wenn Pop vom Medium der sexuellen Revolution zum Medium der sexuellen Reaktion werden sollte, dann nicht durch eine schiere Rückkehr zu den alten, bigotten Formen von Doppelmoral und Denunziation, sondern in der Form einer ‚Abklärung‘: Alles halb so wild, alles viel alltäglicher und vernünftiger, alles irgendwie normal.“ (S. 132)

Those were the days, my friend

Sicherlich wartet Seeßlen mit ein paar steilen Thesen auf. Aber dennoch lässt sich sein pessimistisches Bild vom Zustand der aktuellen Popkultur nicht mal eben als Gebrummel eines *angry old man* abtun, der verzweifelt der Popkultur seiner verflissenen Jugend nachtrauert und längst nicht mehr mitbekommt, was es auch in der Gegenwart an zukunftsweisenden Popentwürfen gibt. Gerade in ihrer Zuspitzung sind Seeßlens Reflexionen erfrischend und verweisen auf die Dringlichkeit einer Repolitisierung der Popkritik. Denn neben dem Pop befindet sich auch der Popjournalismus in einer tiefen Krise, was in der jüngsten Zeit im deutschsprachigen Raum durch die Einstellung der Printausgaben von Magazinen wie *Spex*, *Intro*, *Groove* und *Skug* offensichtlich wurde. Um die Infrastruktur, die eine lebendige Popkultur benötigt, ist es insgesamt nicht gut bestellt:

„Bestimmte Orte verschwanden, von den ‚Beatschuppen‘ über die Konzertbühnen bis zu den Clubs, in denen man mehr oder weniger zuhause sein konnte. Oder die Kinos, in denen man sich zur Nachtvorstellung traf. Die Plattenläden und wohlig vermüllten Buchhandlungen. Comic-Läden, in denen Sammler-Nerds anderen Sammler-Nerds Fetisch-Preise für Fetisch-Ware aus der Tasche ziehen. Nicht, dass Pop einmal richtig unschuldig gewesen wäre, höchstens in ein paar Millisekunden der Kulturgeschichte. Aber was die Ökonomie mit Pop seit den neunziger Jahren macht, ist nicht mehr komisch.“ (S. 10)

Das Kapital schafft sich eine Welt nach seinem Bilde. Bei Seeßlen kann man nachlesen, was dabei alles unter die Räder kommt.

Georg Seeßlen 2019:

Is this the end? Pop zwischen Befreiung und Unterdrückung.

Edition Tiamat, Berlin.

ISBN: 978-3-89320-228-7.

224 Seiten. 16,00 Euro.

Zitathinweis: Simon Mayer: Pop is not dead, it just smells funny. Erschienen in: Transformationen – Kapitalismus und Arbeit im Wandel. 55/ 2020. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1601>. Abgerufen am: 14. 04. 2020 12:07.

Paternalismus, Lohnarbeit & Staatsfetisch



Robert Castel

Die Krise der Arbeit

Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums

Ein Buch, das zur Entwicklung einer Perspektive gesellschaftlicher Emanzipation oder zur Befreiung von Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnissen nur wenig beiträgt.

Rezensiert von [Martin Birkner](#)

Nein, ich habe das Buch tatsächlich nicht fertig gelesen. Und: Ja, ich werde – in aller Kürze – versuchen zu begründen, warum. Gut zehn Jahre nach seinen „Metamorphosen der sozialen Frage“ erscheint eine Sammlung von Essays von Robert Castel, einem der einflussreichsten Soziologen Frankreichs (so der Klappentext), aus den Jahren 1995 bis 2008 nun auf Deutsch. Dass in der Zwischenzeit die schwerste Krise des Kapitalismus über diesen hereingebrochen ist, würde wohl in jedem Fall Analysen aus der Zeit kurz davor einer schweren Prüfung durch die historische Entwicklung unterziehen. Das ist die eine Seite und kann dem Autor nur schwerlich angekreidet werden. Die andere ist, dass selbst ganz ohne Krise Castels Texte als Beitrag zur Entwicklung einer Perspektive gesellschaftlicher Emanzipation oder gar – wenn auch schrittweiser – Befreiung von Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnissen völlig unbrauchbar ist. Aber warum?

Castel schreibt aus einem Blickwinkel, der weder grundsätzliche Kritik an der Lohnarbeit noch an kapitalistischer Staatlichkeit zulässt, noch einer solchen Kritik zumindest wissenschaftlich brauchbare Argumente liefern könnte. Der Sozialstaat war gut, sein Abbau durch den Neoliberalismus ist schlecht, die historische ArbeitERbewegung gut, die Verbände des Kapitals schlecht, Vollzeitarbeit gut, Prekarisierung schlecht usw. Früher war alles besser, so einfach kann in diesem Fall eine Zusammenfassung eines 380-seitigen Buches sein. Dass gesellschaftlicher Widerstand, dass soziale Bewegungen wenn schon nicht die ausschlaggebende, so doch zumindest eine wichtige Rolle in Prozessen sozialer Veränderung einnehmen, dass zumindest bestimmte Aspekte des Prozesses der Prekarisierung auch befreiende Wirkungen gegenüber der homogenen Geschlossenheit des fordistischen Sozialstaats haben könnten, dass MigrantInnen wie auch ArbeiterInnen überhaupt auch eigensinnig Handelnde und nicht lediglich interessenverbandlich bzw. repräsentativ-politisch zu Behandelnde sein könnten, all das kommt Castel tatsächlich nicht in den Sinn. Überwiegend von Frauen geleistete Reproduktions- und Care-Arbeit als zentrale Aspekte neuerer Diskussionen zur Transformation von Arbeit und emanzipatorischer Strategien? Fehlanzeige! Soziale Bewegungen als Triebkräfte gesellschaftlicher Transformationsprozesse? Nicht die Spur! Dabei ist in erster Linie nicht die mangelnde „Radikalität“ der politischen Position kritikwürdig, sondern der nicht vorhandene Blick auf die feinen Veränderungen „von unten“ im Rahmen der „Krise der Arbeit“. Wenn diese ausschließlich durch die fordistisch-korporatistische Brille betrachtet wird, so wird tatsächlich Staatsideologie produziert. Zitat gefällig?

„Die Möglichkeit ein Individuum zu sein, wurde zumindest für die ‚Nichteigentümerklasse‘ durch den Sozialstaat geschaffen (...) Manche seiner heutigen Kritiker haben offenbar keine Vorstellung davon, wie eine ‚Gesellschaft der Individuen‘ ohne Staat aussehen würde; man lese dazu noch einmal den ‚Leviathan‘ von Hobbes.“ (S. 366)

Daher weht der Wind also! Dementsprechend befinden sich alle Veränderungsvorschläge von Castel strikt im nationalstaatlichen Rahmen, ihre Durchführung wird in schlechtester sozialtechnischer Manier den Regierungen überlassen – die ja bekannter Weise schon seit Jahren nichts Besseres zu tun haben als Reformen durchzuführen, die die Situation der breiten Masse der Bevölkerung verbessern...

Deshalb habe ich das Buch nicht zu Ende gelesen. Und deshalb werde ich auch nicht allzu viel Zeit für weitere Facetten meines Ärgers in diese Nicht-Rezension fließen lassen. Zwei Dinge seien jedoch abschließend noch erwähnt: Wer heutzutage tatsächlich noch glaubt, dass Formen des klassischen sozialdemokratischen Reformismus eher umsetzbar sind als andere – ja, durchaus auch revolutionäre – Strategien gesellschaftlicher Transformation, der, so viel Arroganz muss sein, ignoriert schlicht die gegenwärtige gesellschaftliche Realität. Und wer zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch glaubt, dass nationalstaatliche Formen der Re-Regulierung in Europa eine brauchbare politische Strategie befeuern können, der war auch schon vor der Krise auf dem Holzweg. 2012 hingegen ist das nur mehr absurd. Wer allerdings heute noch immer auf den Beweis dafür wartet, dass die Sozialdemokratie am Ende ist, dem beziehungsweise der sei das Buch nachdrücklich empfohlen – denn damit lässt es sich fröhlich weiter warten; oder auch Bankenrettungs- und Bevölkerungsbelastungspakete beschließen, Abschiebungen organisieren und Leute „fit“ für miserabel bezahlte Scheiß-Jobs zu machen!

Robert Castel 2011:

Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums.

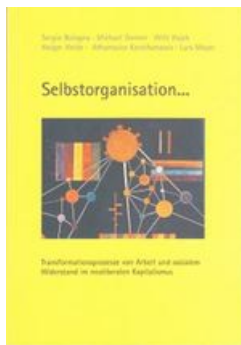
Hamburger Edition, Hamburg.

ISBN: 978-3-86854-228-8.

383 Seiten. 32,00 Euro.

Zitathinweis: Martin Birkner: Paternalismus, Lohnarbeit & Staatsfetisch. Erschienen in: Kampf um Arbeit. 17/ 2012, Transformationen – Kapitalismus und Arbeit im Wandel. 55/ 2020. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1013>. Abgerufen am: 14. 04. 2020 12:07.

Make Selbstorganisation great again!



Sergio Bologna / Michael Danner / Willi Hajek / Holger Heide / Athanasios Karathanassis / Lars Meyer (Hg.)
Selbstorganisation

Transformationsprozesse von Arbeit und sozialem Widerstand im neoliberalen Kapitalismus

Jung, flexibel, dynamisch: Arbeitsverhältnisse haben sich im Neoliberalismus enorm gewandelt. Was bedeutet das für konkrete Praxen der Selbstorganisation?

Rezensiert von [Pia Probst](#)

Bei der Suche nach einer erschwinglichen Wohnung, einer existenzsichernden Lohnarbeit, einem würdigen Platz zum Altern, einem Ort der Fürsorge für die eigenen Kinder oder in Auseinandersetzung mit staatlichen Behörden – allen voran der Arbeitsagentur und den Jobcentern – haben wir mit den Folgen neoliberaler Umgestaltungsprozesse zu kämpfen. Die postfordistische Arbeitsorganisation, Privatisierung des Sozialstaates, globale Konkurrenz, nationale Standortpolitiken, repressive Migrationsregime und rassistische, sozial-darwinistische Begleit-Ideologien prägen Gesellschaft und Individuen. Sie erschweren eine gemeinsame Organisation von Betroffenen. Gleichzeitig entwickeln sich neue Ansprüche an Arbeit und Leben – vor allem in Bezug auf Geschlechterarrangements und Arbeitsinhalte. Es entstehen neue Fähigkeiten zur Selbstorganisation, neue Akteure, mögliche Koalitionen und Felder für Bewegungen. Was bedeutet dies für die heutigen sowie kommenden Praxen sozialer Selbstorganisation?

„Selbstorganisation...“ ist ein Sammelband, dessen Beiträge aus einer Veranstaltungsreihe des Instituts für sozialökonomische Handlungsforschung (Social Economic Action Research Institute, SEARI) in Bremen 2005/2006 hervorgegangen sind. Unter dem Titel „Vom Interesse zum Bedürfnis – Neue Inhalte und Formen sozialer Selbstorganisation“ wurde in diesem Rahmen gefragt, wie es zur neoliberalen Umgestaltung der Gesellschaft gekommen ist, wie sie auf Gesellschaft und Individuen wirkt, was dies für die heutigen sowie kommenden Praxen sozialer Selbstorganisation bedeutet und was „neue soziale Bewegungen“ beziehungsweise neue Formen sozial widerständiger Selbstorganisationen – auch in Abgrenzung von den „alten“ – ausmachen könnte. Der Band führt theoretische Analysen und praktische Beispiele für Formen der Selbstorganisation mit dem Ziel zusammen, aus ihren Erfolgen und Problemen zu lernen.

Selbstorganisation und Gesellschaftstransformation

Es ist den Herausgebern hoch anzurechnen, dass sie sich schwierigen und oft umgangenen Fragen zuwenden: Wie können die Formen der Selbstorganisation sozialen Widerstandes aussehen, wenn sie über die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse hinausführen wollen? Und was hat das mit Subjekten (ihrem Bewusstsein, ihrem Handeln) zu tun?

Dabei haben sie eine Vorstellung davon, wie diese Subjekte und Arten der Selbstorganisation beschaffen sind: Es geht um „ein Subjekt, das dabei ist, sich von [...] in Stellvertretung agierenden Massenorganisationen zu emanzipieren“ (S. 10), das sich an eigenen Bedürfnissen orientiert, selbstbestimmt und sich seiner gesellschaftlichen Macht und Widerständigkeit bewusst ist. Die praktischen Versuche der Selbstorganisation, die im zweiten Teil des Buches thematisiert werden, kennzeichnet ihr Bemühen, sich nicht von Institutionen (gemeint sind vor allem Gewerkschaften) und Kapital vereinnahmen zu lassen. Alternative Praktiken orientierten sich „an der Frage,

inwieweit sie Bedingungen für eine Transformation der kapitalistischen Gesellschaftsformation in sich tragen“ (S. 11).

Ob das NCI-Netzwerk bei Siemens (Network for Cooperation and Initiative, Beitrag von Inken Wanzek) solche alternativen Praktiken bietet, hängt vom optimistischen Blick der LeserInnen ab: Es vernetzt von Stellenkürzung Bedrohte, die sich gegenseitig unterstützen und sich dadurch von der Stellvertreterpolitik durch Gewerkschaften und Betriebsrat lösen können. Sie sprechen über Gefühle, Ängste und haben im Zuge der Selbstorganisation ein solidarisches Bewusstsein für die Nöte der anderen Beschäftigten entwickelt – durchaus Ansatzpunkte für eine gesellschaftliche Transformation. Gleichzeitig wird die Begrenztheit des Netzwerkes, das nur auf betrieblicher Ebene aktiv ist und die kapitalistische Einbettung nicht thematisiert, deutlich.

Die französischen Sud-Gewerkschaften, die Willi Hajek vorstellt, sprengen hingegen in ihrer Programmatik das traditionelle Gewerkschaftsverständnis, sprich: nur über Bedingungen der Lohnarbeit zu verhandeln und nicht über Lohnarbeit im Kapitalismus an sich. Sie begreifen und erfahren Lohnabhängige als gesellschaftliche ProduzentInnen, auf der „Suche nach authentischem Arbeiten, Forschen und Leben [...], das nicht auf Kosten anderer geschieht, das gesellschaftlich nützlich ist und auch bei dem Produzierenden Zufriedenheit schafft“ (S. 157). Lohnabhängige werden über die Grenzen von Berufsgruppen hinaus angesprochen, zum Beispiel nicht nur LehrerInnen, sondern alle BildungsarbeiterInnen. Die Sud-Gewerkschaften organisieren sich basisdemokratisch in vielen Gesellschaftsbereichen (Agentur für Arbeit, Landwirtschaft, Verkehr, Gesundheit/Pharmaindustrie, Post/Telekom/Kommunikation). Mit ihrem nicht-kapitalistischen Blick auf Arbeit und dem Zusammenführen formal getrennter Berufsgruppen in einer gemeinsamen Organisation verkörpern die Sud-Gewerkschaften alternative Praktiken mit dem Ziel einer Gesellschaftstransformation. Leider beschränkt sich ihre Darstellung auf einige wenige Seiten und bleibt an der Oberfläche. Es ist unklar, wie basisdemokratische Organisation hier konkret ausgestaltet und wie die gesellschaftliche Wirkkraft ist, mit welchen Problemen sie konfrontiert sind, welche Gruppen sie real organisieren. Insgesamt leidet die Darstellung unter einem Pathos, der von der Konstruktion des Beitrages herrührt, in dem deutsche etablierte Großgewerkschaften neuen, französischen Kleingewerkschaften gegenübergestellt werden.

Die Subjekte der Veränderung

Besonders erhellend und interessant sind die Beiträge dort, wo es um die Subjekte der Veränderung geht. Holger Heide spricht von einer „verdrängte[n], strukturell gewordenen Angst, die Folge eines kollektiven Traumas ist, das in Jahrhunderten der gewalttätigen Durchsetzung des Kapitalismus entstanden ist und immer wieder reproduziert und dabei verstärkt wird“ (S. 35). Sie durchdringt uns alle. Angst und Trauma gehen mit der Identifikation mit den Machtausübenden und ihrer Interessen einher und erfordern die permanente Unterdrückung der eigenen Ängste, die sich unter anderem in der Aggression gegenüber (vermeintlich) Schwachen äußert. Der historischen und aus der Traumaforschung hergeleiteten Begründung struktureller Angst im Kapitalismus mag man folgen oder auch nicht: Schließlich erzeugt das kapitalistisch verfasste Wirtschafts- und Gesellschaftssystem tagtäglich aufs Neue Erfahrungen von existenzieller Unsicherheit und Repression. Wesentlich ist die Schlussfolgerung Heides: Soziale Kämpfe und ihre Organisationen werden nur dann nachhaltig weiterbestehen, wenn sie nicht nur abstrakte Interessen formulieren, sondern sich mit den Bedürfnissen der Einzelnen auseinandersetzen. „Um die eigenen Bedürfnisse kennen zu lernen, ist eine Offenheit erforderlich, sich mit der tief verdrängten Angst auseinanderzusetzen. Dies ist ein Lernprozess, in dessen Verlauf sich die Gründe für Angst real verringern“ (S. 51). Die Offenheit zeigt sich in den Programmen, internen und öffentlichen Diskussionen, der Organisationsweise selbst und im Umgang miteinander, der in dieser neuen Art von kooperativer Organisation entwickelt wird.

Und tatsächlich zeigt sich diese Orientierung auf Bedürfnisse und die damit verbundenen – teils schmerzhaften Lernprozesse – in unterschiedlichen anti-kapitalistischen und kapitalismuskritischen

Projekten, zum Beispiel in nicht-kommerzieller Landwirtschaft, Hausprojekten, Kollektiven sowie auch im Interesse an unterschiedlichen Methoden gewaltfreier Kommunikation. Beispiele dafür finden sich in der Broschüre „Ich tausch nicht mehr, ich will mein Leben zurück“ oder – akademisch geadelt – im Buch von Friederike Habermann „Halbinseln gegen den Strom“ (2009). Eine Orientierung auf Bedürfnisse zeige sich jedoch, so Holger Heide in seinem zweiten Beitrag, genauso bei Selbsthilfegruppen, die keinen explizit gesellschaftsüberwindenden Anspruch formulieren, wie bei den Anonymen Alkoholikern. Für eine konkrete Praxis der Selbst- und Gesellschaftstransformation lassen sich zwei Dinge mitnehmen: Zum einen führt das Eingeständnis der eigenen Machtlosigkeit zur Wiedererlangung von Handlungsfähigkeit. Zum anderen schafft die Organisations- und Kommunikationsform die Bedingung für Offenheit: nicht-hierarchisch, finanziell unabhängig, ehrenamtlich (das heißt: nicht-bürokratisch), die Einzelwahrheiten und Selbsteinschätzungen anerkennend, im Sprechen bei sich bleibend.

Auch Michael Danner befasst sich mit dem Subjekt der Gesellschaftstransformation und zwar aus einer sozialphilosophischen Perspektive. Der Autor geht davon aus, dass in Prozessen der Selbstreflektion die Gründe des Handelns, Denkens und Fühlens erkannt werden können und es damit möglich wird „aus einem nunmehr bewussten Grund heraus freie gesellschaftliche Zusammenhänge zu gründen“ (S. 110). Anstatt wie der Autor ein zuversichtliches Postulat ohne Praxisbezug zu formulieren, sollte es jedoch bei der Suche nach anderen Formen der Selbstorganisation darum gehen, genau das – Handeln, Denken und Fühlen – jedes für sich ernst zu nehmen. Ein Beispiel aus der Praxis dafür: Sich aus bewussten, politischen, rational reflektierten Gründen für eine gemeinsame Ökonomie mit GenossInnen zu entscheiden, in der Einkommen und Vermögen geteilt werden, bedeutet noch lange nicht, dies auch als gerecht zu empfinden. Daran knüpft die Frage an, inwieweit die bewussten, neuen „Gründe“ unabhängig von der Gesellschaft, „die doch in uns hineingewachsen ist“ (S. 110) nachhaltig bestehen können. Das gilt auch für die Formen der Organisation: Inwiefern sind sie in ein kapitalistisches Gesellschaftssystem verstrickt und begrenzt letzteres eventuell Prozesse der Selbstreflektion? Ein Hausprojekt zum Beispiel, das rechtlich als Verein auftritt, wird in staatliche und ökonomische Logiken hineingezogen: Es muss sich plötzlich mit Ordnungsämtern auseinandersetzen, Vereinsberichte an staatliche Behörden schreiben, Gemeinnützigkeit begründen, eine ordentliche Buchhaltung führen, wird in städtische Aufwertungsprozesse einbezogen und anderes mehr. Mit dieser praktischen Ebene befasst sich Michael Danner leider nicht.

Selbstorganisation im Postfordismus

Während Holger Heide auf Inhalte und Form von Kommunikation abhebt, werfen andere Autoren die Frage auf, inwiefern sich die postfordistischen Formen der Arbeitsorganisation auf selbstorganisatorische Widerstandspraxen auswirken. Zum einen stellen einige Autoren „die hohe Fähigkeit von Selbstorganisation“ (Martin Dieckmann, S. 204) heraus, welche mit den neuen Formen indirekter Steuerung von Arbeit in betrieblichen Kontexten einhergeht. Lars Meyer etwa schreibt, es müssen Ziele gesetzt und Mittel gewählt, es muss kooperiert und kommuniziert, ausgehandelt und Entscheidungsprozesse strukturiert werden. Sergio Bologna zufolge prägen die sogenannten neuen Selbständigen eine „humanistische, multidisziplinäre Sicht auf die Dinge“ (S. 184). Zum anderen akzeptiert die „neue Arbeitssubjektivität [...] den irrationalen Zweck der Produktion“ (S. 80). Zugleich können sich die neuen Arbeitsformen den Zwängen der (Selbst-)Verwertung nicht entziehen. Sie münden oft in eine „selbst gewählte prekäre Existenz, [die] nur für wenige eine lebbare Perspektive bedeutet“ (S. 210). Darüber hinaus verweist Dirk Hauer zu Recht auf die sozialen Hierarchien, die rassistischen, sexistischen und sonstigen Spaltungen, die eben auch die neue Arbeitswelt prägen und gemeinsamen Widerstand erschweren.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass es sich um einen inspirierenden Sammelband handelt, der bezüglich der Blickwinkel auf Selbstorganisation und auch Schreibstile sehr unterschiedliche Artikel vereint. Erfrischend ist vor allem die Erkenntnis, dass sich nachhaltiger Protest und Widerstand auch mit seinen/ihren TrägerInnen und ihrer Verfasstheit, das heißt ihren

Bedürfnissen, Gefühlen, Denken und Handeln befassen muss. Die Reflektionen über aktuelle sozio-ökonomische Entwicklungen (etwa von Athanasios Karathanassis) und Formen der Arbeitsorganisation, über die sich dabei entwickelnden Fähigkeiten zum selbst-bestimmten Organisieren sowie über sozial-psychologische und -philosophische Grundlagen kollektiver Widerständigkeit regen zum Nachdenken über neue Formen der Selbstorganisation an.

Leider gibt es einige Leerstellen, die problematisch sind: Ausgerechnet die Darstellung der praktischen Versuche kommt zu kurz. Nur die Darstellungen des NCI-Netzwerkes, der Genossenschaftsbewegung und der Anonymen Alkoholiker geht auch in die Tiefe der konkreten Organisationsform. Darüber hinaus beziehen sich alle Beispiele, außer das der Anonymen Alkoholiker, auf das Feld der Lohnarbeit, wo es doch Projekte mit transformatorischen Anspruch in zahlreichen Lebensbereichen gibt. Schade ist auch die in allen Beiträgen dominierende Gleichsetzung von gesellschaftlichen mit ökonomischen Verhältnissen, womit weitere Herrschaftsverhältnisse wie Sexismus und Rassismus, welche die Produktionsverhältnisse durchziehen, weitgehend ausgeblendet werden. Nur Lars Meyer und Dirk Hauer erwähnen zumindest deren Relevanz für post-fordistische Formen von Arbeit, Subjektkonstitution und Widerstand. Sich mit Herrschaftsverhältnissen zu befassen, hat jedoch in vielerlei Hinsicht praktische Relevanz: Zum Beispiel, wenn es um Hierarchien innerhalb selbstorganisierten Widerstandes geht, um die Frage, wer sich mit wem solidarisch zeigt (und kämpft) oder um die Vision einer zukünftigen Gesellschaft.

Zusätzlich verwendete Literatur

Habermann, Friederike: Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag. Ulrike Helmer Verlag, Sulzbach.

nichtkommerziell (2015): Broschüre „Ich tausche nicht mehr, ich will mein Leben zurück“. Online einsehbar [hier](#).

Sergio Bologna / Michael Danner / Willi Hajek / Holger Heide / Athanasios Karathanassis / Lars Meyer (Hg.) 2015:

Selbstorganisation. Transformationsprozesse von Arbeit und sozialem Widerstand im neoliberalen Kapitalismus. 4. Auflage.

Die Buchmacherei, Berlin.

ISBN: 9783000213960.

214 Seiten. 12,00 Euro.

Zitathinweis: Pia Probst: Make Selbstorganisation great again! Erschienen in: ...können wir nur selber tun!. 45/ 2017, Transformationen – Kapitalismus und Arbeit im Wandel. 55/ 2020. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1432>. Abgerufen am: 14. 04. 2020 12:07.

„Empowerte“ Arbeiterklasse



Anna Leder (Hg.)

Arbeitskämpfe im Zeichen der Selbstermächtigung
Kollektive Gegenwehr in Frankreich, Deutschland, der Schweiz,
Österreich und Serbien

„Arbeitskämpfe“, und dann auch noch selbstorganisierte, scheinen eher ein historisches Thema zu sein. Durchaus mit Rückblick auf diese Geschichte zeigen die AutorInnen in diesem Band auf, dass das Thema immer noch Aktualität besitzt.

Rezensiert von [Torsten Bewernitz](#)

„Empowerment“ ist das neue Zauberwort, das in der Politik- und Sozialwissenschaft umgeht. „Selbstermächtigung“, in deren Zeichen das vorliegende Buch steht, ist eigentlich nichts als die deutsche Übersetzung dieses Begriffs. Und dennoch könnten die beiden Schlagworte kaum weiter auseinanderliegen.

Die sozialwissenschaftlichen Studien, die den englischen Begriff nutzen, konzentrieren sich nämlich zumeist auf eine individuelle Selbstermächtigung. Die Selbstermächtigung, die in dem von Anna Leder herausgegeben Buch dagegen hervorscheint, ist die Selbstermächtigung einer sozialen Gruppe, der Arbeiterklasse.

Hervorgegangen ist der Sammelband aus der Rundreise streikender KollegInnen aus Serbien durch die drei deutschsprachigen Staaten. Dementsprechend sind hier Arbeitskämpfe aus Deutschland, Österreich und der Schweiz dem serbischen Beitrag vorangestellt. Hinzu kommt ein Beitrag von Rainer Thomann zu Frankreich, wobei der Autor sich allerdings auf einen einzigen Konflikt bei dem Reifenhersteller *Continental* bezieht. Für die Diskussion ist dieser Beitrag insofern von besonderem Interesse, als dass der Branchenriese *Continental* auch in anderen Staaten für heftige Konflikte gesorgt hat. Thomann geht sowohl auf die deutschen wie auch auf die mexikanischen Kämpfe bei *Continental* ein.

Abgesehen vom französischen Einzelbeispiel betten alle Beiträge die beschriebenen Konflikte historisch ein, allerdings durchaus mit sehr verschiedenen Schwerpunktsetzungen. Peter Haumer und (wiederum) Rainer Thomann gehen in ihren Beiträgen zu Arbeitskämpfen in Österreich (Haumer) und der Schweiz (Thomann) im Wesentlichen chronologisch vor. Dabei picken sie sich die Konflikte heraus, die ihnen unter dem Aspekt der Selbstermächtigung besonders erwähnenswert erscheinen. Haumer findet dabei in seiner Geschichte der österreichischen Selbstermächtigungskämpfe die einzige Entsprechung in den Studierendenprotesten der vergangenen paar Jahre.

Verborgene Kämpfe

Christian Frings dagegen geht etwas anders vor: Von Anfang an setzt er seine Darstellung in Bezug zu der globalen Krise und der globalen Streikwelle. Sozialwissenschaftlich fundiert er seine Beobachtungen mit den Analysen Beverly Silvers, Frances Fox Pivens und Richard A Clowards. Frings Beitrag unterscheidet aber vor allem in einem von den übrigen Beiträgen des Sammelbandes. Er betont: „Gerade Kämpfe, in denen sich Tendenzen der Selbstermächtigung zeigen, bleiben oft im Verborgenen und nur in direktem Kontakt mit den Akteuren wird die Bedeutung ihres Handelns sichtbar.“ (S. 20) Nun ist es offensichtlich, dass die weiteren Beiträge

des Bandes von Menschen geschrieben wurden, die aktiv zumindest an einigen der beschriebenen Betriebskämpfe teilgenommen haben – allerdings in unterschiedlicher Weise. Während Peter Haumer und Rainer Thomann nämlich direkt aus dem Arbeitsleben heraus auch ihre eigenen Erfahrungen beschreiben (was sie – leider – scheinbar zu verbergen suchen), sind die serbischen Autoren Milenko Srećković und Ivan Zlatić solidarische Aktivisten, die von außen an die Betriebskämpfe herangehen. Das mag für Christian Frings ähnlich sein. Sein Ansatz, die Kämpfe im Verborgenen zu suchen und mit dem globalen Geschehen zu vermitteln, lässt aber Konflikthasspunkte nachvollziehbar machen, die Haumer, Thomann, Srećković und Zlatić oftmals in ihrer Deskriptivität entgehen: Wo Haumer in Österreich keine aktuellen Arbeitskämpfe mit Selbstermächtigungaspekt finden kann, findet Frings zahlreiche Konflikte, die man aber, um von ihnen zu erfahren, eben sehr akribisch suchen muss.

Auch wenn der Beitrag über selbstermächtigte Kämpfe von Frings deshalb in der Tat am lesenswertesten ist, so bleibt – zumindest für mich als Leser aus der BRD – der Erkenntnisgewinn auch der anderen Beiträge außerordentlich hoch: Wie häufig liest man schon von historischen und aktuellen Arbeitskämpfen in Österreich und der Schweiz? Gerade in diesem Sinne ist es auch äußerst lobenswert, hier einmal die serbische Perspektive zu erfahren. „Serbien“ ist in deutschsprachigen Ländern nahezu ein Synonym für Nationalismus und Krieg. Dabei sind die Selbstermächtigungskämpfe auf serbischem Gebiet – über die im Buch dargestellten Beispiele hinaus – zahlreich. Die Kontrastierung der „westeuropäischen“ Kämpfe mit jenen aus einem osteuropäischen Land sind dabei besonders aufschlussreich: Auch wenn die beiden Autoren des Beitrags zu Serbien anfangs konstatieren, das jugoslawische Arbeiterselbstverwaltungssystem unterscheidet sich in der Praxis kaum vom bundesdeutschen Mitbestimmungssystem (S. 196), so wird in der Beschreibung der aktuellen Kämpfe – die sich allesamt gegen zunehmende Privatisierungstendenzen richten – deutlich, dass die Arbeiterselbstverwaltung doch noch etwas weiter ging und dass es in Serbien nach wie vor ein Verständnis für Kollektiveigentum gibt. Interessant wäre zu erfahren, ob sich diese Einschätzung auf die anderen postjugoslawischen Staaten erstreckt.

Kämpfe ohne offizielle Vertretung

Ein weiterer Aspekt ist im Abgleich der vier Aufsätze des Bandes hoch aufschlussreich: Nahezu alle Kämpfe in Deutschland, Frankreich, Österreich und der Schweiz fanden und finden gegen den Willen der offiziellen Gewerkschaften statt beziehungsweise wendeten sich im Kampfesverlauf gegen diese. Die Selbstermächtigung der ArbeiterInnen, so muss man nach den ersten 190 Seiten Lektüre unabdingbar schließen, findet auch und gerade gegen die Arbeiterorganisationen statt. Und dann kommt der Beitrag zu Serbien. In den hier beschriebenen Kämpfen sind es meist Gewerkschaften, kommunale Politik, zivilgesellschaftliche Organisationen und die ArbeiterInnen, die gemeinsam gegen den Staat und die Investoren zu kämpfen haben. Ob es sich bei diesem Unterschied nun um einen Unterschied in der Sichtweise der Autoren handelt oder aber um einen tatsächlichen Unterschied in den Arbeitskämpfen, der mit den verschiedenen Status der ökonomischen und politischen Entwicklung dieser Staaten zu tun hat, darüber lässt sich letztlich nur spekulieren. Es wäre aber ein interessanter Ansatz, der weiter zu verfolgen wäre, die Arbeitskämpfe in den Staaten mit etablierten Gewerkschaften mit jenen Staaten, in denen sich völlig neue Organisierungstendenzen aufbauen, zu vergleichen.

Unter diesem Aspekt ist der Diskussionsansatz, den „Arbeitskämpfe im Zeichen der Selbstermächtigung“ liefert, nicht nur für eine europäische Debatte spannend, die die Ungleichzeitigkeit Ost- und Westeuropas mit im Fokus haben muss, sondern auch für die Beurteilung der globalen Krise und der Krisenrevolten: Wo übernehmen Gewerkschaften das Heft, wo sind die Arbeiterkämpfe tatsächlich selbstermächtigt und wo steht eine radikale Linke ohne Rückendeckung auf der Straße, weil es diese selbstermächtigten und ermächtigenden Kämpfe gar nicht gibt beziehungsweise, weil diese nicht entdeckt werden – weil eben der direkte Kontakt mit den AkteurInnen fehlt, vielleicht gar, weil es gar kein Interesse daran gibt, diese selbstermächtigten

Kämpfe zu entdecken.

In diesem Sinne ist Anna Leders Sammelband eine Pflichtlektüre für alle, die sich zu Krisenprotesten und Widerstand gegen die aktuelle oder allgemeine Krisenpolitik berufen fühlen. An fünf Länderbeispielen wird der Bezug zu den „anderen“ Arbeiterbewegungen hergestellt oder doch zumindest darauf aufmerksam gemacht, dass es diese gibt. Das ist heutzutage viel. Es bleibt zu hoffen, dass das Buch nicht nur auf Interesse stößt, sondern darüber hinaus anregt zu eigenen solidarischen Erforschungen und einem Sich-in-Beziehung-setzen zu den ökonomischen Widerständen des Alltags.

Anna Leder (Hg.) 2011:

Arbeitskämpfe im Zeichen der Selbstermächtigung. Kollektive Gegenwehr in Frankreich, Deutschland, der Schweiz, Österreich und Serbien.

Promedia Verlag, Wien.

ISBN: 978-3-85371-333-4.

224 Seiten. 17,90 Euro.

Zitathinweis: Torsten Bewernitz: „Empowerte“ Arbeiterklasse. Erschienen in: Kampf um Arbeit.

17/ 2012, Transformationen – Kapitalismus und Arbeit im Wandel. 55/ 2020. URL:

<https://kritisch-lesen.de/c/1014>. Abgerufen am: 14. 04. 2020 12:07.

„Gastarbeiter“ entdecken den Wilden Streik



Jörg Huwer

Gastarbeiter im Streik

Die Arbeitsniederlegung bei Ford Köln im August 1973

Die Analyse des Fordstreiks 1973 setzt der offiziellen Geschichtsschreibung eine Migrationsgeschichte aus der Perspektive der Kämpfe, Konflikte und sozialen Handlungen entgegen.

Rezensiert von [Ceren Türkmen](#)

Unscheinbar kommt das 100-seitige Buch von Jörg Huwer daher, doch es zeigt sich ein ganzes Stück Geschichte darin – und das ohne wissenschaftlichen Jargon. Trotz Huwers Interesse für das historische Detail gelingt es ihm dabei dennoch, auf den größeren Vergesellschaftungszusammenhang aufmerksam zu machen. So versteckt sich hinter der Analyse von Ford als zentraler Arbeitgeber für die Gastarbeiter in und um Köln auch die Geschichte der Stadt Köln und ihre Verschränkung mit der Geschichte und den Praxen der Migration. Der Autor bedient sich eines breiten Spektrums an Quellen: wichtige migrationssoziologische Literatur aus den 1970er Jahren, Graue Literatur und bundesministerielle Daten. In den Fußnoten finden sich nicht nur spannende Buchtitel, sondern ebenso anschauliche wie eindringliche Zeitungsberichte aus den 1960er oder 1970er Jahren, die Einblick in die Diskurse und Auseinandersetzungen der Zeit geben. Zudem hat Huwer Interviews mit ehemaligen Ford-Arbeitern und AktivistInnen geführt. Man ist erstaunt über die Heterogenität der Diskurse und ihre Zusammenführung, die der Autor einzufangen vermag.

Arbeit, Stadt und Migration

In einem ersten Kapitel analysiert Huwer die Situation der türkischen MigranInnen in Köln zwischen den 1960er Jahren und den frühen 1970er Jahren im Zusammenhang zur sozialen und betrieblichen Eingliederung. Ab Juli 1971 stellten die „türkischen“ MigrantInnen den größten Anteil der Migration in Köln dar. 41 Prozent aller MigrantInnen aus der Türkei in Köln arbeiteten in der Metallindustrie. Die Ford-Werke hatten einen derart großen Arbeitskräftebedarf, dass zwischen 1961 und 1973 11.000 „türkische“ Arbeitskräfte dort beschäftigt waren, die somit die größte geschlossene „türkische“ Industriearbeiterschaft außerhalb der Türkei darstellten. Der „Arbeitsethos“ der Türken erfülle die Ansprüche der Wirtschaft: jung, kräftig, ungelernt, diszipliniert und duldsam – oder wie es in der Korrespondenz des Westfälisch-Lippischen Landschaftsverbands mit der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung zum Türken lautet, der „wenn er richtig angefasst wird, durchaus einzufügen und brauchbar zu sein“, schein (S. 23). Das Bild verdeckt, so Huwer, eine differenzierte historische Perspektive auf die Migration, denn Einwanderer selber berichten über die ersten Jahre ihres Aufenthalts nicht selten, dass es „entbehrungs- aber auch ereignisreiche Zeiten waren, in der sie nicht „Opfer, sondern aktiv handelnde Subjekte“ waren (S. 24). Die Ford-Werke waren schon 1961 mit 1.480 ArbeitsmigrantInnen (davon 1.000 ItalienerInnen) einer der größten Arbeitgeber für ausländische ArbeitnehmerInnen. Die Personalabteilung fasste Ende der 1960er die Situation folgendermaßen zusammen:

„90% der ungelerten und angeleerten Arbeitskräfte sind im Grunde mit ihrer Tätigkeit, die sie ausüben, zufrieden und zeigen keine Mobilitätsabsichten. [...] Nach einer gewissen Geläufigkeit stereotyper Arbeitstätigkeiten kann sich der Mitarbeiter sogar mit seinen Kollegen über seine Freizeitbeschäftigung (z.B. Fußball) während der Arbeitszeit unterhalten, ohne dass die Qualität der Arbeit darunter leidet“ (S. 37).

Dieses Bild, so Huwer, sollte sich in den folgenden Jahren verändern. Unter dem Eindruck sozialkritischer Analysen, Berichte und Dokumentationen über die harten Arbeitsbedingungen in der Öffentlichkeit, Politik und Wirtschaft ballte sich eine Verärgerung im Betrieb zusammen. Die Segmentierung und Spaltung am Arbeitsplatz zeigte sich auch in den sozialen Beziehungen während der Produktion. Der Entstehung von Teilmärkten entsprach eine polarisierte Belegschaft. Je deutlicher wurde, dass es sich nicht mehr um eine vorübergehende Migration und Arbeit handelte, desto zentraler wurde auch das Gefühl von Ungleichbehandlung.

„Der Beschluss zu einem ‚Kampf um Anerkennung‘, mit dem der Sozialphilosoph Axel Honneth eine mit großer Wahrscheinlichkeit eintretende Konsequenz aus dem Vorhandensein größerer benachteiligter und depravierter Gesellschaftsgruppen sieht, konnte aus dieser Situation heraus gefällt werden“ (S. 50).

In der Fußnote 116 definiert der Autor sehr kurz nur das Konzept des Kampfs um Anerkennung bei Honneth, der das Konzept in Anlehnung an E.P. Thompsons Begriff der „moralischen Ökonomie“ entwickeln soll, so Huwer. Zu viele und ungeklärte Widersprüche zwischen dem sozialliberalen „Anerkennungskonzept“ und der sozialhistorischen Analyse proletarischer Kultur werden dadurch allerdings übersehen. Thompson entwickelt mit der sozialen Metapher der „moralischen Ökonomie“ einen sozialhistorischen Analyserahmen, in dem das moralische Bewusstsein beziehungsweise kollektive Wissen und sozio-kulturelle Erklärungsmuster als historische Dynamik und weniger als Reaktion auf Ungerechtigkeit erfasst werden. Die kurze Erwähnung verheißt einen tiefgreifenden Bezug zur „moralischen Ökonomie“, der sich als unausgeführtes Highlight entlarvt. Offen bleibt, warum das Konzept die soziale Situation und den im folgenden Kapitel beschriebenen Wilden Arbeitskampf theoretisch zu erklären vermag.

„Gastarbeiter entdecken den wilden Streik“

Das Streikjahr 1973 hält Huwer in Anlehnung an die Migrationshistorikerin Karen Schönwalder als bedeutenden Wendepunkt für die Migrationspolitik und -geschichte fest. Nach dem Anschlag auf die Olympischen Spiele 1972 in München wurde die „Ausländerfrage“ zum Thema der Inneren Sicherheit (vgl. S. 55). Neben dem Wilden Streik bei Ford ereigneten sich 1973 weitere Streiks, da die ArbeiterInnen mit den ausgehandelten Tarifabschlüssen seitens der IG Metall im Frühjahr nicht zufrieden waren. Die Streikbereitschaft war in den unteren betrieblichen Arbeitsorten konzentriert, wo in der Regel MigrantInnen beschäftigt waren. Der sogenannte „Ausländerstreik“ trat in dieser Dynamik in Erscheinung und weckte in der Öffentlichkeit, bei der „alten“ als auch „Neuen Linken“ politisches Interesse. Hierzu Huwer: „In den Augen der Presse stießen sie in die Lücke, welche die Gewerkschaften hinterließen, indem es diesen bis dahin nicht gelungen war, die ausländischen Arbeiter in das sozialpartnerschaftlich organisierte System der industriellen Beziehungen Westdeutschlands einzubinden“ (S. 58f.). Das Konzept der Neuen Linken, die Betriebe zu politisieren und den Hörsaal zu verlassen, trat im Zuge der „proletarischen Wende“ der APO ein.

Als nach den Sommerferien im August türkeistämmige Arbeiter entlassen wurden, die verspätet die Arbeit aufgenommen hatten, obwohl sie sorgsam aus der Türkei mitgebrachte Atteste vorzeigen konnten, eskalierte die Situation im Betrieb. Unter den Entlassenen waren auch Arbeiter, die an zentralen Stellen der Produktion eingesetzt wurden. Deren Fehlen löste eine weitere Stresssituation und Arbeitsbelastung aus. Derweil weiteten sich die Wilden Streiks auch in anderen Betrieben des Landes aus (siehe dazu etwa die Rezension zu „Wilder Streik bei Pierburg“ in [#30](http://kritisch-lesen.de)). Auch für Ford waren im Voraus Aktionen für die Zeit nach den Werksferien

geplant gewesen, die die Erhöhung des Stundenlohns um 60 Pfennig mehr forderten. Huwer geht wieder gekonnt der genauen und lebendigen historischen Darstellung nach. Die Zeitungen sorgten für umherschweifende Informationen über die zunehmende Beteiligung der Gastarbeiter an den Wilden Streiks und für eine diskursive Verbindung. Nicht nur die Forderungen aus anderen Betriebskämpfen kursierten, sondern auch die lebhaften Formen, mit denen die Streiks durchgeführt wurden. Die Nachrichten von den Kämpfen veränderten das Alltagswissen der GastarbeiterInnen.

Am ersten Tag des Streiks bei Ford standen die Rücknahmen der Kündigungen, Lohnerhöhungen und die Verringerung des Arbeitstempos im Vordergrund. 2.500 deutsche und türkische Arbeiter demonstrierten hierfür vor dem Werkstor. Am Wochenende wurde der weitere Verlauf organisiert und Flugblätter verfasst. Aus den Dokumenten der Vertrauenskörperleitung listet Huwer die Regeln auf, die während des Streiks berücksichtigt werden sollten: 1. Kein Alkohol während des Streiks, 2. Gewalt nur gegen Provokateure, nicht gegen Arbeitswillige, 3. Keine Beschädigung von Maschinen. Das erste Abendessen nach der Betriebsbesetzung, von Spesen der „Roten Hilfe“ organisiert, war zwar international, aber die türkischen Arbeiter dominierten. In den türkischen Reihen konnte man religiöse Hodschas wie auch Kommunisten, Türken und Kurden sehen. Bekannte politische und ideologische Grabenkämpfe wurden bewusst vermieden. Stattdessen zählte der soziale Kontaktaufbau und Geselligkeit.

„Türkische Geschichtenerzähler unterhielten die Streikenden mit Witzen über den Streik, Lehrstücken und Volksmärchen. So gestaltete sich der Streik-,Alltag‘ deutlich unterschiedlich von dem eines von der IG Metall geführten Arbeitskampfes, bei dem zwar eine emotionalisierte Sprache zur Motivation der Arbeitnehmer eingesetzt wurde, meistens jedoch nur zum Zwecke der Demonstration von Kampfbereitschaft“ (S. 81).

Es entstand ein „Gemeinschaftsgefühl“, das nach Huwer auch mit den feudalen Formen von sozialer Gemeinschaftsbildung zusammenhing, kamen doch viele der Arbeiter aus sozialen Verhältnissen, die – ob nun aus der Stadt oder dem Land –mit dörflichen Strukturen zusammenhingen. Auf der anderen Seite vollzog sich mehr und mehr ein Distanzierungsprozess der „deutschen“ Arbeiter vom Streik. Einerseits verschärfte die über die Teuerungszulage hinausgehende Forderung, die Entlassungen zurückzunehmen, dann die türkischnationale Symbolik und zuletzt die Abwertung des Streiks durch die Betriebsgruppen die Distanzierung. Neben der Dissonanz zum „migrantischen Streik“ vermischte sich, so Huwer, auch eine Abwendung zum Streik, da er mehr und mehr als Streik der „studierten Chaoten“ wahrgenommen wurde. Gemeint sind linke ehemalige Studierende, die als Betriebsaktivistinnen in den 1960er Jahren die Hörsäle mit den Fließbändern ausgetauscht haben. Die Arbeiter artikulierten schnell, dass man sie nicht als Interessensvertretung anerkennen wollte (S. 83).

Als der türkische Konsul das Werk am Dienstag besuchte, radikalisierte sich der Streik nochmal. Auf die Zugeständnisse der Gewerkschaftsleitung, einer Pauschalzahlung von 280 DM und die Bezahlung der Streiktage, reagierten die Streikenden mit der Fortsetzung ihres Arbeitskamps. Am Donnerstagmorgen traf der morgendliche Demozug auf eine Gegendemonstration von mehrheitlich deutschen Arbeitern und Angestellten. An der Stelle eskaliert der Streik, Schlägereien beginnen, die Polizei schreitet ein und beendet den Streik. Für Huwer steht die politische Analyse in der gewaltvollen Beendigung des Streiks fest: „In der Zerschlagung des Streiks entlud sich die Wut der deutschen Arbeiter über die Tatsache, dass die türkischen Migranten für kurze Zeit die Kontrolle über ihren Arbeitsplatz übernehmen konnten“ (S. 87). Die türkische Tagespresse war empört über das Vorgehen der Polizei und der Sekretär der türkischen Botschaft verteidigte sogar den wilden Streik der migrantischen Arbeiter gegen die Etikettierung als linksradikale Politik.

„Türkenterror“ zwischen Antirassismus und Klassenkampf

In einem letzten Teil fragt Huwer nach der kollektiven Erinnerung an den Streik. Die

„Türkisierung“, „Muslimisierung“ und zeitgleich „Terrorisierung“ der Arbeiter bei Ford dominierte schnell in der Boulevardpresse, wie man unschwer am Aufmacher „Türkenterror in Köln“ in der *Abendpost* erkennen kann. Las man die Auseinandersetzungen symptomatisch offenbarte sich darin ein Begehren zu verstehen, weshalb es zu diesem radikalen Aufstand kam. Möglicherweise stand der Streik exemplarisch für die Spannungsverhältnisse in Deutschland und die Realität der „Gastarbeit“. Die Türken seien radikaler in ihrer Kampfbereitschaft und anfälliger für „Agitatoren“ von außen, hieß es im *Abendblatt* (S. 91). Es läge an der fehlgeleiteten *Integration* und der Ghettoisierung beziehungsweise Isolation der Gastarbeiter, die wiederum unter sich (besonders unter den Türken) ein spiegelbildlich gesprochen umso stärkeres Gemeinschaftsgefühl etablierten, das von Linken gezielt angesprochen, schnell ein Strohfeuer legen könne, hieß es in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

Für Huwer veränderte sich in dieser Zeit das kollektive Bild des „Türken“ in der Öffentlichkeit. Aus dem passiven, gehorsamen und stummen Gastarbeiter wurde der „Türkenterrorist“, der, wenn er denn zu laut wurde, der Impulsivität und Unzugänglichkeit beschuldigt wurde. Die Widerborstigkeit wiederum ist in letzter Instanz jedoch auch nicht die eigene, sondern diejenige der radikalen linken Gruppen, denen die Türken aus Naivität zum Opfer fielen. Die *BILD* registrierte eine weitere Veränderung: Die sind keine Gäste mehr, hieß es nach Ford. Als Gast benimmt man sich freundlich, ansonsten gehört man vor die Tür gesetzt (S. 92). Huwer setzt der Ethnisierung und Stereotypisierung in der Boulevardpresse die Stereotypisierung der radikalen Linken gegenüber:

„Auch von der Protestbewegung wurden die türkischen Migranten stereotypisiert, indem sie das Schema eines neuen Typus des industriellen Arbeiters, des „Massenarbeiters“ oder – in etwas klassischerer Terminologie – in das eines sich seiner Klasse bewusst werdenden Mitglied des Subproletariats, eingepasst wurden. Dabei wurde den ausländischen Arbeitern nicht die Rolle einer Avantgarde zugesprochen, vielmehr seien sie Bestandteil der gesamten Streikbewegung von 1973, die von einigen als Zeichen für das Aufkommen einer ‚anderen Arbeiterbewegung‘ jenseits gewerkschaftlicher Disziplinierung gesehen wurde“ (S. 94).

Die Integration in die industriellen Arbeitskämpfe der aus dem ländlichen Gebiet der Türkei stammenden halb-feudalen Arbeiter wurde innerhalb der Linken dementsprechend als ein Lernprozess innerhalb der kapitalistischen Auseinandersetzungen gewertet.

Für die Geschichte der Migration und ihre Rekonstruktion aus der Perspektive der Migration ([kritisch-lesen.de #30](http://kritisch-lesen.de/#30)) spielt der Streik neben weiteren sozialen Kämpfen von Migrantinnen und Migranten eine nach wie vor zentrale Rolle. Mit den Auseinandersetzungen um die Frage, wessen Geschichte wie geschrieben wird, ringt eine ganze Generation um politisches Selbstbewusstsein und Versöhnung mit der kollektiven, widersprüchlichen und inter-generationellen Erfahrung der (Post)Gastarbeiterzeit. Die Frage, bis wann Teile der Arbeiterschaft sich international wussten und in welchem historischen Ereignis Rassismus die Internationalität warum begrenzen kann, erfährt hier eine exemplarische Analyse, die auch heute noch zentraler Bestandteil von Analysen zu Solidarität ist.

Die gegenwärtigen sozialen Kämpfe in der Stadt, die sich auch immer gegen Rassismus als sozialem Verhältnis richten, etwa bei Kotti&Co, beim Bündnis gegen Zwangsräumung wie auch im Kampf der Flüchtlinge zeigen nicht nur die aktuelle Dynamik von Ausbeutung und Rassismus. Sie zeigen auch, dass es sich lohnt auf das politische Erbe der ersten Generation zurückzublicken. Mal mehr und mal weniger bewusst bauen wir auf den Konflikten und mit dem politische Erbe heute auf vielen Pfaden weiter.

Jörg Huwer 2013:

Gastarbeiter im Streik. Die Arbeitsniederlegung bei Ford Köln im August 1973.

edition DOMiD, Köln.

ISBN: 978-3-9816133-0-8.

114 Seiten. 12,00 Euro.

Zitathinweis: Ceren Türkmén: „Gastarbeiter“ entdecken den Wilden Streik. Erschienen in:

Radikale Soziale Arbeit?. 33/ 2014, Transformationen – Kapitalismus und Arbeit im Wandel. 55/

2020. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1221>. Abgerufen am: 14. 04. 2020 12:07.

Der revolutionäre Prinz und das proletarische Dornröschen



Jan Ole Arps

Frühschicht

Linke Fabrikintervention in den 70er Jahren

Knapp vier Jahrzehnte später kramt Jan Ole Arps die Untersuchungen und Interventionen in den Fabriken der 1970er Jahre wieder aus der linken Geschichte hervor und präsentiert eine Analyse, in deren Mittelpunkt die Kluft zwischen betrieblichem Alltag und revolutionärem Anspruch steht.

Rezensiert von [Franziska Plau](#)

Linke Fabrikinterventionen in den 1970er Jahren – der Untertitel beschreibt ein Phänomen, welches oft als ein *Experiment* in der Geschichte linker Gruppen bedacht wird. Dieses Phänomen wird in dem Buch durch Jan Ole Arps' ausführliche Darstellung aber auch als politische *Praxis* beleuchtet. Dass dabei durchaus Anknüpfungspunkte zu aktuellen Problemen auch jenseits der Fabrik zu finden sind, zeigt die 2011 durchgeführte Aktion und im Anschluss herausgegebene Broschüre [„Macht mit, macht's nach, macht's besser! Eine militante Untersuchung am Jobcenter Neukölln“](#) der Gruppe Fels.

Vom Vorlesungssaal in die Fabrik

Der Titel „Frühschicht“ bezieht sich nach Arps' eigenen Angaben auf ein Schlagwort, welches die Radikalität dieses Schrittes für die Beteiligten kennzeichnet: Aus der Universität in die Fabriken zu gehen und von Studierenden zu Arbeiter_innen zu werden, bedeutete für sie einen drastischen Lebenswandel, der nicht allein im verdammt frühen Aufstehen endete. Eine Frage drängt sich daher als erste auf: Was motivierte die jungen Linken zu diesem Entschluss, ja, wie kamen sie überhaupt auf eine solche Idee?

Ausgangspunkt waren die Proteste 1968, auf deren Höhepunkt sich die Frage nach Anknüpfungspunkten und weiteren Handlungsmöglichkeiten stellte. Wirklich revolutionäre Effekte, da waren sich die studentischen Aktivist_innen einig, konnte man (treu marxistisch) nur in Allianz mit der Arbeiter_innenklasse erreichen, da diese die Basis der kapitalistischen Produktion bilde. Inspiration fanden sie vor allem in Frankreich, aber auch in Italien, wo sich an die studentischen Proteste Kämpfe von Arbeiter_innen anschlossen. In Deutschland boten die Septemberstreiks von 1969 erste Berührungspunkte, die – gepaart mit der Suche nach einer neuen Perspektive – Auslöser für die „proletarische Wende“ (S. 40) der 68er-Bewegung wurden. Es galt, organisatorische Strukturen und revolutionäres Bewusstsein im Proletariat zu schaffen - der intellektuelle Prinz sollte das Dornröschen der Fabriken „wachküssen“, damit sie zum Traumpaar werden.

Jan Ole Arps' Beschreibungen der Fabrikinterventionen gelten zwei Gruppen mit unterschiedlichem theoretischen Hintergrund, die teils unterschiedliche Herangehensweisen und Strategien verfolgten, aber ähnliche Erfahrungen machen mussten. Das sind zum einen Gruppen aus der Sponti-Szene, wie der *Revolutionäre Kampf* oder die *Arbeitersache*, die durch maoistische K-Gruppen kontrastiert werden, vor allem durch die KPD/ML.

Die letztgenannten Parteien und Gruppierungen betrachteten es als eine Notwendigkeit, kommunistische Gruppen zu gründen, die der Arbeiter_innenbewegung den richtigen revolutionären Rahmen geben sollte. Inspiriert durch Lenins Aufsatz „Was tun?“ galt die Vorstellung, dass die Arbeitskämpfe innerhalb des Betriebs nur auf ökonomische und gewerkschaftliche Interessen beschränkt blieben, wenn nicht eine revolutionäre Partei den Arbeiter_innen die Notwendigkeit der Überwindung der kapitalistischen Klassenverhältnisse nahebringen würde.

Die Fabrikinterventionen der Sponti-Gruppen zielten hingegen eher darauf ab, die Situation der Arbeiter_innen in den Betrieben zu analysieren, mögliche Ansatzpunkte für die Agitation zu finden und einen gemeinsamen Erfahrungshorizont zwischen Studierenden und Arbeitenden aufzubauen. Dabei bezogen sie sich besonders auf die zentralen Ansätze des sogenannten Operaismus, der italienischen Arbeiter_innenbewegung in den 1970er Jahren, die theoretisch durch (post-)marxistische Analysen von Antonio Negri, Mario Tronti und anderen fundiert wurden. Grundlegend für sie war die Annahme, dass die Zusammensetzung der Arbeiterklasse nicht (mehr) einheitlich sei und sich daraus Widersprüchlichkeiten entsprechend der Qualifikationen und/oder Positionen der Arbeiter_innen im Betrieb ergeben. Diese „technische Zusammensetzung der Arbeiterklasse“ müsse untersucht werden, um an den Widersprüchen ansetzen und Widerstand entsprechend initiieren zu können. Die „Untersuchungen“ in den Betrieben sollten gleichzeitig als Mittel der Aufklärung und Mobilisierung der Arbeiter_innen dienen.

Entfremdete Arbeit und entfremdete Agitation

Für Arps waren allerdings „nicht in erster Linie die Konzepte der Organisationen und die individuellen und kollektiven (Fehl-)Entscheidungen ihrer Mitglieder interessant, sondern die Frage, wie die revolutionären Absichten auf den Alltag in der Fabrik prallten und sich bei diesem Zusammenstoß verformten“ (S. 8).

Die Aktivist_innen beider Gruppen mussten ähnliche Erfahrungen in den Betrieben machen: Die Arbeiter_innen waren in der alltäglichen Verrichtung ihrer Arbeit für die revolutionäre Agitation der kommunistischen und operaistischen Gruppen wenig empfänglich und hatten andere Probleme als eine sozialistische Revolution. Die Aktivist_innen mussten daher einen Spagat zwischen den realen Ansprüchen ihrer Kolleg_innen im Betrieb und den radikalen Theorien ihrer Genoss_innen in der Organisation vollbringen. Viel schwerer wog zudem das Problem, dass sie sich durch radikales Auftreten in den Betriebsräten und Arbeitskämpfen schnell einen Ausschluss aus dem Betriebsrat oder eine Kündigung einhandelten. Andererseits brachte das Vorgehen im Rahmen der betrieblichen Spielregeln Vorwürfe des Rechtsopportunismus von Seiten der Partei oder der Organisation ein.

Auf diese Schwierigkeiten gab es nach längeren Kämpfen, die alle nicht so recht in einen breiten revolutionären Umsturz münden wollten, verschiedene Reaktionen. Die, die in den Betrieben verblieben, konzentrierten sich oftmals auf oppositionelle Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit. Viele andere, die der Fabrik den Rücken kehrten, wandten sich – auch inspiriert durch ihre Erfahrungen in den Betrieben – anderen Themenfeldern zu. Mit den in den späten 1980er Jahren einsetzenden Umstrukturierungen der Betriebe, die unter anderem Auslagerungen von Betriebsteilen und die Flexibilisierung von Arbeit zur Folge hatten, verlor die fordistische Fabrik an Bedeutung. Die Macht der Unternehmen wuchs und Arbeitskämpfe wurden durch die zunehmende Unsicherheit wegen steigender Arbeitslosigkeit und globaler Konkurrenz aussichtsloser. Auch die weitere politische Arbeit der ehemaligen Fabrikaktivist_innen, die im Buch zum Teil bis in die Gegenwart hinein verfolgt wird, zeigt die Widersprüche und Schwierigkeiten ihrer revolutionären Ansprüche.

Und die Moral von der Geschicht’?

Was nach diesen Kapiteln bleibt, ist zunächst vielleicht ein leichter, fader Beigeschmack der Ernüchterung. Und, unwillkürlich, die Erinnerung an die einleitend vom Autor selbst aufgeworfene Frage nach dem Sinn beziehungsweise der heutigen Relevanz dieses Themas - in einer (scheinbar) völlig anderen Ära kapitalistischer Produktions- und Arbeitswelten. Diese Relevanz sieht Arps vor allem in der Frage, wie die Verbindung von radikaler Kritik und Arbeitsalltag, von abstrakt-theoretischen Analysen und alltäglicher Realpolitik in den Betrieben aussehen kann. Denn: „Eines ist klar: Eine Politik, die die Welt des Alltags und die Macht des Alltäglichen ignoriert, kann nicht gelingen.“ (S. 9)

Der Autor überlässt es letztlich den Lesenden selbst, aus der Schilderung der Erfahrungen der Aktivist_innen in der Fabrik eigene Antworten auf die aufgeworfene Frage zu finden. Arps sieht sich allerdings veranlasst, eine Kritik an der heutigen linken Szene zu formulieren, die sich gleichzeitig wie die Quintessenz der Fabrikinterventionen lesen lässt:

„Trotz dieser Erfahrungen haben sich viele Vorstellungen aus der Zeit des Avantgardismus gehalten und prägen als Gespenster die politischen Haltungen fast aller linken Strömungen (...): die Vorstellung, Wahrheiten zu kennen, die die meisten Menschen und Bewegungen nicht kennen und die man ihnen beibringen muss; folglich die Vorstellung, dass politisches Handeln vor allem darin bestehe, andere (und zwar möglichst viele) von diesen Wahrheiten zu überzeugen und sie hinter den eigenen Losungen zu versammeln. In diesem Modell stehen auf der einen Seite die ‚Aktivisten‘ oder ‚Kader‘, auf der anderen Seite die passive Menge oder die defizitäre Bewegung, auf die es einzuwirken gilt (...).“ (S. 216)

Berechtigt oder nicht, ist dies jedoch eine wichtige Warnung. Der Autor plädiert daher auch für ein gemeinsames Gespräch, welches jedoch „in den seltensten Fällen von allein entsteht, man muss es organisieren. Und man muss eine Sprache dafür finden – und nicht die Sprache linker Floskeln oder distanzierter Analysen, sondern eine, die aus dem gemeinsamen Gespräch und im Konflikt entsteht.“ (S. 222)

Wem das als Fazit zu dünn ist, muss selbst zum Buch greifen und über die dort beschriebenen Erfahrungen nachdenken. Als aufschlussreiche Lektüre eines durchaus spannenden Beispiels linker Geschichte allemal empfehlenswert, bleibt der Wert für Anknüpfungspunkte aktueller linker Politik und Praxis an den Ansprüchen der Leserin oder des Lesers zu messen.

Jan Ole Arps 2011:

Frühschicht. Linke Fabrikintervention in den 70er Jahren.

Assoziation A, Hamburg/Berlin.

ISBN: 978-3-935936-83-5.

240 Seiten. 16,00 Euro.

Zitathinweis: Franziska Plau: Der revolutionäre Prinz und das proletarische Dornröschen.

Erschienen in: Kampf um Arbeit. 17/ 2012, Transformationen – Kapitalismus und Arbeit im

Wandel. 55/ 2020. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1006>. Abgerufen am: 14. 04. 2020 12:07.

Prekär streiken



Peter Nowak (Hg.)

Ein Streik steht, wenn mensch ihn selber macht
Arbeitskämpfe nach dem Ende der großen Fabriken

Der Band versammelt Berichte und Reflexionen über Arbeitskämpfe in ungewöhnlichen Arbeitsbereichen.

Rezensiert von [Dietmar Lange](#)

Prekäre Arbeitsverhältnisse wie unsichere oder schlecht bezahlte Arbeitsplätze, Leiharbeit und Scheinselbstständigkeit sind längst keine Randphänomene mehr. Sie finden sich mittlerweile in sämtlichen Bereichen der Arbeitswelt. Durch die Auslagerung ganzer Unternehmensbereiche und die Aufweichung (oder neudeutsch „Flexibilisierung“) gesetzlicher sowie tarifvertraglicher Regelungen sind davon längst auch die sogenannten Normalarbeitsverhältnisse, das heißt sozialversicherungspflichtige Festanstellungen, betroffen. Das bekommen auch die Gewerkschaften zu spüren, die mit sinkenden Mitgliederzahlen und einer abnehmenden Kompromissbereitschaft der Unternehmensführungen konfrontiert sind. Nicht zuletzt das lange Zeit als besonders fortschrittlich geltende Modell der Industriegewerkschaft, das sich an der Interessenvertretung und sozialpartnerschaftlichen Mitwirkung der Stammebelegschaften in großen Unternehmen orientiert, zeigt große Schwierigkeiten, auf die zunehmend fragmentierten Arbeitsverhältnisse zu reagieren. Das äußert sich auch in der wachsenden Bedeutung kleinerer kämpferischer Gewerkschaften in einigen Bereichen der heutigen Arbeitswelt. Zugleich hat sich in den letzten Jahren eine lebhafte Debatte über neue Organisationsansätze und Instrumente des Arbeitskampfes entwickelt. Sie wird vor allem international geführt, in gewerkschaftsnahen Publikationen wie der europaweit erscheinenden „Transfer“ oder auf transnationalen Konferenzen von Streikaktivist*innen und Basisgewerkschafter*innen, wie im Oktober 2015 im polnischen Poznan. Einige Arbeitssoziolog*innen vergleichen die Situation dabei sogar mit derjenigen im 19. Jahrhundert, als Gewerkschaften wesentlich netzwerkartiger organisiert waren und ihre Funktion nicht so sehr in der Interessenvertretung innerhalb der Unternehmen, sondern in der Organisation von Solidarität auf regionaler Ebene bestand.

Streiks außerhalb der großen Fabrik

Diese Situation in der heutigen Arbeitswelt bildet den aktuellen Hintergrund für das kleine Sammelbändchen des Berliner Journalisten Peter Nowak zu „Arbeitskämpfen nach dem Ende der großen Fabrik“, wie es im Untertitel heißt. Es kann als Beitrag zu den laufenden Debatten aus aktivistischer Sicht betrachtet werden. Dabei versammelt Nowak Beispiele von Arbeitskämpfen aus sehr unterschiedlichen und teilweise auch sehr ungewöhnlichen Bereichen. So geht es um Arbeitskämpfe von Sexarbeiterinnen und um Arbeitskämpfe in einem Berliner Spätkauf, im Theater und im Gefängnis. Die Autoren und Autorinnen waren und sind zumeist selbst Protagonist*innen dieser Kämpfe oder in Unterstützungsaktionen aktiv. Deutlich wird dabei die große Rolle, die ein solidarisches Umfeld und die Auseinandersetzung in der Gesellschaft einnehmen, um eine oftmals mangelhafte Produktionsmacht der Beschäftigten auszugleichen. Daher geht es in dem Buch auch um die Verbindung von Arbeitskämpfen und sozialen

Bewegungen.

Es finden sich auch historische Ausflüge, so zu einem Solidaritätskomitee von Lesben und Schwulen für den britischen Bergarbeiterstreik 1984 und 1985, für das sich die Kumpels mit ihrer Beteiligung auf der Gay-Pride-Parade in London revanchierten. Zum größten Teil werden in dem Buch jedoch noch sehr frische und teilweise noch laufende Auseinandersetzungen behandelt.

Der Blick über den Tellerrand hinaus...

Zu loben ist, dass die Beiträge sich nicht auf Deutschland beschränken, sondern sich, durch Beispiele aus Frankreich und Italien, in einen europäischen Kontext einordnen lassen. So geht Willi Hajek im Rahmen eines Beitrages über ein europäisches Netzwerk von Basis- und alternativen Gewerkschaften auf die französischen Basisgewerkschaften SUD-Solidaires und ihr Selbstverständnis eines „*syndicalisme différent*“ (S. 10) ein. Damit ist gemeint, dass sich die französischen Basisgewerkschafter*innen nicht nur auf die Probleme am Arbeitsplatz konzentrieren, sondern auch das Verhältnis zu den Konsument*innen reflektieren und diese in die eigene Strategie mit einbeziehen.

„Der Typ Syndikalismus, den die Sud-Gewerkschaften repräsentieren, betrachtet umgekehrt die Gesellschaft als praktischen Zusammenhang der Menschen, in dem die Lohnabhängigen nicht nur Objekte, sondern zugleich tätige Subjekte, gesellschaftliche Produzent_innen sind und in dieser Eigenschaft das Kapitalverhältnis und die es schützende Politik als Hindernis, als ‚Ballast‘ erleben“ (S. 10f.).

In diesem Zusammenhang wird auf eine Reihe von Arbeitskämpfen eingegangen, in denen sich die Arbeiter und Arbeiterinnen direkt an ihr gesellschaftliches Umfeld wandten. So etwa Arbeitsniederlegungen im Pariser Hotel- und Friseurgewerbe, die mit großer öffentlicher Unterstützung geführt wurden, oder bei einem Energieversorger, bei dem die Monteure für kostenlose Stromversorgung für arme Haushalte sorgten. Besonders interessant ist das Beispiel der Intermittents du spectacle, der französischen Kulturschaffenden, denen die Regierung Hollande 2014 mit Kürzungen der Ausgleichszahlungen im Falle von Arbeitsunterbrechung drohte. Eine Maßnahme, gegen die sich die Intermittents mit öffentlichen Mobilisierungen und Diskussionen zur Wehr setzten. Die Schilderung dieses Kampfes kann dabei als Prolog zu den jüngsten Auseinandersetzungen um die Reform des Arbeitsgesetzes El Khomri und die Platzbesetzungsbewegung Nuit Debout gelesen werden: „[D]ie Intermittants sind praktisch seit 2003 ein aktiver Teil der rebellischen Lohnarbeit, der auch gerade durch seine Aktionsformen, durch seine Kultur der Versammlungen, durch sein öffentliches Auftreten ein wirklich sozialrevolutionäres Milieu geschaffen hat“ (S. 22f.).

Zwei Mitglieder von labournet.tv behandeln die Auseinandersetzungen in der italienischen Logistikbranche. Das Besondere an diesem Arbeitskampf ist, dass hier seit 2008 vor allem migrantische Arbeitskräfte, in einer allgemeinen ökonomischen Krisensituation und ohne Unterstützung der großen nationalen Gewerkschaften, erfolgreich für Lohnerhöhungen und die Anerkennung der nationalen Branchentarifverträge in ihren Unternehmen kämpfen. Unterstützung erhalten sie dabei von kleinen Basisgewerkschaften, wie der S.I. COBAS, in der ältere Militante aus den Fabrikkämpfen der 1960er und 1970er Jahre aktiv sind, und durch die außerparlamentarische Linke aus dem Umfeld der centri sociali, der italienischen Hausbesetzer*innenbewegung. Letztere sorgten vor allem für die massenhafte Beteiligung bei Streikposten und Straßenblockaden, die erfolgreich die Auslieferung von Waren aus den Lagerhäusern blockierten und die Unternehmen an einem empfindlichen Punkt trafen.

... und wieder nach Deutschland

Es bleibt dem Leser und der Leserin selbst überlassen, die vielen Parallelen und Verbindungen zu

den Beispielen aus Deutschland herauszusuchen. Sie sind jedoch vorhanden. So bei den Auseinandersetzungen an der Berliner Universitätsklinik Charité um eine bessere Personalausstattung, wo die Beschäftigten unter dem Slogan „Mehr von uns ist besser für alle“ (S. 82) auch die Qualität der Gesundheitsversorgung für die Patient*innen thematisieren. Aber auch bei den Auseinandersetzungen im Einzelhandel, bei H&M und bei Amazon, die von Solidaritätskreisen unterstützt werden, in denen sich vor allem die außerparlamentarische Linke einbringt. So haben etwa Aktivist*innen aus dem Blockupy-Bündnis, welches durch Großdemonstrationen gegen die EZB in Frankfurt am Main 2012 bis 2015 Aufmerksamkeit erregt hatte, die Streikenden bei H&M und Amazon 2013 mit Aktionen unterstützt. Sie organisierten etwa Kundgebungen vor Filialen und Blockaden vor Warenlagern, zu denen die Beschäftigten aufgrund des Repressionsrisikos am Arbeitsplatz nicht in der Lage waren.

Ein Unterschied zu Frankreich und Italien ist dabei, dass in Deutschland diese Arbeitskämpfe mit ver.di von einer großen Branchengewerkschaft geführt werden, wobei auch Reibereien nicht ausbleiben. Seit 2014 wird auf überregionalen Konferenzen auch über das Selbstverständnis der Solidaritätsarbeit debattiert. Sehen sich die Soli-Aktivist*innen als ehrenamtliche Helfer*innen bei den Organisierungskampagnen der Gewerkschaft, oder soll die Selbsttätigkeit der Beschäftigten im Vordergrund stehen? Diese Fragen werden auch von der Gruppe Antifa Kritik und Klassenkampf aus Frankfurt am Main in einem eher theoretischen Beitrag aufgeworfen. Die ursprünglich universitätspolitische Gruppe begründet ihr Engagement in oben genannten Soli-Kreisen mit der Absicht, eine Verbindung von antikapitalistischer Perspektive und konkreten Einzelkämpfen herzustellen. Wenn auch aus einer anderen Position heraus und in einem akademischen Tonfall, zeigt ihre Argumentation für die Orientierung am Klassenkampf auch Ähnlichkeiten zum oben erwähnten Selbstverständnis der französischen Basisgewerkschafter*innen:

„Wird in kollektiven Erfahrungs- und Reflexionsprozessen deutlich, dass die eigenen Bedürfnisse hier und heute nur befriedigt werden, sofern sie sich der Wertvergesellschaftung einpassen, vermitteln sich Bedürfnisse mit der kritischen Einsicht, dass eine gesellschaftliche Produktion, die auf die Bedürfnisbefriedigung und -entfaltung der Gesellschaftsmitglieder gerichtet ist, nur jenseits der kapitalistischen Klassengesellschaft zu haben ist“ (S. 105).

Der Text endet mit einem Vorschlag zum Aufbau von Strukturen zur Herstellung von Solidarität zwischen Lohnabhängigen aus unterschiedlichen Branchen und gesellschaftlichen Bereichen. Darunter werden „Streikende, Betriebsgruppen, Arbeitsloseninitiativen, Repro-Arbeiter_innen oder Soli-Aktivist_innen“ (S. 107) verstanden, die sich „rund um die Orte, an denen Herrschaft und Ausbeutung sich alltäglich reproduzieren“ (S. 108) organisieren. Das lässt wiederum an ähnliche Experimente der jüngsten Zeit in Italien und Griechenland denken, wo sich lokale Organisationsansätze prekär Beschäftigter und Studierender gebildet haben.

Das Sammelbändchen ist sicher keine Fachliteratur. Eine ausführlichere Einleitung, die die vielen, zum Teil sehr unterschiedlichen Beiträge miteinander in Beziehung setzt und versucht, sie mit gemeinsamen Thesen über die neuen Arbeitskämpfe zu unterfüttern, wird nicht geboten. Die Synthese, wie sie der Autor dieser Rezension aus seiner eigenen Sicht ansatzweise versucht hat, wird also dem Leser überlassen. Für diejenigen aber, die sich über neuere und teils ungewöhnliche Auseinandersetzungen am Arbeitsplatz aus erster Hand informieren wollen, ebenso wie für solche, die in ähnliche Kämpfe verwickelt sind, ist es dennoch eine anregende Lektüre, die zudem sehr handlich und auch für Menschen mit wenig Zeit zubereitet worden ist.

Anmerkung: Zur transnationalen Konferenz von Streikaktivist*innen in Poznan/Polen im Oktober 2015 ist auf der Plattform Labournet ein Bericht erschienen: [hier](#)

Peter Nowak (Hg.) 2015:

Ein Streik steht, wenn mensch ihn selber macht. Arbeitskämpfe nach dem Ende der großen Fabriken.

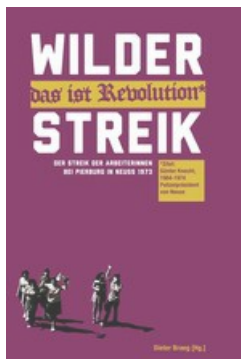
Edition Assemblage, Münster.

ISBN: 978-3-942885-78-2.

111 Seiten. 7,80 Euro.

Zitathinweis: Dietmar Lange: Prekär streiken. Erschienen in: Medien und Gegenöffentlichkeit. 41/2016, Transformationen – Kapitalismus und Arbeit im Wandel. 55/ 2020. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1363>. Abgerufen am: 14. 04. 2020 12:07.

Noise bei Pierburg



Dieter Braeg (Hg.)

"Wilder Streik - das ist Revolution"

Der Streik der Arbeiterinnen bei Pierburg in Neuss 1973

Die Dokumentensammlung erinnert an einen im Wesentlichen durch Migrantinnen initiierten und getragenen Streik bei einem Automobilzulieferer.

Rezensiert von [Sebastian Friedrich](#)

Ende August 1973 fand in den Ford-Werken in Köln-Niehl ein „wilder Streik“ statt. 300 türkeistämmige Arbeiter_innen sollten fristlos entlassen werden, weil sie verspätet aus dem Jahresurlaub kamen. Dagegen und gegen niedrige Löhne beehrten die Arbeiter_innen auf. Nachdem anfänglich deutsche Arbeiter_innen sich noch mit ihren Kolleg_innen solidarisierten, kippte nach wenigen Tagen die Stimmung. Serhat Karakayali (2005) resümiert, dass der Streik letztlich an der Spaltung in Deutsche und Ausländer gescheitert sei. „Werksleitung, Betriebsrat und Medien hatten es nach und nach geschafft, die ohnehin schon strukturell unterschiedlichen Interessen ideologisch zu verfestigen.“ Während der Ford-Streik durch die Erinnerungsarbeit von Aktivist_innen mittlerweile relativ bekannt ist, sind viele andere Kämpfe, die von Arbeitsmigrant_innen Anfang der 1970er Jahre geführt wurden, zunehmend in Vergessenheit geraten. So streikten im August 1973 nur wenige Kilometer entfernt von Köln in Neuss bei dem Autozulieferer Pierburg tausende Arbeiter_innen. Der nun von Dieter Braeg, einem damals beteiligten Aktivist, herausgegebene Sammelband „Wilder Streik – das ist Revolution“ dokumentiert die Ereignisse um diesen Arbeitskampf in erster Linie anhand zahlreicher damals erschienener Texte, Interviews und Berichte.

Rassismus, Geschlechterverhältnisse und Streik bei Pierburg

Die Firma Pierburg ist ein klassisches Beispiel für die Wirkmächtigkeit von Rassismus, Klassen- und Geschlechterverhältnissen auf die Organisation von Arbeit in der Bundesrepublik der 1960er und 1970er Jahre. Während in den Niedriglohngruppen fast ausschließlich Arbeitsmigrant_innen beschäftigt waren, gab es in der Facharbeitergruppe „nur zwei, drei Jugoslawen, einen Griechen, also fast ausschließlich Deutsche“ (S. 110), die Vorarbeiter waren sogar ausschließlich Deutsche. Die Fakten der Lohndiskriminierungen werden in einem im Anhang des Buches versteckten, aber sehr aufschlussreichen Referat des Herausgebers Braeg aus dem Jahr 1975 deutlich. Migrantische Arbeiter_innen würden erstens aufgrund der Lohngruppen schlechter gestellt, zweitens wegen ihrer kürzeren Betriebszugehörigkeit durch „Rotation“ oft gesteuert, bekämen etwa weder Weihnachtsgeld noch Jahresprämie und erhielten drittens insgesamt „die schlechtesten und schlecht bezahlten Arbeitsplätze“ (S. 167). Besonders betroffen waren Migrantinnen. Während beispielsweise ein Aufstieg innerhalb des Betriebs männlichen Migranten vereinzelt gelang, war gleiches für Migrantinnen praktisch unmöglich.

Übergeordnet war es eine auf Rassismus und Geschlechterverhältnissen beruhende Segmentierung der Arbeit, die zum selbstorganisierten „wildem“ Streik im August führte. Diesem gingen allerdings zwei Streiks bei Pierburg voraus. 1969/70 protestierten bei selbstorganisierten Streiks jugoslawische Arbeiterinnen (ausschließlich Frauen) in erster Linie gegen die Wohnverhältnisse.

Die Frauen wehrten sich gegen massive Einschränkungen im Privatbereich; so sah die Hausordnung der Wohnheime, in denen sie lebten, vor, dass „peinlichste Sauberkeit“ zu halten sei, „das Anbringen von Bildern und dergleichen“ eine Zustimmung der Hausleitung bedürfe oder es verboten sei, ohne Genehmigung des Hausmeisters Besuch zu empfangen (S. 93f.). Die Frauen hatten Erfolg: Nach und nach wurden die Wohnheime abgebaut und auch die niedrigste Lohngruppe (Lohngruppe I) abgeschafft, was zu einer – wenn auch geringen – Lohnerhöhung führte. Hier gab es bereits Solidarisierungen der deutschen Arbeiterinnen. Wenige Monate vor dem Auguststreik gab es im Juni 1973 einen weiteren spontanen Streik, in dem neben zahlreichen anderen Forderungen zentral die der Abschaffung der Lohngruppe II sowie die Erhöhung des Lohns für alle um eine Mark waren. Der Streik dauerte nur zwei Tage, da Pierburg durch kleinere Gehaltsaufbesserungen den Streik unterlaufen konnte. Der Unternehmensleitung war viel daran gelegen, die Lohngruppe II zu erhalten und die Kosten der Arbeitskraft weiterhin niedrig zu halten. Zudem sollten im Herbst 300 schon länger bei Pierburg arbeitende Migrantinnen entlassen und durch neue – und dadurch günstigere – Arbeiterinnen ersetzt werden.

Gegen diese geplanten Entlassungen richtete sich zunächst der Streik von 200 bis 300 Arbeiter_innen, die am Montag, dem 13. August 1973, zur Frühschicht die Arbeit nicht aufnahmen. Viele Arbeiter_innen in der Fabrik solidarisierten sich nach der Frühstückspause mit den Streikenden vor der Fabrik: 600 schlossen sich an, womit die Produktion lahmgelegt war. Der Streik dauerte die ganze Woche und viele deutsche Arbeiter_innen, auch einige Facharbeiter, solidarisierten sich.

Der Streik wurde von heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei begleitet, die sich schnell herumsprachen, einige Journalist_innen auf den Plan riefen und so ihren Weg bis in die Tagesschau fanden. Binnen kurzer Zeit solidarisierten sich auch viele Neusser Bürger_innen und unterstützten die Streikenden aktiv. Auch die IG Metall in Neuss, die zwar offiziell den Streik nicht unterstützen konnte, erklärte sich solidarisch. Durch die Gefährdung der Automobilproduktion bei Ford und Opel durch die Streiks bei den Zulieferern Pierburg und Hella schaltete sich ein Arbeitgebervertreter ein, was den Druck auf Pierburg erhöhte. Und tatsächlich, der Streik hatte großen Erfolg: Fünf Tage nach Streikbeginn wurde verkündet, die Lohngruppe II falle weg und es werde Lohnzuschläge von 53 bis 65 Pfennige geben. Die Streikenden erklärten sich bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Solidarisierungen

Das Buch erinnert an den Streik und vermittelt durch viele Originaldokumente einen Eindruck der Atmosphäre des Kampfes vor vierzig Jahren. Aus heutiger Sicht lohnt es sich, den Streik genauer unter die Lupe zu nehmen, denn anders als beim bekannten Ford-Streik kam es zu Solidarisierungen seitens der deutschen Arbeiter_innen. Die Migrantinnen bei Pierburg forderten Solidarität ein in ihrem Kampf gegen eine durch Rassismus *und* durch Geschlechterverhältnisse geprägte Organisation der Arbeit, etwa als sie diejenigen Arbeiter_innen, die weiterarbeiteten, mit Rosen beschenkten, aber klar die Bitte um Mithilfe beim Streik formulierten. Eine damalige Gewerkschaftsjugendvertreterin beschreibt in einer Rückschau im Buch eindringlich, wie sie Tränen in den Augen hatte, als am Donnerstag die Kolleg_innen des Werkzeugbaus nach 9 Uhr ihre Arbeit niederlegten und mit erhobenen Rosenstrauß sich solidarisierend auf die Streikenden zgingen.

Die gelungene Solidarisierung gelang nicht zuletzt dank eines linken Betriebsrats, der es nach jahrelangen Kämpfen im Jahr 1972 schaffte, den alten unternehmerfreundlichen Betriebsrat abzulösen, was sich wesentlich auf die Repräsentation auswirkte. War die Mehrheit des Vertrauenskörpers zu diesem Zeitpunkt bereits mehrheitlich durch Migrant_innen besetzt, wurde bei der Zusammensetzung des Betriebsrats darauf Wert gelegt, dass mindestens 50 Prozent Migrant_innen und eine Person pro Nationalität vertreten waren. Außerdem wurden Informationsflugblätter in allen Sprachen der im Betrieb Beschäftigten verteilt und die

Betriebsversammlungen in allen Sprachen abgehalten, auch wenn diese dadurch durchschnittlich knapp fünf Stunden dauerten.

Der Betriebsrat widmete sich außerdem Problemen, die nicht konkret die Arbeit betrafen, „sondern auch die Probleme der Wohnung, Ausbildung, des Kulturlebens, der rechtlichen Situation“ (S. 170). So forderte der Betriebsrat unter anderem die Garantie einer akzeptablen Wohnung und die sofortige Aufhebung der seit 1973 erlassenen Beschränkungen wie Arbeits- und Aufenthaltserlaubnisse, Bevorzugung von Deutschen bei der Arbeitsplatzvergabe, Zuzugsbeschränkungen in Ballungsgebieten und die diskriminierende Kindergeldregelung.

Die Erfahrung des gemeinsamen Kampfes

Imposant an dem Buch ist die fühlbare Freude an der Solidarität und am gemeinsamen Kampf. Das gelingt zum einen durch den beiliegenden Dokumentarfilm aus dem Jahr 1975, der die Geschichte des Streiks und der Solidarität in Bilder packt und es schafft, die Atmosphäre auch emotional fassbarer zu machen. Das gelingt zum anderen durch die zahlreichen Originaldokumente im Buch. Zwar hätten diese besser kontextualisiert werden können – bei manchen Dokumenten braucht es eine gewisse Zeit bis sich Indizien verdichten, von wem und wann der Text verfasst wurde. Schade ist zudem, dass nur wenige eigens für das Buch verfasste Texte aus heutiger Sicht die Ereignisse reflektieren, weshalb kaum thematisiert wird, was aus den Streikenden von damals geworden ist. Dennoch: Die Fülle an Originaldokumenten fängt durch ihre Sprache und ihren Stil eindringlich gefühlte und gelebte Solidarität authentisch ein. In einem dokumentierten Streikbericht eines linken Gewerkschafters heißt es:

„Plötzlich ist ein türkischer Dudelsackspieler da, im Werk auf dem Hof und vor dem Werk bilden sich Gruppen aus Männern und Frauen aller Nationalitäten und man beginnt zu tanzen. Die Deutschen machen mit, hilflos am Anfang, aber die Mädchen zeigen ihnen, wie man die Füße setzen muß. ‚Dies ist der schönste Tag meines Lebens‘, sagt ein älterer deutscher Arbeiter, ‚heute halten wir alle zusammen, das habe ich noch nie in meinem Leben erlebt. Pierburg kann uns nicht schaffen!“ (S. 23)

Der Streik bei Pierburg ist, wie Manuela Bojadzijeve (2008) in ihrer umfangreichen und ausgezeichneten Studie „Die windige Internationale“ (siehe die [Rezension von Katharina Schoenes](#) in dieser Ausgabe) festhält, ein Beispiel dafür, wie rassistische Spaltungen unterlaufen werden konnten – trotz der Strategien der Unternehmensleitung, staatlicher Apparate und der Presse, die Kampfbereitschaft der Belegschaft zu schwächen. Dies gelang, da

„Migrantinnen beharrlich auf Allianzen setzten und Solidarität einforderten. Die hatten sie durch gezielte Interventionen erreicht: durch Besuch der Kneipen, die sie sonst nicht frequentierten, durch Einfluss auf die deutschen Facharbeiter, durch die temporäre Aneignung der Fabrik, die zumindest für einen Tag festartigen Charakter erhielt“ (Bojadzijeve 2008, S. 170).

Der Band hält diese Momente der Solidarität fest und würdigt mit hoher Authentizität einen kurzen Augenblick des gelungenen Widerstands, der Platz finden sollte im kollektiven Gedächtnis der Linken.

Zusätzlich verwendete Literatur

Bojadzijeve, Manuela (2008): Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration. Westfälisches Dampfboot, Münster.

Karakayali, Serhat (2005): Lotta Continua in Frankfurt, Türken-Terror in Köln. Migrantische Kämpfe in der Geschichte der Bundesrepublik. In: Grundrisse 14 (2/20015). Online [hier](#).

Dieter Braeg (Hg.) 2012:

"Wilder Streik - das ist Revolution". Der Streik der Arbeiterinnen bei Pierburg in Neuss 1973.

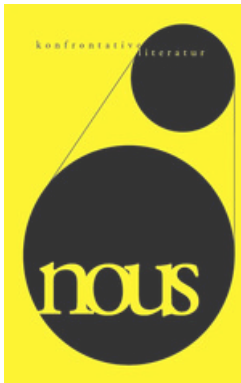
Die Buchmacherei, Berlin.

ISBN: 978-3000399046.

178 Seiten. 13,50 Euro.

Zitathinweis: Sebastian Friedrich: Noise bei Pierburg. Erschienen in: Umkämpfte Migration. 30/ 2013, ...können wir nur selber tun!. 45/ 2017, Transformationen – Kapitalismus und Arbeit im Wandel. 55/ 2020. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1165>. Abgerufen am: 14. 04. 2020 12:07.

Und plötzlich stürzte mein Vater bei der Arbeit



Autor*innenkollektiv nous
nous – Konfrontative Literatur
10. Ausgabe, 2020

Wie steht es um den Anspruch eines jungen Redaktionskollektivs, neuer klassenbewusster Literatur und politischer Ästhetik eine Bühne zu bieten?

Rezensiert von [Maja Tschumi](#)

„Während ich den Löffel aus dem Mund zog, blickte ich aus dem Fenster und bemerkte die schiefe Haltung von Vater. Zwischen den Mietgaragen, die wir uns nicht leisten konnten, warf er seinen Fuss mit einer Eigenart nach vorn, als wäre sein rechtes Bein knieabwärts aus Pappe. (...) Mit jedem Schritt konnte er umknicken und stürzen. Das erschütterte mich. Ich spürte eine Mischung aus Scham und Wut.“ (S. 183)

Ein Junge sieht seinen Vater zur Nachtschicht in die Fabrik gehen und verliert auf einmal den kindlichen Glauben an dessen Unverwundbarkeit. Mit dieser Anekdote beginnt das Manifest des Schriftsteller*innen- und Autor*innen-Kollektivs *nous* in der zehnten Ausgabe ihrer gleichnamigen Zeitschrift, niedergeschrieben von Mesut Bayraktar, einem Redaktionsmitglied. Es widmet sich der Frage: Warum konfrontative Literatur? Der kurze Einblick legt einen persönlichen Bezug zur Arbeiter*innenklasse nahe und gibt der Literaturproduktion die Funktion einer Zeugenschaft als Nachkommen.

Das schockierende Eingeständnis der Verletzlichkeit des (arbeitenden) Vaters ist ein Motiv, das wir auch bei anderen zeitgenössischen Autor*innen wie dem französischen Schriftsteller Édouard Louis vorfinden. Dieser Schock führt zu Scham und zu Wut: Scham darüber, dass sich der Vater nicht wehrt und Wut über die ungerechten Ausbeutungsverhältnisse. Das Motiv dient dazu, die Zerstörungskraft der kapitalistischen Klassengesellschaft mittels der zerstörten Körper, Psychen und Beziehungen der (Gast)Arbeiter-Väter darzustellen. Zugleich manifestiert es die persönliche Suche nach diesen Vätern, zu denen die Verbindung wegen sozialem Aufstieg oder Sprachbarrieren abgebrochen oder zerrüttet ist. Auch beim Manifest von *nous* ist dieses Thema zentral.

Konfrontative oder politische Literatur soll, wie das Kollektiv schreibt, den Kampf gegen diese Ungerechtigkeit aufnehmen, die den Vätern – und mit ihnen auch den Frauen, den Migrant*innen und allen anderen Entrechteten – widerfahren ist; die sie entfremdet, ausgebeutet und vergessen hat. Mit erhobenem Stift wollen sie sich wehren, anklagen, aufzeigen – konfrontieren. Werden sie ihrem Anspruch gerecht?

Für eine klassenbewusste Literatur

Neben dem Manifest, mit dem sich das Kollektiv selbst eine klare Richtung und Haltung geben möchte, versammelt die Ausgabe eine ganze Bandbreite von Texten verschiedener Genres, die

nicht alle politisch und nicht alle von gleicher Qualität sind. Die meisten von ihnen sind aus der Redaktion selbst, es gibt wenige Gastbeiträge. Es zeugt zum einen von der unorthodoxen Arbeitsweise des Kollektivs, dass die Ausgabe es ermöglicht, sowohl Geschichten über einen Grafen aus dem Mittelalter als auch über intellektuelle Selbstreflexionen mit marxistischen oder ideologiekritischen Analysen zusammenzubringen. Gleichzeitig weicht es aber die politische Haltung des Bandes und des Kollektivs insgesamt etwas auf.

In einer Zeit, in der die linken Parteien international um ihren Bezug zur Klasse ringen, den sie seit Jahren (oder auch Jahrzehnten) an die rechtspopulistischen Formierungen verlieren und in der die Kulturproduktion zunehmend marktgerecht sein muss, erscheint es wichtig und richtig, sich *nous'* Vorschlag einer neuen klassenbewussten Literatur genauer anzuschauen. Das Manifest enthält im Wesentlichen sechs Punkte. Aus den philosophischen Kokons herausgeschält könnte man sie wie folgt fassen:

I. Ausgangspunkt des Schreibens von konfrontativer Literatur ist der persönliche Bezug, die persönliche Konfrontation.

II. Es geht darum, eine materialistische Sprache zu finden. Nicht die Sprache soll die Welt definieren, sondern die Sprache soll die Welt und die Lebenszusammenhänge in einer Klassengesellschaft wiedergeben. Und zwar speziell dort, wo Ohnmacht der Sprache – bei den migrantischen Eltern oder verstummten Arbeitenden – herrscht, soll sie Verständnis schaffen und die trennende Sprachlosigkeit überwinden.

III. Die Konfrontation der Klassen soll im Geschriebenen dargestellt werden. Es soll um die Orte und Geschichten gehen, wo Klassen und Klassenkampf sichtbar und spürbar ist. Konfrontative Literatur muss fragen: Wer ist heute die Klasse? Nur so kann Literatur einen Beitrag zur Vision einer klassenlosen Gesellschaft leisten.

IV. Konfrontative Literatur soll auch die Leser*innenschaft konfrontieren und sie zum Nachdenken über ihre eigenen Klassenposition anregen. Sie soll investigativ vorgehen, Wirklichkeit darstellen und Empathie schaffen für ihre Held*innen und die von ihnen erlebte Gewalt, Unterdrückung und Ausbeutung aufzeigen.

V. Subjekte der Geschichten sind die „Besiegten, die Geschlagenen, die Gedemütigten“.

VI. Die konfrontative Literatur lernt aus ihrer Geschichte, der Geschichte der klassenkämpferischen Literatur.

Das Manifest mit seinen Überlegungen ist ein wichtiger Beitrag zu einer Diskussion der gegenwärtigen politischen Ästhetik. Spätestens mit der Corona-Krise besteht kein Zweifel mehr an der Krisenanfälligkeit des Kapitalismus und daran, dass sie am Ende mit der Aufforderung „Seid solidarisch!“ auf die Lohnarbeitenden abgewälzt wird. Vielleicht aber ist es sogar diese Krise, die der neoliberalen Ära ein Ende bereitet. Wir brauchen Geschichten über die sozialen Zerwürfnisse und die Kämpfe dagegen. Wir brauchen eine klassenbewusste Kultur. Und dieses Manifest fordert die Rückkehr zu einem politischen und sozialen Realismus! Das ist ein wichtiger Vorstoß. Allerdings enthält das Manifest sehr viele philosophische Anspielungen, die den Text unnötig verkomplizieren. Das Kollektiv, das aus sechs Männern und zwei Frauen besteht, gendert nicht und es erwächst zudem der Verdacht, dass die Autor*innen neben der Klassenfrage und ihrer Beschäftigung mit den Vätern die Geschlechterfrage und die Beziehungen zu ihren Müttern und Freundinnen* vergessen, die als Frauen* doppelt ausgebeutet werden. Man müsste das Manifest daher dringend auch um den Punkt der Intersektionalität ergänzen.

Die Klasse ist noch nicht besiegt

Ein schönes Gedicht im Band ist „Es ist stickig drinnen“ von Andrej Bill, in dem es um gehorsames

Schweigen geht. Es beschreibt das Gefühl, innerhalb eines Betriebes einer Art Sprachzensur, also permanenter dicker Luft, ausgesetzt zu sein. Wer hier Kritik am Chef, am Arbeitgeber oder gar den Arbeitsbedingungen äußert, kann schon mal den Job riskieren. Das ist zwar kein direktes Verbot, aber eine marktförmige, demokratietaugliche Aufforderung zur Selbstzensur. Dem Arbeiter im Gedicht scheint es unmöglich, daraus auszubrechen. Diese Ohnmacht ist an mehreren Stellen des Bandes zu lesen.

Im Manifest ist die Klasse mit den Worten „die Besiegten, die Geschlagenen, die Gedemütigten“ umschrieben. Daran knüpft auch der Beitrag von Mesut Bayraktar mit dem Titel „Besiegte“ an. Die Geschichte erzählt von einem türkischen Familienvater der „Gastarbeiter*innen“-Generation der 60er Jahre und der Demütigung, die er auf dem Arbeitsamt erlebt. In der Geschichte geht es weniger um den Grund, warum er, Yürekli, überhaupt zum Arbeitsamt muss, als vielmehr um seine Empfindung von Ohnmacht gegenüber dem bürgerlichen bürokratischen Apparat und seiner Resignation und Vereinzelnung als Arbeiter. Er fühlt sich wie ein gebrochener Bittsteller, nicht wie einer, der ein Recht auf Arbeitslosengeld hat. Der Erzähler beschreibt an seinem Beispiel die Gefühlswelt eines Arbeiters – mit marxistischen Kategorien. Dadurch wirkt dieser Yürekli stellenweise eher wie eine Abziehfigur, anstatt einer Person aus dem realen Leben. Er wolle „doch nur ein guter Vater sein und ein guter Ehemann, ein Held (...) für seine Kinder“ (S. 118), will er zuhause seinem Sohn erklären. Doch statt ihm entgegenzutreten, schweigt er, betrachtet seinen Körper im Spiegel und betäubt dann seine Entfremdung im Alkohol. Eine traurige Geschichte. Doch wo ist hier die Konfrontation? Woher kommt dieser allwissende Erzähler, der sich in den Vater einfühlt und ihn irgendwie bemitleidet? Kurzum: Warum ist die Geschichte nicht aus der Sicht des Sohnes erzählt? Würde das nicht mehr Widersprüche zulassen; würde es nicht die tatsächlich relevante Frage stellen, was wir, die wir noch nicht aufgegeben haben, heute aus diesem Schicksal lernen? Nicht zuletzt ließe dies auch eine andere Perspektive zu: eine, in der wir nicht die Besiegten sind, sondern den Kampf noch vor uns haben.

Autor*innenkollektiv nous 2020:

nous – Konfrontative Literatur. 10. Ausgabe, 2020.

ISBN: 978-3-9821581-0-5.

198 Seiten. 10,00 Euro.

Zitathinweis: Maja Tschumi: Und plötzlich stürzte mein Vater bei der Arbeit. Erschienen in: Transformationen – Kapitalismus und Arbeit im Wandel. 55/ 2020. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1603>. Abgerufen am: 14. 04. 2020 12:07.

Keinen Dank, sondern Respekt!



Kutlu Yurtseven / Rossi Pennino

Eine ehrenwerte Familie

Die Microphone Mafia – Mehr als nur Musik

Zwischen Kommerzialisierung und Rassismus sucht die migrantische Hip-Hop-Szene nach politischer Haltung und eigenständiger künstlerischer Praxis.

Rezensiert von [Çağan Varol](#)

Würde es sich bei dieser Band-Biographie allein um die Geschichte einer der ältesten noch aktiven Hip-Hop-Crews Deutschlands handeln, könnte man die Relevanz für die kritische Rassismus- und Migrationsforschung kleinreden und sich damit begnügen, Musik- und Kulturwissenschaftler*innen den Vortritt zu lassen. Doch was Kutlu Yurtseven und Rossi Pennino zu ihrem 30-jährigen Jubiläum gelingt, ist eine Geschichte aus der Perspektive der zweiten Generation der sogenannten Gastarbeiterkinder zu schreiben. Diese Jugendlichen suchten und fanden im Hip-Hop, angelehnt an ihre Schwarzen Vorbilder aus den USA, ihre künstlerische und politische Befreiung.

Das 227 Seiten starke Buch ist in zwei Teile gegliedert und auf überzeugende Weise konzipiert. Der erste Teil ist eine Hommage an die Eltern. Der zweite, längere Teil beschreibt die Höhen und Tiefen der drei Jahrzehnte von Microphone Mafia seit ihrer Gründung 1989. Gastbeiträge und Grußworte von befreundeten Rapper*innen und Aktivist*innen ergänzen die Erzählungen der beiden Autoren. Von ehemals sechs Crewmitgliedern sind nach gut 30 Jahren nur noch Kutlu Yurtseven und Rossi Pennino als Kernduo erhalten geblieben. Meistens ist es aber nur noch Kutlu Yurtseven, der die Mafia repräsentiert. Einen besonderen Abschluss erhält das Buch im letzten Teil, wo die Zeit nach dem Bombenanschlag in der Keupstraße in Köln-Mülheim und die Kämpfe, die sich daraus ergaben, reflektiert werden. Immer wieder betonen die beiden, wie wichtig der Zuspruch ihrer Eltern für die Entwicklung ihrer Musik und ihrer politischen Haltung war. „Junge, ich weiß zwar nicht, was ihr da macht, aber mach weiter, deine Augen glänzen“ (S. 65), sagte Kutlus Vater nach seinem ersten Konzert. Doch die Beziehung zur Elterngeneration blieb bis zu Kanak Attak-Zeiten ambivalent, da man die Eltern zunächst als Ja-Sager beziehungsweise als Opfer verstand.

Testa Nera/Karakafa (Schwarzkopf)

Der Weg der Mafia führte Ende der 1980er Jahre raus aus den Jugendclubs und hinein in die professionelle Festivalszene. Hier wurde man weitergereicht an die kommerzielle Musikbranche, wie Sony und BMG, die sie als „Multikulti-Gegenentwurf“ (Hannes Loh, S. 82) zur neo-faschistischen Pogromatmosphäre nach der Wiedervereinigung Deutschlands in Stellung brachte. Doch als die Medien von antirassistischen Statements genug hatten und sich nicht mehr in der Pflicht sahen, rassistische Gewalt anzuprangern, wurde aus der gehypten Mafia wieder eine Hinterhofband aus Köln-Flittard, die von vorn anfangen musste. Sie tourte mehrere Jahre in Deutschland herum, verkaufte CDs aus dem Kofferraum heraus, schlief im Auto und ging am nächsten Tag wieder in der Bayer-Kantine arbeiten. Hannes Loh schreibt dazu:

„Vier Schwarzköpfe mitten im Deutschrap-Boom, das war zu eigen, zu exotisch, zu politisch. Andere Künstler hätten solche Erfahrungen verbittert. Die Mafia machte etwas anderes: Sie erweiterte ihren Humanismus, baute eigene Strukturen auf und verbündete sich mit Gleichgesinnten.“ (S. 82)

In der Hochphase der „Arsch huh – Zäng ussenander“-Konzerte gegen Rassismus Anfang der 1990er Jahre war die Mafia sehr präsent. In Radiointerviews fragte man sie aber nicht nach ihrer Musik, sondern nach ihrer Herkunft und lobte sie, wie gut ihr Deutsch sei. Nach dem Brandanschlag in Lübeck 1996, bei dem zehn Menschen starben, wurden sie von der Stadtverwaltung zu einem Konzert gegen Rechts eingeladen und Tage später wieder ausgeladen, als man Nazis als Verdächtige wieder ausgeschlossen hatte. Es ging der Stadt immer nur um ihr Ansehen und nie um die Opfer und Überlebenden, schreiben die Autoren.

Irgendwann Ende der 1990er Jahre kreuzte sich ihr Weg mit Kanak Attak. In diesem Zusammenschluss sieht Kutlu einen wichtigen Beitrag für die Rückbesinnung auf die Geschichte der Migration, die Kämpfe ihrer Eltern und deren Geschichten. Im Gegenzug erkannten auch langjährige Aktivist*innen der Kanak-Attak-Bewegung in der solidarischen Haltung der Microphone Mafia, wie ihren Gewerkschaftskonzerten, ihrem selbstbewussten Auftreten, und der Tatsache, dass sie nicht in die „Ethnofalle“ gelaufen sind (Imran Ayata, S. 102) große Gemeinsamkeiten. Lange bevor Kanak Attak den „nach Anerkennung heischenden Dialog mit der deutschen Integrationskultur aufkündigte“ (Massimo Perinelli, S. 188), hatte die Mafia vorgemacht, wie politische Haltung und künstlerische Praxis zusammengebracht werden kann. Daher war es ein natürlicher Zusammenschluss, in dessen Zuge Lieder wie „Denkmal“ entstanden. Als sich Anfang der 2000er Jahre Aktive aus den autonomen Zentren an die Mafia für einen Hip-Hop-Jam wandten, waren sie natürlich mit dabei. Aber Konflikte blieben nicht aus. Die Rapper aus der Kölner Vorstadt kannten die richtigen politischen Vokabeln nicht, sie sprachen eine andere Sprache: die der Jugendzentren. Da haute man Sprüche raus, die manch einen verletzten. Als sie für eine homophobe Liedzeile kritisiert wurden, wie „in deinen Arsch...“, waren sie „schockiert“, änderten zunächst die Zeile und spielten nach einer gewissen Zeit das Lied gar nicht mehr (S. 112). Ausschlaggebend war dabei die konstruktive Art, auf der ihnen ein Spiegel vorgehalten wurde, anstatt mit ihnen überfordert zu sein oder sie sofort anzugreifen. Während die Gesellschaft sie als ewig Fremde, als rappende Gastarbeiterkinder und als „Lustobjekt sozialer Studien“ betrachtete, war es wichtig, dass auch Antirassist*innen vom hohen Ross herunterkommen und die Geschichte der Rapper, trotz der Herausforderungen ihren Liedtexten verstehen (Chaoze One, S. 109 f).

Kindheit, die Bejaranos und die Kontinuität rassistischer Praxen

Kutlu und Rossi hatten laut Eigenaussage eine schöne Kindheit. Beide leben heute ein normales Familienleben, ganz wie ihre Eltern. Was im Buch doch ein wenig irritiert, ist das kölsche Heimatfeeling, das sich beispielsweise im Stolz auf einen Song mit der Kölsch-Karnevalsband „Die Hühner“, einem Kölner-Sein-Ethos und anderen Facetten des folkloristischen Lokalpatriotismus ausdrückt. Bezeichnend ist der Song „Heiß wie die Hölle, direkt für euch aus Kölle“ aus dem späten Album „Infernalía“. „In unseren Adern fließt kein Blut, in unseren Adern fließt der Rhein“, heißt es da. Aber sollte man es der Mafia verübeln, dass dieses Köln bei ihnen zu gut wegkommt?

Die Reise der Mafia geht in den 2000er Jahren weiter. Im Jahre 2007 klopfen sie bei den Coincidence-Musiker*innen Edna, Yoram und Esther Bejarano an. Zuvor hatte Kutlu Y. angefangen, Erinnerungsarbeit zum Holocaust an Schulen zu machen und Rap-Workshops zu geben. Der Kontakt ergab sich, weil man Texte von Menschen, die in Konzentrationslagern inhaftiert waren, musikalisch bearbeiten wollte und um niemanden zu verletzen, auf der Suche nach Personen war, die einem sagen konnten, ob man zu weit ging oder nicht. Der Anruf bei Yoram Bejarano war zunächst ernüchternd. Nein, von Rap halte man nicht viel. Und warum „die Mafia“ jetzt bei ihnen anrufe, wollte die Musikerin und Holocaustüberlebende Esther Bejarano wissen.

Was für einen bekloppten Bandnamen man doch habe. Die Mafia blieb freundlich, aber hartnäckig und durfte zu den Bejaranos zu Besuch kommen. So fing es an, und so ziehen sich die Konzerte mit der Familie Bejarano bis heute. Die überzeugte Antifaschistin Esther Bejarano ist jetzt 95 Jahre alt und steht immer noch mit der Mafia auf der Bühne.

Als am 19. Januar 2001 in der Probsteigasse in Köln eine in einem Weihnachtsgeschenk versteckte Bombe des NSU explodierte und eine junge Frau schwer verletzte, hatte Kutlu das Al Dente Recordz Studio über dem Laden der angegriffenen Familie angemietet. Und als am 09. Juni 2004 in der Keupstraße vor dem Friseurladen von Özcan Y. eine Nagelbombe des NSU explodierte, wohnte Kutlu Yurtseven nur 250 Meter davon entfernt. Die Keupstraße wurde während der Ermittlungen, als „ausländisches kriminelles Milieu“ beschrieben, das sich Drogenhändler, Türsteher und Schutzgelderpresser untereinander aufgeteilt hätten. Die Bomben galten in dieser Sichtweise als Beweis dafür, dass hier ein internes Problem ausgetragen wurde. Die Ermittlungen zeigen deutlich den tief sitzenden Rassismus in Deutschland, der durch die Enttarnung des NSU offengelegt wurde. Die Behörden setzten die Bewohner*innen jahrelang unter Druck. Deutschland war für die erste Generation migrantischer Gastarbeiter*innen ein Sinnbild der Rechtsstaatlichkeit. Davon ist nach den Ermittlungen der Behörden und der Enttarnung des NSU lediglich ein Scherbenhaufen übrig geblieben.

Die Mafia setzte zusammen mit Refpolk ein künstlerisches Statement für die Aufarbeitung dieser Verbrechen:

Niemand wird vergessen/Hiç unutmamak

Deutschland, Kaltland, Mölln, blanker Hass

Arslan, Yılmaz, Opfer, Brandanschlag

NSU, Keupstraße, Köln, Attentat

Terror gut geplant, V-Mann Nazipack

für die Gesellschaft Betroffene Fehler

Polizei vorn dabei, Opfer zu Tätern

schuldig fühl´n, Ohnmacht, schweigen, schämen

isoliert, schikaniert, eingekreist, Gegner

....

Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda, Mölln, Solingen

höre noch die Schreie durch die Nacht klingen

Häuser, die brennen, Menschen, die rennen

geistige Brandstifter, die Nazis lenken

Opfer werden Täter, Faschos verschont

Mauerfall bis Nagelbombe, das hat Tradition

Özüdoğru, Şimşek, Taşköprü, Yozgat

Boulgaridis, Kubaşık, Turgut, Burak

Yaşar, Arslan, Yılmaz, Genç

in jeder der Seelen ein Schmerz, der brennt

Keupstraße, Probsteigasse, Terror

VS, Polizei, blanker Horror

autarkes Denken, autarker Protest

Fremde, Freunde in Inis vernetzt

ab jetzt gemeinsam mit Tat und Wort

niemand wird vergessen, Oury Jalloh es war...(Mord)

In Zeiten eines NSU 2.0, die Nebenklageanwält*innen aus Polizeirevieren heraus bedrohen, in Zeiten, in den Rechte Regierungspräsidenten ermorden und in der wieder einmal „verwirrte Einzeltäter“, in Schischa-Bars oder vor jüdischen Einrichtungen Massaker verüben, kann dieser

Songtext leider beständig weitergeschrieben werden. Das Ergebnis des NSU-Prozesses hat faschistische Banden motiviert statt zu frustrieren. Die Geschichte der Microphone Mafia, ihre künstlerische Praxis und ihre politische Haltung ist heute wichtiger denn je. Man kann der Mafia zum Schluss eigentlich nur danken. Dafür, dass sie uns nicht nur so viele gelungene Lieder hinterlassen haben, sondern auch die letzten drei Jahrzehnte als Antifaschisten, Künstler und kritische Beobachter dabei waren.

Kutlu Yurtseven / Rossi Pennino 2019:

Eine ehrenwerte Familie. Die Microphone Mafia – Mehr als nur Musik.

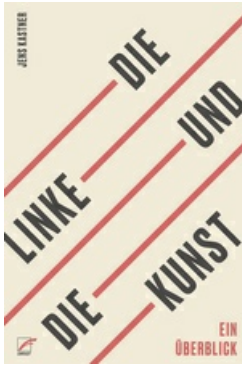
PapyRossa Verlag, Köln.

ISBN: 978-3-89438-703-7.

227 Seiten. 14,90 Euro.

Zitathinweis: Çağın Varol: Keinen Dank, sondern Respekt! Erschienen in: Transformationen – Kapitalismus und Arbeit im Wandel. 55/ 2020. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1604>. Abgerufen am: 14. 04. 2020 12:07.

Der Riss im Toilettendeckel



Jens Kastner
Die Linke und die Kunst
Ein Überblick

Wie das Nachdenken über Kunst die linke Theoriebildung voranbringt.

Rezensiert von [Kevin Grünstein](#)

Blickt man auf Adorno, Walter Benjamin oder Sartre ist ganz klar, dass sich deren Thesen nicht ohne ihre Auseinandersetzungen mit Kunst und Kultur denken lassen. „Linke TheoretikerInnen“, so Jens Kastner,

„haben aber auch ganz allgemein zur Rolle und Funktion von Kunst geschrieben und einzelne Arbeiten dabei nur sporadisch, bloß zur Bebilderung oder sogar gar nicht beschrieben. [...] Linke Theorie entwickelt sich also auch entlang von Kunst weiter, selbst dann, wenn sie sie nicht direkt zum Gegenstand hat.“ (S. 12)

Wenn dann selbst der *betrieb*-same Postoperaismus (siehe [kritisch-lesen.de #4](#)) vor Kunstwerken stehen bleibt und ihm ein theoretisches Ah und Oh entschlüpft, dann ist es wirklich an der Zeit zu schauen, was die Begriffe „Theorie“, „Linke“ und „Kunst“ strömungsübergreifend so in sich haben.

Im Dreischritt durch die Geschichte

Um seinen Überblick linker Kunsttheorien herauszuarbeiten, geht Kastner in einem strikten Dreischritt vor. Jedes Kapitel ist in drei Unterkapitel geteilt, in denen er dreierlei Fragen diskutiert:

„Erstens: Welches Verständnis von Kunst wird vertreten? (I) Zweitens: Welcher Stellenwert wird der so verstandenen Kunst in der Gesamtheit gesellschaftlicher Verhältnisse eingeräumt? Wie verhält sich die Kunst zu anderen Strukturbereichen und anderen Praktiken, die nicht Kunst sind? Und welche Kunst ist überhaupt gemeint? (II) Und drittens: Was wird von der Kunst erwartet? Ist sie Teil emanzipatorischer Veränderungen oder steht sie ihnen im Wege? (III)“ (S. 21)

Wenn Kastner vom gesellschaftlichen Stellenwert der Kunst zur ihrer emanzipatorischen Kraft (oder Schwäche) kommt, führt die schematische Abfolge an einigen wenigen Stellen zu Redundanzen – umgekehrt muss der Überblick notwendigerweise kürzen. Mit „Kunst in der poststrukturalistischen Theorie“ sind (der frühe) Foucault, Kristeva, Deleuze und Guattari, Rancière und nochmal Foucault (diesmal der späte mit seiner „Kunst des Selbst“) gemeint. Das sind ein paar Jacques' zu wenig – und doch funktioniert's. Derridas Dekonstruktion von Poesie und Philosophie bleibt so sehr auf der Strecke wie Lacans wiederkehrende psychoanalytische Rückgriffe auf Kunstwerke. Roland Barthes und Susan Sontag werden in Fußnoten abgefertigt, als hätten sie nichts zur Fotografie oder „gegen Interpretation“ geschaffen. Typen wie John Berger passen scheinbar zu überhaupt keinem Kapitel. So be it, beeindruckt Kastner doch umso mehr damit, Strömungen zügig umreißen und deutlich hervorheben zu können. Das ist auch für Außenstehende ohne Namedropping-Habitus leicht zu lesen.

Die drei Brüche

Kastner trägt die Forschungsstände über die einzelnen Theorieströmungen sauber zusammen und gerade darin ist der Überblick mehr als die Summe seiner Teile. Beim Beschauen der Theoriegeschichte sind dem Autor drei historische Brüche aufgefallen, drei Risse, die das linke Verständnis von Kunst entmystifiziert und transformiert haben. Lenin und Lukács zum Beispiel, aber auch Althusser, erkennen das gute, „authentische“ Kunstwerk einzig in Form einer (materialistischen) „Widerspiegelung“ der sozialen Realität an. Kein Wunder, dass der Marxismus-Leninismus ideologisch auf den Sozialistischen Realismus setzte. Spätestens mit dem Anspruch der Kritischen Theorie auf Nicht-Identität des Kunstwerks reißt die alte Traditionslinie ab. Ein zweiter Riss

„vollzieht sich vom Werk Walter Benjamins ausgehend über die Positionen Raymond Williams' und Peter Bürgers bis zu Pierre Bourdieu. Es ist die Spaltung in marxistische Ästhetik auf der einen und materialistische Kunstsoziologie auf der anderen Seite [...]. Ohne die Genese, ohne Signale wie Ort und Gelegenheit (Raymond Williams), ohne die Institution Kunst (Peter Bürger), ohne die Logiken des Feldes (Bourdieu) lässt sich überhaupt nicht mehr feststellen, warum das eine bearbeitete Material als Kunstwerk wertgeschätzt, die durchschnittlichen acht Sekunden lang im Museum betrachtet und/oder teuer verkauft wird und warum das andere bearbeitete Material nur ein Gebrauchsgegenstand ist, wie er gewöhnlicher nicht sein könnte.“ (S. 263)

Mit anderen Worten: Der zweite Theoriebruch, die Kunstsoziologie, versucht zu erklären, wieso Duchamps *Pissoir* als Kunst gilt, dein Toilettendeckel aber nicht. Der dritte Riss ist noch machtkritischer und schneidet Kunstproduktion und -rezeption hinsichtlich ihrer „soziopolitischen Dimensionen“ auf: „Kurz, Kunst wird als Privileg begriffen“ (S. 266), ein Privileg, das Ein- und Ausschlüsse auf sexistischen, rassistischen und klassistischen Achsen schafft. Kastners Nachweis dieser drei historischen Risse ist instruktiv, ein systematisiertes Sahnehäubchen und eine geschlossene Forschungslücke. Sein Buch ist also ein Must-have für jede Universitätsbibliothek. So weit, so löblich.

Kombiniere, kombiniere

Doch besitzt der Überblick darüber hinaus auch einen performativen Überschuss, eine Stärke, die nicht vollends zur Geltung kommt, wenn man ihn bloß von vorn nach hinten durchliest? „Die Linke und die Kunst“ ist im besten Fall nämlich ein Werkzeug, das – ausgerechnet – durch seinen Schematismus funktioniert. Da alle Kapitel gleich aufgebaut sind, können wir sie sozusagen übereinanderlegen und abgleichen. Wie bei einer alten „Tante Helene Küchenkräuter-Mühle“ – dem Blechschild, bei dem man zwei übereinandergelegte, mit Nahrungsmitteln beschriftete Scheiben dreht, bis sie fürs Gericht passende Kräuternamen preisgeben – können wir zum Beispiel das Kunstverständnis des frühen Anarchismus im Verhältnis zur Black-Liberation-Bewegung lesen und deren Synergien betrachten. Sowohl das, was in der Forschung noch keinem Abgleich unterzogen wurde, als auch die historischen Fäden, die Kastner selbst nicht explizit zusammenfügt, lassen sich durch die Buchlogik spielerisch im Wechsel betrachten. Während der theoretische Abstand von Kritischer Theorie und Poststrukturalismus, Adorno und Foucault, längst von allen Seiten ausgemessen ist, sorgt das Buchformat selbst zwischen Lenin und bell hooks für Kreuzbarkeiten. Eine solche Lektüre erlaubt, die zunächst am abwegigsten erscheinenden Verbindungen herzustellen: Sánchez Vázquez, Guy Debord, Angela McRobbie können auf wenigen, dichten Seiten knisternde Kommunikationslinien mit Gayatri Chakravorty Spivak, Walter Benjamin und Hardt/Negri bilden.

Das ist weit mehr als eine akademische Spielerei für noch mehr wissenschaftliche Abhandlungen, die noch kleinere Forschungslücken schließen wollen – das ist politisch! Wenn Kunst wirklich den emanzipatorischen Stellenwert für den Kampf um eine befreite Gesellschaft hat, den *alle* linken

Theorien ihr beimessen, dann können und müssen wir aus den Kurzschlüssen einzelner Strömungen lernen. Blinde Flecken einer Theorie erhellen sich im Abgleich mit anderen. Das Buch besitzt damit eine quasi-digitale Qualität, es ist ein Generator: Die Kapitel 01 bis 11 bilden seine Kombinationsmöglichkeiten. Egal wen man mit wem kombiniert, in Dissenz oder in ungeahnter Übereinstimmung generiert „Die Linke und die Kunst“ den historischen, emanzipatorischen Austausch. Hoffnung und Kritik an Manet, Readymades und Drag-Performances miteinander zu fusionieren, ging noch nie übersichtlicher als hier.

Jens Kastner 2019:

Die Linke und die Kunst. Ein Überblick.

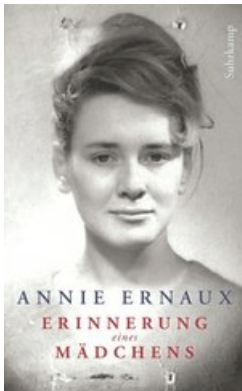
Unrast Verlag, Münster.

ISBN: 978-3-89771-271-3.

300 Seiten. 18,00 Euro.

Zitathinweis: Kevin Grünstein: Der Riss im Toilettendeckel. Erschienen in: Transformationen – Kapitalismus und Arbeit im Wandel. 55/ 2020. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1605>. Abgerufen am: 14. 04. 2020 12:07.

Das Gewicht der ersten „Liebesnacht“



Annie Ernaux Erinnerung eines Mädchens

Schreibend nähert sich Annie Ernaux Ereignissen von vor über 60 Jahren, die von Gender, Klasse und Scham erzählen.

Rezensiert von [Johanna Tirthal](#)

Sie sieht uns an. Das Mädchen sieht uns schon auf dem Einband an. Es ist ein altes Schwarz-Weiß-Foto, kleine Löcher an den Rändern weisen darauf hin, dass es früher in einem Ausweis steckte. Hintergrund und Schultern sind weich gezeichnet, das Gesicht ebenmäßig und klar. Hochgestecktes Haar. Sie ist hübsch. Der Blick ist weich, vielleicht nachdenklich, vielleicht verträumt. Annie Ernaux schreibt:

„Das Mädchen auf dem Foto bin nicht ich, aber sie ist auch keine Fiktion. Über niemanden sonst weiß ich so viel, niemanden sonst kenne ich so gut, weshalb ich zum Beispiel sagen kann, dass sie das Ausweisfoto an einem Nachmittag in den Winterferien hat machen lassen, beim Fotografieren auf der Place de la Mairie, zusammen mit ihrer besten Freundin Odile, dass sie die beiden Stirnlocken den Lockenwicklern zu verdanken hat, die sie jede Nacht trägt, und der sanfte Blick von ihrer Kurzsichtigkeit kommt – für das Foto hat sie ihre dicke Brille abgesetzt.“ (S. 19)

Annie Ernaux wird dieses Jahr 80 Jahre alt. In „Erinnerung eines Mädchens“ – autobiografischer Roman und zugleich analytisches Essay – beschreibt sie die Erlebnisse jenes Mädchens auf dem Ausweisfoto, das sie einmal war, vor über 60 Jahren. Es ist ein schmaler, konzentrierter und sprachgewaltiger Band. Erste sexuelle Erfahrungen prägen als Trauma die folgenden Jahre des Mädchens und das ganze Leben der Frau Annie Ernaux. Dieses Trauma beeinflusst alles, ist aber zugleich eine Leerstelle, an die schreibend nur schwer heranzukommen ist. Ernaux beschreibt die Schwierigkeiten, erwähnt die vielen Male, die sie schon „über das Mädchen von S.“ (S. ist die Ferienkolonie, in der alles geschah) oder „Das Mädchen von 58“ zu erzählen versuchte. Sie hat Angst zu sterben, bevor sie es geschafft hat, über das Mädchen zu schreiben. Sie vermutet sogar, es sei diese Bedrohung, die es ihr letztendlich ermöglicht, damit zu beginnen.

Sozialgeschichte zwischen den Zeilen

Sie vertieft sich in Details. Einerseits, um dem Geschehenen besser gerecht zu werden – andererseits auch, um nicht gleich zum Punkt zu kommen, um dem Punkt auszuweichen. Diese Details machen zugleich eine Stärke des Buches aus. Gleich zu Beginn, noch lange bevor es um die prägenden Ereignisse in der Ferienkolonie geht, sorgen die wohlplatzierten Details für eine kunstvolle Mise-en-Scène von Frankreich 1958: Charles de Gaulle kehrt aus dem Exil zurück und tausende Rekruten werden nach Algerien geschickt. Der Kolonialkrieg wird mit einer Abfolge von scheinbar nebensächlichen Details umrissen und bekommt gerade dadurch eine größere Eindringlichkeit, als wenn das Grauen beim Namen genannt würde. Ein Prinzip, das sich durch den gesamten Text zieht. Die Details sind, wie nebensächlich sie auch wirken, stets klassenbewusst: In der Erinnerung daran, wo ein bestimmtes Kleidungsstück, das an einem bestimmten Tag getragen

wurde, gekauft wurde oder in einzelnen erinnerten Sätzen der Eltern, ist stets Sozialgeschichte miterzählt. Wir erfahren von der Stellung der Eltern, aufgestiegen von Arbeiter*innen zu Ladenbesitzer*innen, von ihrer begrenzten Sicht auf die Welt und der Distanz, die zur lesenden Tochter entsteht, die einmal Lehrerin, später Schriftstellerin sein wird. Kein Satz ist explizit politisch. Aber jedes Detail ist politisch – eine Art zu erzählen, die auch Annie Ernaux' andere Bücher wie „Das bessere Leben“, aus dem Didier Eribon gerne zitiert, oder „Die Jahre“ ausmacht.

Schmerzliche Distanz

Wenn Annie Ernaux über „Das Mädchen von 58“ schreibt, schreibt sie nie „ich“. Sie bleibt in der dritten Person und reflektiert das auch. Das erzeugt Distanz und Nähe zugleich. Distanz der Autorin zu ihrem früheren Ich, die ihr eine genauere Analyse ermöglicht. Und Nähe zwischen der Leserin und dem Mädchen. Trotz der über 60 Jahre Abstand ist es leicht, sich in dem Mädchen wiederzuerkennen: Die Aufregung vor dem ersten Sommer weg von zuhause, die Mischung aus Vorfreude und Angst, mit der man der Möglichkeit, Sex zu haben, entgegenblickt. Das Verhältnis zur eigenen Mutter, deren Blick man sich um jeden Preis entziehen will und deren Leid am Abschied einen trotzdem schmerzt, doppelt schmerzt wegen der unüberwindbaren Distanz, die durch die Überschreitung der Klassengrenzen entsteht.

Annie Ernaux stützt sich auf ihre Erinnerung, aber auch auf Fotos, die sie ausführlich beschreibt und auf Briefe, die sie an Freundinnen schrieb und die sie zur Recherche von den Adressatinnen zurückbekommen hat. Sie zitiert aus den Briefen, wir lesen direkt die Worte der 18-jährigen, in einer kleinbürgerlichen Jugendsprache der 1950er Jahre, verziert mit fein säuberlich abgeschrieben Zitate aus französischer Literatur, die der bürgerlichen Freundin die Klugheit und Zugehörigkeit des Mädchens unter Beweis stellen sollen.

„Das Mädchen von S.“ geht nach der Schule für einen Sommer als Betreuerin in eine Ferienkolonie für Kinder. Das ist im Nachkriegsfrankreich üblich. Die Kolonie in S. ist ein ehemaliges Kloster, ein herrschaftliches Gebäude auf dem Land. Die jungen Betreuer*innen formen schnell ihre eigene Gesellschaft mit Festen, Liebschaften, Hierarchien. Die meisten der jungen Mädchen haben nicht das geringste Wissen über Sex. Die Männer nutzen das aus. So trägt sich auch das Ereignis zu, das Trauma: Sex mit dem Oberbetreuer. Annie Ernaux schreibt, sie sei bis heute unfähig, dafür das Wort – „Vergewaltigung“ – zu benutzen.

Annäherung an die eigene Scham

„Es geht ihr zu schnell, sie ist nicht bereit für diese Geschwindigkeit, diese Gier. Sie spürt nichts. Sie lässt sich von seinem Begehren unterwerfen.“ (S. 44) Er küsst sie, nimmt sie mit ins Bett, schläft mit ihr. Die Schilderung des Ereignisses ist klar und explizit, das bricht über die Leserin nach der detailreichen und ausweichenden Einleitung überraschend herein. Ob das Mädchen das möchte, was da geschieht, steht nicht zur Debatte. Sie hat keine Worte oder Gefühle dafür. Und später: „Ich weiß nicht mehr, ob ihr da schon der Gedanke kommt, dass es eine ‚Liebesnacht‘ war, ihre erste.“ (S. 47) Trotz der Brutalität des Ereignisses ist von da an alles, was sie möchte, von ihm begehrt zu werden. Das ganze Leben – erst in der Kolonie und dann in den folgenden Jahren – richtet sich danach aus. Sie ist verliebt.

„Die Hoffnung, ihn wiederzusehen, ist längst zu deinem Lebenszweck geworden, dafür machst du dich zurecht, lernst du, bestehst du deine Prüfungen. Er wird zurückkommen, und du wirst seiner würdig sein.“ (S. 10)

Die zweite Hälfte des Buchs beschreibt die Zeit danach: Die restlichen Wochen in der Kolonie sind von Scham geprägt. Andere sexuelle Begegnungen und Übergriffe finden statt und Annie Ernaux beschreibt, wie immer mit Details von erschlagender Nebensächlichkeit, was es bedeutet, dass Frauen gelernt haben, eine sexuell Freizügige oder Vergewaltigte unter ihnen abzuwerten und

auszuschließen. Der erträumte Sommer wird zum Albtraum. Alles was folgt, ist von dem Trauma, nun als Begehren verkleidet, bestimmt. Nach dem Sommer, bei der Ausbildung zur Lehrerin vergeht kaum ein Tag, an dem sie nicht an den Oberbetreuer denkt, der in der gleichen Stadt lebt, und mit dem sie sich ein Leben erträumt. Regelblutungen bleiben aus, aber sie ist nicht schwanger. Die Regelblutung bleibt über Jahre aus. Das Mädchen entwickelt eine Essstörung. Das Erwachsenwerden und der Aufstieg durch Bildung sind geprägt von täglichen Selbstzweifeln und Diskriminierung wegen ihrer sozialen Herkunft. Sie liest Simone de Beauvoirs „Das andere Geschlecht“ und ist fasziniert, aber: „Nur weil man die eigene Scham versteht, kann man sie noch lange nicht überwinden.“ (S. 119) Erste Verbesserung bringt ein Aufenthalt mit der besten Freundin in England. Die Ereignisse rücken ein wenig in die Ferne. Das Leben geht weiter. Sie beginnt zu schreiben. Man könnte all die beschriebenen Probleme und wie sie langsam bewältigt werden als die „normalen“ Probleme einer Heranwachsenden sehen. Die bedrückende Wahrheit ist, dass auch das Trauma die „normale“ Erfahrung einer Heranwachsenden ist.

Annie Ernaux' Bücher sind oft als „kollektive“ oder „unpersönliche“ Biografie – *biographie impersonelle* – bezeichnet worden. „Erinnerung eines Mädchens“ ist, wie persönlich es auch in manchen Momenten scheinen mag, genau das. Ernaux' Technik der Distanz zwischen der Autorin (ich) und dem Mädchen (sie, manchmal auch „du“) und der überbordende, aber nie übertriebene Einsatz von Details (Alltagsgegenstände, Gesten, Gerüche, Musik, einzelne gesprochene Sätze) lösen die Geschichte „des Mädchens von S.“ aus dem Mantel der Individualität. Die Kollektivierung der Scham ist nach ihrem Erkennen der nächste Schritt zu ihrer Abschaffung.

Annie Ernaux 2018:

Erinnerung eines Mädchens. Übersetzt von: Sonja Finck.

Suhrkamp Verlag, Berlin.

ISBN: 9783518427927.

163 Seiten. 20,00 Euro.

Zitathinweis: Johanna Tirnthal: Das Gewicht der ersten „Liebesnacht“. Erschienen in: Transformationen – Kapitalismus und Arbeit im Wandel. 55/ 2020. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1609>. Abgerufen am: 14. 04. 2020 12:07.

Eine kurze Episode der Utopie



Markus Liske

Sechs Tage im April

Erich Mühsams Räterepublik

Ein Fundus an Schriftstücken von Ernst Mühsam haucht der revolutionären Erinnerung an die Bairische Räterepublik vor über 100 Jahren neues Leben ein.

Rezensiert von [Tom Gath](#)

In „Sechs Tage im April“ sind Gedichte, Briefe, Tagebucheinträge, Agitationsartikel und spätere Reflexionen des anarchistischen Dichters Erich Mühsam dokumentiert. All diese Textformen zeichnen ein umfassendes Bild der Bairischen Räterepublik aus der Perspektive eines ihrer wichtigsten Protagonisten.

Impulsiver Visionär

Die Auswahl des Bandes beschränkt sich dabei fast ausschließlich auf Texte von Mühsam selbst. Ergänzt werden diese lediglich durch kurze und pointierte Hintergrundinformationen, durch welche die Originaltexte auch für Leser*innen ohne Vorkenntnisse zugänglich werden. Markus Liske erweist sich dabei nicht nur als ausgezeichnete Mühsam-Kenner, sondern teilt seine Kenntnisse und Einordnungen mit den Leser*innen auch in angenehmem Stil. Er macht keinen Hehl aus seinen Sympathien für Erich Mühsam und seine Ideen, verfällt dabei aber auch nicht in bloße Glorifizierungen.

Gerade impulsive Visionäre wie Mühsam bieten keinen Raum für stringente und abgeschlossene Charakterisierungen. Der umtriebige Bohémien und aktionistische Agitator ist, das zeigt auch der Band, nicht nur von Widersprüchen im eigenen intellektuellen und persönlichen Werdegang geprägt, sondern stand auch stets im Konflikt mit Weggefährter*innen. Diese Konflikte wurden von Mühsam nicht gescheut und teilweise auch öffentlich ausgetragen. Die scharfen Polemisierungen mögen im Einzelfall respektlos oder selbstüberschätzend erscheinen. In der Gesamtheit der im Buch gesammelten Texte wirken sie jedoch wie eine ehrliche und authentische Auseinandersetzung im Sinne einer solidarischen Kritik. Eine solidarische Kritik, die sich in den parlamentarisch regulierten Debatten in Deutschland auch 100 Jahre später nur selten finden lässt.

Abgesehen vom reflektierten Inhalt seiner Bemerkungen ermöglicht Markus Liske den Leser*innen auch durch den zurückhaltenden Umfang seiner Kommentierung eine eigene Bewertung des Wirkens Erich Mühsams im Zusammenhang mit der Bairischen Räterepublik. Dem eigenen Anspruch, Mühsam vordergründig für sich selbst sprechen zu lassen, wird er dabei mehr als gerecht: Nach 287 Seiten Lektüre hat man das Gefühl, den handlungsleitenden Motiven eines außergewöhnlichen Menschen sehr nahe gekommen zu sein.

Nachdem im ersten Teil die Entwicklung des aus einer bürgerlich-jüdischen Familie stammenden Mühsams zu einem anarchistischen Aktivisten nachgezeichnet wird, geht es im zweiten Teil um die konkreten Ereignisse, die zur Ausrufung und Zerschlagung der Räterepublik im Jahr 1919 geführt haben. Markus Liske bemüht sich, die gewählten Texte sowohl nach chronologischen als auch nach thematischen Kriterien sinnvoll zuzusammenfügen. Für eine detaillierte historische Analyse

könnten die sehr unterschiedlichen Veröffentlichungszeitpunkte der Originaltexte zu Verwirrung führen. Der selbst deklarierten Montage zu einer Erzählung tut diese Vielfalt aber sehr gut. Ein Mühsam, der kurz vor der Verwirklichung seiner sozialrevolutionären Vision steht und die proletarischen Massen mobilisiert, schreibt anders als ein Mühsam der resigniert im Kerker sitzt und vom Mord an seinem engen Freund und wichtigsten Mentor Gustav Landauer erfährt. Zu einem umfassenden Bild der damaligen Realität gehört sicherlich beides.

Gescheiterte Revolution, gewonnene Erkenntnis

Die emotionale Verbundenheit mit Erich Mühsam erleichtert der Leserin zudem die Auseinandersetzung mit den schwer durchschaubaren und instabilen politischen Verhältnissen in der Revolutionszeit zwischen dem Ende des ersten Weltkriegs und der Konstituierung der Weimarer Republik. Die damaligen sozialistischen Revolutionsversuche scheiterten nicht nur an der Gewalt rechter Kampftruppen, den ökonomischen Blockaden des Bürgertums, Lügen und Hetze der bürgerlichen Presse oder dem Verrat der Mehrheitssozialdemokraten. Auch die Spaltung der linken Opposition spielte eine entscheidende Rolle. So ist sich Mühsam in seinen Nachbetrachtungen sicher, dass die Bairische Räterepublik mit der Unterstützung der KPD zumindest länger als sechs Tage bestanden hätte. Auch wenn diese Einschätzungen der historischen Entwicklungen und politischen Konstellationen im Buch nur aus der Perspektive einer einzigen Person geschildert werden und auch die linken Widersacher*innen Mühsams, etwa in der KPD, sicherlich gute Gründe für ihr Handeln hatten: Eine kritische Leserin kann aus den kurzen und prägnanten Texten ein verdichtetes Bild der damaligen Verhältnisse gewinnen, das der Wirklichkeit sehr nahe kommen dürfte. Das Buch erbringt damit eine Leistung, die den meisten vorrangig an Daten und Fakten interessierten, historischen Nachbetrachtungen trotz vermeintlicher Objektivität nur selten gelingt. Zumal besonders Beiträge, die einer bürgerlichen (Wissenschafts-)Kultur entspringen, unweigerlich eine Geschichtsschreibung aus der Siegerperspektive produzieren und Motive und Gedanken der Eingekerkerten und Ermordeten schon aus Gründen der eigenen Legitimation nicht in ihren Korpus der ernstzunehmenden Ideen aufnehmen können.

Nimmt man die damaligen Außenseiter*innen ernst, lassen sich aus ihren Erfahrungen wertvolle Erkenntnisse sowohl für eine Gegenwartsanalyse als auch für heutige emanzipatorische Praxis gewinnen. So verteidigt beispielsweise der kapitalistische Staat heute wie vor 100 Jahren seine Herrschaft über die Menschen in letzter Instanz mit direkter Gewalt, die unvereinbar mit seiner rechtsstaatlichen Fassade ist. Der konkrete Ausdruck dieser Gewalt mag sich gewandelt haben. Dass er bei seinem Kampf gegen ein selbstbestimmtes Leben von einer vertrauensvollen Kooperation zwischen Sicherheitsbehörden und rechten Kampfgruppen profitiert, hat bis heute Bestand. Und auch der Versuch, die herrschaftlichen Gewaltverhältnisse durch politische Arbeit in staatlichen Institutionen zu überwinden, war vor 100 Jahren genauso falsch wie heute.

Mit Temperament die Zukunft gestalten

Wenn die Richtigkeit einer Idee mit ihrer erfolgreichen Umsetzung identifiziert wird, könnte man folgern, dass auch Mühsams Weg aufgrund seines Scheiterns ein falscher war. Jedoch verläuft die Weltgeschichte ebenso wie die Geschichte der Emanzipation entgegen einiger teleologischer Annahmen nicht linear. Oft genug sind es die Verlierer*innen auf dem Schlachtfeld der politischen Ideen, die unter anderen Umständen die Protagonist*innen einer besseren, nicht realisierten, Geschichte hätten werden können. Diese Umstände zu erkennen und in zukünftigen Situationen bewusst zu gestalten, sollte die Aufgabe revolutionärer Bestrebungen sein.

Trotz der Einsicht, dass der Einfluss von emanzipatorischen Bewegungen aufgrund des hohen Werts der Freiwilligkeit und des möglichst weit gehenden Verzichts auf Zwang schnell an seine Grenzen stößt, könnten Konsequenzen für die politische Praxis gezogen werden, die ihre Chancen auf Erfolg zumindest erhöhen. So stand die Bairische Räterepublik vor einem Problem, das sich in vielen revolutionären Situationen ausmachen lässt: Das Neue ist noch nicht ausreichend gereift,

um das Alte rückstandslos und nachhaltig zu ersetzen, weil revolutionäre Arbeit in nicht-revolutionären Zeiten als utopistisch abgetan wird. Gustav Landauer etwa kritisierte die aktionistische Ausrufung der Republik durch Mühsam als verfrüht. Aber auch eine konstruktivere Auseinandersetzung mit der frisch gegründeten KPD – also die Bereitschaft, strittige Fragen nicht so zu überhöhen, dass sie gemeinsames Handeln verhindern – hätte zu wehrhafteren Konzepten der Organisation der Massen führen können.

Die Verantwortung für das Scheitern der Bairischen Räterepublik allein dem überhastet handelnden Mühsam aufzubürden, wird seinem Lebenswerk nicht gerecht. Erich Mühsam steht für eine Einsicht – und das wird bei der Lektüre des Buchs mehr als deutlich – die als politischer Faktor viel zu häufig vernachlässigt oder bewusst gemieden wird: Ohne aufrichtige Überzeugung und temperamentvolle Leidenschaft sind historisch bedeutsame Veränderungen nicht zu erreichen.

Markus Liske 2019:

Sechs Tage im April. Erich Mühsams Räterepublik.

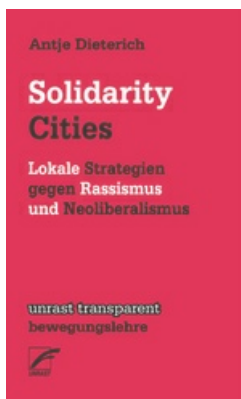
Verbrecher Verlag, Berlin.

ISBN: 9783957323750.

288 Seiten. 19,00 Euro.

Zitathinweis: Tom Gath: Eine kurze Episode der Utopie. Erschienen in: Transformationen – Kapitalismus und Arbeit im Wandel. 55/ 2020. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1610>. Abgerufen am: 14. 04. 2020 12:07.

Möglichkeiten einer Stadt



Antje Dieterich

Solidarity Cities

Lokale Strategien gegen Rassismus und Neoliberalismus

Das kleine Büchlein zeigt, warum sich die Auseinandersetzung mit städtischer Solidarität als neue Form des Zusammenlebens lohnt.

Rezensiert von [Michel Jungwirth](#)

Was heißt eigentlich Solidarität? Sie wird so oft beschworen und bleibt doch meist so unbestimmt – auch in linken Kontexten. Für wen und aus welcher Richtung kommt Solidarität? Solidarität kann eine Brücke sein. Zwischen Menschen, die sich vielleicht nicht automatisch gegenseitig unterstützen. Solidarität kann neue Formen von Beziehungen schaffen, Hierarchien abbauen und Gleichberechtigung schaffen. Oder zumindest darauf hinarbeiten, sich gegenseitig mehr auf Augenhöhe zu begegnen. Es bleibt aber immer die Frage, von welcher Solidarität gesprochen wird. Was würde beispielsweise eine Stadt zu einer solidarischen Stadt machen?

Antje Dieterichs Buch zeigt auf nicht einmal achtzig Seiten, welche Bedeutung die Konzepte der Sanctuary City beziehungsweise der Solidarity City bei den aktivistischen Versuchen, eines besseren städtischen Zusammenlebens haben. Bei genauem Hinsehen wird deutlich, wie unterschiedlich die Strategien von städtischen Initiativen aussehen können und wie vielfältig Solidarität interpretiert werden kann. Ebenso wichtig, wie sich mit Begriffen und Labels auseinanderzusetzen, ist die Frage nach den beteiligten Akteur*innen. Denn diese sind letztlich für die praktische Ausgestaltung entscheidend. Und ihre Forderungen sind aussagekräftiger als der Versuch, einer begrifflichen Unterscheidung zwischen Sanctuary City oder Solidarity City.

Auf der Suche nach Solidarität

Sanctuary Cities sind vor allem aus dem US-amerikanischen Raum bekannt. Obwohl eine direkte Übertragbarkeit des Konzeptes aufgrund der sehr unterschiedlichen Kontexte nicht möglich ist, haben sich auch in Europa in den letzten Jahren vermehrt Initiativen gegründet, die versuchen, sich auf lokaler Ebene gegen nationale Asylpolitiken zu wehren.

Warum sich eine genauere Beschäftigung mit Solidarität und den Konzepten und Begriffen von Solidarity und Sanctuary City lohnt, zeigt das Beispiel Berlin im Jahr 2019. Dort haben Politiker*innen die Stadt medienwirksam zur solidarischen Stadt ausgerufen. Vertreter*innen der Stadtregierung erklärten in Statements und Presseerklärungen, dass Berlin jetzt eine solidarische Stadt sei und sich dafür einsetzen werde, Geflüchtete aufzunehmen. Hintergrund dieser Erklärungen ist der Beitritt Berlins in ein europäisches Städtenetzwerk mit dem Namen Solidarity Cities.

Dieses Netzwerk wurde 2016 auf die Initiative Athens hin, als ein Versuch gegründet, einen städtischen Austausch zu schaffen und ein Management der „Flüchtlingskrise“ zu ermöglichen. Konkret sollten Erfahrungen von Städten im Umgang mit Geflüchteten ausgetauscht werden. Spürbare Auswirkungen hatte der Beitritt Berlins bislang nicht. Vor allem nicht für die Menschen

mit unsicherem Aufenthaltsstatus, die bereits in Berlin leben. Das Städtenetzwerk thematisiert zwar Aufnahme und Rettung von Geflüchteten aus dem Mittelmeer, aber nicht die innerstädtischen Grenzen in Berlin, die diese Menschen erwarten.

Denn die direkte Angst vor Abschiebung ist nur eine der Sorgen, die Menschen ohne sicheren Aufenthaltsstatus haben. Diese Angst ist verknüpft mit dem Ausschluss aus dem städtischen Leben, und das auf vielen Ebenen, zum Beispiel bei der Gesundheitsversorgung oder beim Zugang zu Schule und Bildung. Also Leistungen, die immer an den Aufenthaltsstatus gekoppelt sind.

Diesen Zugang fordert beispielsweise das fast gleichnamige Bündnis Solidarity City Berlin, das auch aus der Perspektive von Migrant*innen und Geflüchteten spricht. Ein tieferes Eintauchen in theoretische Debatten dazu lohnt sich. Stichwort: *urban citizenship*. Dahinter verbirgt sich die Idee, die Teilhabe am städtischen Leben nicht aufgrund von Staatszugehörigkeit zu ordnen, sondern vielmehr denjenigen Partizipation und Mitbestimmung zu ermöglichen, die tatsächlich in den Städten wohnen.

Städte in Aktion

Das Buch gibt Aufschluss über das weltweite Mosaik von städtischer Solidarität und den dazugehörigen Praxen.

An konkreten Beispielen macht Antje Dieterich deutlich, wie einerseits das Konzept der Sanctuary Cities in den 1980er Jahren in den USA entstand und seitdem in unterschiedlichster Ausprägung Städte und Initiativen eint, die sich auf lokaler Ebene gegen nationale Entscheidungen stellen. Ein bekanntes Beispiel hierfür ist San Francisco, wo in einer Resolution festgelegt wurde, dass keine städtischen Ressourcen für die Zusammenarbeit mit Abschiebebehörden verwendet werden sollen. Im Verlauf der Jahrzehnte entwickelte sich ein Netzwerk von rund 500 Städten in den USA.

In Sheffield, Barcelona und Berlin gibt es sehr unterschiedliche Initiativen mit unterschiedlichen Visionen. In Sheffield bestimmt ein Netzwerk aus Vereinen und Kirchen die Position und stellt hier das Ankommen in der Stadt in den Vordergrund. Dagegen versucht Barcelona en Comú die Institutionen der Stadt zu reformieren und das Wohnen in der Stadt für alle gleichermaßen zu ermöglichen. Und in Berlin versuchen Aktivist*innen einen angstfreien Zugang für Menschen ohne Aufenthaltsstatus zu Leistungen der Gesundheitsversorgung zu ermöglichen.

Eine trennscharfe Unterscheidung zwischen solidarischen Städten oder Zufluchtsstädten entsteht am Ende des Buches nicht. Das ist aber auch nicht entscheidend. Was diese Initiativen bei all ihren Unterschieden mit einander verbindet, ist die Hoffnung auf neue Formen des Zusammenlebens, basierend auf Solidarität. Die Organisation auf lokaler Ebene, in den Städten und mit den eigenen Nachbar*innen ist dabei der notwendige erste Schritt.

Welche Chancen Städte auf eine Selbstbestimmung haben, also zum Beispiel entscheiden zu können, auf welche Weise man in ihnen leben kann, wird davon abhängen, wie sehr sich Städte und Initiativen untereinander vernetzen, um dann in weiteren Schritten auch die nationalstaatliche Ebene adressieren zu können. Die Auseinandersetzungen, die städtische Initiativen führen, tragen dazu bei, dass ein Bewusstsein entsteht davon, warum es diese Form von Solidarität notwendigerweise braucht.

Antje Dieterich 2019:

Solidarity Cities. Lokale Strategien gegen Rassismus und Neoliberalismus.

Unrast Verlag, Münster.

ISBN: 978-3-89771-146-4.

80 Seiten. 7,80 Euro.

Zitathinweis: Michel Jungwirth: Möglichkeiten einer Stadt. Erschienen in: Transformationen – Kapitalismus und Arbeit im Wandel. 55/ 2020. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1611>. Abgerufen am: 14. 04. 2020 12:07.

Lizenzhinweise

Copyright © 2010 - 2020 kritisch-lesen.de Redaktion - Einige Rechte vorbehalten

Die Inhalte dieser Website bzw. Dokuments stehen unter der [Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz](#). Über diese Lizenz hinausgehende Erlaubnisse können Sie über unsere [Kontaktseite](#) erhalten.

Sämtliche Bilder sind, soweit nicht anders angegeben, von dieser Lizenzierung ausgeschlossen! Dies betrifft insbesondere die Abbildungen der Bücher und die Ausgabenbilder.